

Lutz Neuber

Die Anfänge des Anarchismus in Magdeburg

Zur Geschichte der antiautoritären Arbeiterbewegung in Magdeburg (Teil 1)

Die Entstehung des Anarchismus in Deutschland ist eng mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung verbunden, die wiederum ihren Ausgangspunkt in der ersten industriellen Revolution hat. Wichtige Meilensteine waren die Revolution von 1848/49, in der erstmals die Arbeiter sich aus bürgerlicher Vormundschaft lösten und als Klasse die politische Bühne betraten; die Gründung der ersten Internationale, der *Internationalen Arbeiterassoziation (IAA)*, 1864 sowie die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und die damit verbundene Niederschlagung der Pariser Commune.

Die sozialökonomischen Rahmenbedingungen zur Zeit der Reichsgründung in Deutschland

Das neu geschaffene Deutsche Reich unter dem preußisch-deutschen Kaiser war der Form nach eine konstitutionelle Monarchie, faktisch jedoch ein Obrigkeitsstaat von Kaisers Gnaden. Der in Berlin tagende Reichstag war ein weitgehend machtloses Parlament. Der Kaiser hatte in nahezu allen wichtigen Entscheidungen das letzte Wort, er ernannte den Reichskanzler und die Minister, er hatte die Entscheidungshoheit über Krieg und Frieden und konnte jederzeit das Parlament auflösen. Die Mehrheit im Parlament hatten bürgerlich-liberale Parteien sowie Konservative. Der Abgeordnete August BEBEL war 1871 der einzige Arbeiter im neuen Parlament. Alle drei Jahre fanden Wahlen statt, die im Gegensatz zu den Wahlen auf Länder- und kommunaler Ebene, auf dem freien, gleichen und allgemeinen Stimmrecht beruhten. Allerdings galt es nur für Männer ab 25 Jahren, die zudem keine Armenunterstützung beziehen durften und mindestens 3 Jahre ortsansässig sein mussten. Frauen waren im Deutschen Kaiserreich vom Wahlrecht ausgeschlossen. Es galt das Mehrheitswahlrecht (im Gegensatz zum heutigen Verhältniswahlrecht), der Kandidat mit den meisten Stimmen im Wahlkreis bekam den Parlamentssitz des Wahlkreises. Dabei galt das Prinzip der absoluten Mehrheit, wenn kein Kandidat diese erreichte, wurden Stichwahlen zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen abgehalten. Bei Länder- und Kommunalwahlen wurde nach dem so genannten Dreiklassenwahlrecht gewählt, d.h. die Wahlbevölkerung wurde nach der jeweiligen Steuerklasse in drei unterschiedliche Wahlklassen eingeteilt, deren Stimmen unterschiedlich gewichtet wurden.

Nach der so genannten „Reichseinigung“ und insbesondere durch die Frankreich nach dessen Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 auferlegten Reparationen, begann in Deutschland ein bis dato ungeahnter Wirtschaftsaufschwung, der so genannte Gründerboom – sozusagen eine beschleunigte Schlussphase der ersten industriellen Revolution. Aber bereits 1873/74 endete diese Periode der intensivierten Industrialisierung mit dem „Gründerkrach“, der durch einen Kurssturz an den Börsen ausgelöst wurde und in dessen Folge zahlreiche Banken bankrott gingen. Mit dieser Krise endete auch die Periode des Wirtschaftsliberalismus und damit die des weitgehend unregulierten Freihandels. Der Staat nahm seitdem mehr Einfluss auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Schutzzölle wurden auf Importwaren erhoben und die deutsche Industrie dadurch zum Nachteil der ausländischen Konkurrenz bevorzugt. Nach dem Gründerkrach kam die Wirtschaft lange Zeit nicht wieder richtig in Gang, erst in den 1880er Jahren nahm die Industrieproduktion mit dem Eintritt in die zweite Phase der industriellen Revolution, d.h. mit dem Übergang zur großindustriellen Massenproduktion, wieder deutlich an Schwung zu.

Während der industriellen Revolution, die in Deutschland ca. um 1840 einsetzte, war es zu einer bis dato ungekannte Umwälzung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse gekommen. Ganze Bevölkerungsschichten wurden entwurzelt und Tausende verarmte bzw. enteignete Bauern und Handwerker gesellen sahen sich gezwungen, sich entweder in den zahlreich entstandenen neuen Fabriken zu verdingen oder auszuwandern. Neben den neuen Fabriken – vor allem auf dem Gebiet der Schwerindustrie – spielte der Bau von Eisenbahnstrecken eine führende Rolle. Viele neue Städte entstanden an den Ballungszentren der Industrie, der Anteil der Stadtbevölkerung nahm durch den Zustrom aus den ländlichen Gebieten rapide zu. Aber auch auf dem Lande hielt die kapitalistische Produktionsweise Einzug. Zahlreiche Gutsbesitzer begannen einen Teil ihrer Produkte selbst zu verarbeiten, es entstanden ländliche Industriebetriebe, wie z. B. Zuckerfabriken, Schnapsbrennereien und Brauereien.

Die Ausdifferenzierung der Arbeiterbewegung in Deutschland

Mit der Industrialisierung und dem rasanten Heranwachsen einer Klasse von Besitzlosen, dem Proletariat, sind auch erste Versuche der Arbeiter zu beobachten, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren. In Deutschland waren es zunächst Arbeiter-Bildungsvereine, die seit den 1830er Jahren vor allem durch Anhänger der liberalen Fortschrittspartei gegründet wurden. Bald jedoch begannen Arbeiter, sich aus dem Einflussbereich bürgerlicher Kräfte zu lösen. Im Revolutionsjahr 1848 erfolgte die Gründung einer *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung* unter dem Buchdrucker Stephan BORN, der selbst Mitglied im Bund der Kommunisten und

ein Schüler von Karl MARX war. Maßgeblich beteiligt an der Gründung dieser Arbeitervereinigung waren Handwerksgesellen, die auf dem 3. Handwerkerkongress im Juli 1848 nicht mehr zugelassen worden waren. Im Statut der neuen Organisation hieß es: „Die Arbeiter-Verbrüderung hat den Zweck, unter den Arbeitern aller Berufsarten eine starke Vereinigung zu begründen, welche auf Gegenseitigkeit und Brüderlichkeit gestützt, die Rechte und den Willen des Einzelnen zu einer Gesamtheit, die Arbeit mit Genuss vermitteln soll.“¹ Die *Arbeiterverbrüderung* vereinte über einhundert deutschsprachige Arbeiter-Vereine in ganz Europa, 1849 zählte sie ca. 15.000 Mitglieder. Die lokalen Vereine blieben aber weitgehend autonom – das Zentralkomitee hatte lediglich koordinierende und propagandistische Funktionen. Das Wirken der Vereinigung war vor allem auf die Selbsthilfe der Arbeiter gerichtet. Zu diesem Zwecke wurden Unterstützungskassen eingerichtet und Produktionsgenossenschaften gegründet. Über Artikulation von Forderungen an die Frankfurter Nationalversammlung versuchten sie zudem Festlegungen von Mindeststandards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen sowie der Arbeiterbildung zu erreichen – ohne diese jedoch durchsetzen zu können. Mit dem auf Antrag Bismarcks 1854 durch den deutschen Bundestag beschlossenen Verbot sämtlicher Arbeitervereine in Deutschland war auch die Existenz der Arbeiterverbrüderung beendet.

Das Organisationsverbot konnte jedoch den Aufschwung von Arbeiterkämpfen nicht verhindern. In der zweiten Hälfte der 1850er Jahre kam es zur Entstehung von regelrechten Streikbewegungen, deren Ausmaß und Umfang über die Jahre stetig zunahm und Anfang der 1870er Jahre in einem regelrechten „Streikfieber“ kumulierte. Dabei nahmen nicht nur die Anzahl der Streikenden und die Häufigkeit von Arbeitsniederlegungen zu, es wurden auch zunehmend mehr Wirtschaftszweige von den Streikbewegungen erfasst.² In den 1860er Jahren begannen sich auch die Arbeitervereine zu reorganisieren. Daran hatten zwar auch wieder liberale Kreise einigen Anteil, teilweise jedoch – so z. B. in den Rheinprovinzen – erfolgte die Bildung der Arbeitervereine ausschließlich durch die Arbeiter selbst. Im Gefolge der Streiks kam es – insbesondere nach der Aufhebung des Koalitionsverbotes in Preußen 1869 – auch wieder vermehrt zur Gründung von Gewerkschaften, die zu den entscheidenden Trägerinnen der Arbeiterbewegung wurden. Die erste große Wirtschaftskrise des Kapitalismus 1873/74 – und die in deren Gefolge entstehende Massenarbeitslosigkeit – setzte dieser Entwicklung erst einmal ein Ende. Die staatlichen Behörden nutzten diese Atempause, um 1874 die Gesetzgebung gegen Streiks zu verschärfen, indem sie schon die Aufforderung zum Streik unter Strafe stellten.

Der weitere Aufschwung der Gewerkschaften war damit aber nicht zu verhindern. Als politische Vertretung der Arbeiter waren in Deutschland 1863 der *Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV)* unter LASSALLE und 1869 die *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP)* unter BEBEL und LIEBKNECHT aus der Taufe gehoben worden. Beide Parteien maßen – im Gegensatz zur Mehrzahl der Arbeiterorganisationen der anderen europäischen Länder – den Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse kaum oder nur untergeordnete Bedeutung zu. LASSALLE vertrat die Theorie des „ehernen Lohngesetzes“, wonach die Löhne der Arbeiter mittel- und langfristig immer auf dem Existenzminimum verbleiben, da eventuelle Lohnerhöhungen spätestens eine Generation später durch die daraus folgende Zunahme an Geburten wieder „aufgefressen“ werden. D.h. durch die zusätzlich auf den Markt drängenden jungen Arbeiter wird Druck auf die Löhne ausgeübt und diese wieder auf oder gar unter das Existenzminimum gedrückt, wodurch die Geburtenrate wieder sinkt usw. Als praktische Konsequenz für die Arbeiterbewegung bedeutete dies demnach, dass der gewerkschaftliche Kampf um Lohnerhöhungen sich faktisch als eine Sisyphus-Arbeit darstellte und somit letztlich nutzlos sei. LASSALLE plädierte daher für die Auflösung der Gewerkschaften und den Eintritt in seinen *ADAV*. Dieser sollte dann über die Parlamente für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln den Übergang zum Sozialismus vollziehen. Parallel bzw. auch in Konkurrenz zum *ADAV* wirkten BEBEL und LIEBKNECHT, die sich erst Mitte der 1860er Jahre von den Liberalen zu lösen begannen, für einen Anschluss an die 1864 gegründete *Internationale Arbeiterassoziation (IAA)*, in der Karl MARX eine führende Rolle übernahm. Politisch unterschied sich ihre Stellung kaum von der des *ADAV*, denn auch sie sahen den Schwerpunkt in der Arbeit in den Parlamenten. Sie ignorierten damit zwar die programmatischen Aussagen der *IAA*, in denen es hieß, dass die Gewerkschaften die „Keimzellen der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation“ bilden sollten. Politische Arbeit hatte in deren Konzept hingegen nur unterstützende Funktion. 1875 vereinigten sich die beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei (*SAPD*).

Die *IAA* gilt als der erste Versuch, die Arbeiter(vereine) aller Länder organisatorisch zu vereinigen, mit dem Ziel der „vollständige(n) Emanzipation der Arbeiterklasse“ – wurde doch vielen Arbeitern aufgrund der damals vorherrschenden Wirtschaftsdoktrin des Freihandels, einer frühen Form von Globalisierung, ihre gegenseitige Abhängigkeit und die Begrenztheit nationaler Organisation vor Augen geführt. In den Statuten wurde entsprechend der damaligen Praxis der meisten Gründungssektionen der Schwerpunkt auf „die ökonomische Emanzipation“ gelegt, dem „jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen“ sei.³ Die *IAA* bestand anfangs aus meist kleinen lokalen Sektionen und dem Generalrat in London unter MARX' Leitung. Dabei waren die Sektionen nicht unbedingt Landesverbände, sondern oft nur in kleineren Regionen präsent. Sie vertraten keine einheitliche Ideo-

¹ Zitiert nach: Weber 1989, S. 42

² Vgl.: Ehmer 1984, S. 158ff

³ Marx/Engels Werke (MEW), Band 16, S.14f, Berlin 1975

logie und waren in ihren Entscheidungen und Handlungen autonom. Jährlich fanden Kongresse statt, auf denen verschiedene Themen und aktuelle Entwicklungen diskutiert. Zwar versuchte MARX zunehmend seine Auffassung des Sozialismus als die allein gültige in der IAA durchzusetzen. Die meisten Sektionen wehrten sich jedoch gegen seine Versuche, durch die Vermehrung der Kompetenzen des Generalrates der *Internationale* eine zentralistische Struktur überzustülpen und den Schwerpunkt auf den politischen Kampf um die Parlamente zu verlegen. Lediglich die deutsche Sektion und ein Teil der englischen folgten überwiegend der Marx'schen Orientierung.

In den folgenden Jahren verschärften sich jedoch die Auseinandersetzungen in der IAA, es kristallisierten sich zwei Richtungen heraus: eine etatistische (staatsbefürwortende) und eine antiautoritäre. Erstere stand unter der Führung von MARX und sah im politischen Kampf in den Parlamenten und dem Ziel der Machtübernahme im Staat ihren Schwerpunkt.⁴ Zudem befürworteten sie eine zentralistische und ideologisch einheitlichere Ausrichtung der Internationale, was vor allem in MARX' zahlreichen Versuchen, die Kompetenzen des von ihm bzw. seinen Anhängern dominierten Generalrates zu stärken und die Einflussmöglichkeiten der einzelnen Sektionen zu begrenzen, zum Ausdruck kam. Sie dominierte vor allem in der deutschen Sektion sowie in einigen anderen nordeuropäischen Ländern. Die zweite Richtung stand weitgehend auf dem Standpunkt des russischen Revolutionärs und Anarchisten Michael BAKUNIN, der den Staat als Herrschaftsinstrument abschaffen wollte. Das Proletariat müsse deshalb Schwerpunkt auf den ökonomischen Kampf in den Gewerkschaften legen. Außerdem plädierten die Antiautoritären für einen föderalistischen Aufbau der IAA, dem Generalrat sollten nur koordinierende und unterstützende Funktionen zukommen. Diese Auffassungen wurden vor allem von den südeuropäischen und romanischen Sektionen (Frankreich, Schweizer Jura, Italien, Spanien), aber auch von Teilen der belgischen und englischen Mitgliedschaft vertreten. Diese Fraktion bildete ursprünglich eine Mehrheit innerhalb der IAA. Bis zur Niederlage der Pariser Kommune wurden diese unterschiedlichen Auffassungen infolge einer weit verbreiteten Zuversicht in Hinblick auf den in naher Zukunft erwarteten großen Umsturz zugunsten des gemeinsamen Zieles der Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zurückgestellt. Die blutige Unterdrückung der Kommune (sowie die Niederlage der spanischen Revolutionäre 1873) und die darauf folgende Repressionsperiode führten jedoch zu einer Stagnationsperiode in der Entwicklung der Arbeiterbewegung.

1872 auf dem Kongress in Den Haag eskalierten die Auseinandersetzungen und führten zur Spaltung der Internationale. Fortan hielten beide Richtungen – die MARX'sche und die bakunistisch-anarchistische –, die formal immer noch derselben Organisation angehörten, ihre Kongresse getrennt ab. Mitte der 1870er Jahre gab es noch einige Versuche, beide Flügel wieder zu vereinigen, die jedoch allesamt scheiterten, was schließlich zur schleichenden Auflösung der IAA führte. Damit begann eine Periode vorwiegend nationaler Orientierung der Arbeiterbewegungen in den einzelnen Ländern, was auch mit dem Wandel zur Schutzzollpolitik („Protektionismus“) als der vorherrschenden Wirtschaftsdoktrin nach dem Gründerkrach korrespondierte.⁵ Die anarchistischen Gruppen versuchten der zunehmenden Zentralisierungsbestrebungen und parlamentarisch-politischen Orientierung der Marx'schen Fraktionen Einhalt zu gebieten – mit unterschiedlichem Erfolg.

In Deutschland hatte bis Ende der 1870er Jahre der Anarchismus noch gar nicht Fuß gefasst. Erste Regungen des deutschsprachigen Anarchismus artikulierten Exilanten in der Schweiz und Frankreich, wenn man von der Abfassung von einigen theoretisch-philosophischen Schriften – etwa Max Stirners – absieht. Ende der 1870er Jahre schlossen sich in Deutschland die ersten anarchistischen Gruppen zusammen, so u.a. in Leipzig, München, Berlin und Magdeburg. Auf dem 9. (und letzten) Kongress der IAA im September 1877 in Verviers (Belgien) wurde daraufhin eine deutsche anarchistische Sektion in die IAA aufgenommen, was aber aufgrund der instabilen Situation der in Deutschland neuen Bewegung und dem Zerfall der IAA faktisch ohne Bedeutung blieb.⁶

Zum Durchbruch in Deutschland selbst verhalf dem Anarchismus der Erlass des „Gesetzes gegen die all gemein gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, bekannt unter dem Namen „Sozialistengesetz“. Die in den 1870er Jahren noch revolutionär auftretende vereinigte Sozialdemokratie und die anhaltende wirtschaftliche Krise nach dem Gründerkrach 1873/74 führte auf Seiten der Herrschenden zu einer Art „Psychose“, die sie veranlasste, dem befürchteten weiteren Erstarken der Arbeiterbewegung durch massive Repression Einhalt zu gebieten. Zwei Attentate auf den Kaiser im Frühsommer 1878⁷ lieferten den Anlass zum Erlass des Sozialistenge-

⁴ Zwar vertrat Marx in seinen theoretischen Schriften keineswegs etatistische oder parlamentaristische Auffassungen. In den sozialistischen Parteien, die sich auf ihn beriefen, waren solche jedoch weit verbreitet. Diese basierten nicht allein aus einem falschen Verständnis Marx'scher Theorie, sondern wurden auch durch dessen taktische Wendungen im Kampf gegen die „Antiautoritären“ genährt. Marx hat – besonders in der Auseinandersetzung mit Bakunin – aus taktischen Erwägungen nicht selten Positionen in der IAA unterstützt, die ihm ideologisch fern standen, als die seiner Gegner. So setzte er z.B. auf dem Haager Kongress von 1872 durch, dass die Konstituierung als politische Partei (und damit auch eine Wahlteilnahme) für die IAA-Sektionen faktisch obligatorisch wurde – worüber es schließlich zur Spaltung der IAA kam.

⁵ Allerdings wurde die Verhängung von Schutzzöllen von der Sozialdemokratie als „feudale“ Politik der rückständigsten Kapitalfraktionen (Großagrarier) und der reaktionären Schwerindustriellen bekämpft. Vgl. Brandis 1975, S.9

⁶ Linse 1969, S.126

⁷ Am 11. Mai 1878 schoss in Berlin der 21jährige, arbeitslose Klempnergeselle Max Hödel auf den in einer Kutsche vorbeifahrenden Kaiser, verfehlte ihn aber. Am 2. Juni war der 30jährige Nationalökonom Dr. Carl Nobiling erfolgreicher, als er

setzes und schufen gleichzeitig eine dafür günstige öffentliche Stimmung. Die Schuld für die Attentate wurde der sozialdemokratischen Partei zugeschoben – von den Attentätern selbst hatte nur HÖDEL zumindest zeitweise der Partei angehört.⁸ Zwar versuchte die Partei durch Denunziation der Attentäter als „Idioten“ und „Wahnsinnige“ sich von diesen zu distanzieren, jedoch ohne Erfolg. Unmittelbar nach den Attentaten kam es zu einer Hetzkampagne gegen alle der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie Verdächtigen. Hunderte wurden verhaftet und teilweise zu mehrjährigen Zuchthausstrafen wegen Majestätsbeleidigung o.ä. verurteilt. Am 21. Oktober 1878 wurde das Sozialistengesetz vom Reichstag verabschiedet. Damit wurden alle auf den „Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ abzielenden „sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Bestrebungen“ verboten. Davon waren Vereine, Versammlungen und Druckerzeugnisse betroffen, auch konnte über ganze Städte der so genannte „kleine Belagerungszustand“ verhängt und auf dieser Basis alle missliebigen Personen im o.g. Sinne von dort ausgewiesen werden. Davon waren vor allem die sozialdemokratischen Hochburgen Berlin (1878), Hamburg (1880), Leipzig (1881) und Frankfurt/Main (1886) betroffen, insgesamt wurden etwa 900 Menschen aus ihren Wohnorten verwiesen. Mit Ausnahme von zwei Blättern mussten während des Ausnahmezustandes alle sozialdemokratischen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen, wodurch 16 parteieigene Druckereien schließen mussten und damit rund 2.500 Arbeiter ihre Existenz verloren. Insgesamt ca. 1.500 Sozialdemokraten und Anarchisten mussten während der 12jährigen Dauer des „Schandgesetzes“ zum Teil längere Haftstrafen verbüßen.⁹ Die Parlamentsfraktion der Partei jedoch blieb unangetastet, auch durften sich weiterhin Vertreter der Partei zu den Wahlen aufstellen lassen und für die Wahlwerbung Wahlvereine bilden. Das Gesetz war allerdings zeitlich befristet. Es musste alle 30 Monate erneut vom Parlament bestätigt werden und wurde bei diesen Gelegenheiten stets modifiziert. Nach der anfänglichen repressiven Phase begann 1881 nach der Novemberbotschaft des Kaisers¹⁰ die so genannte Periode der „milden Praxis“ bei der Durchsetzung des Sozialistengesetzes, die bis etwa 1886 andauerte.¹¹ So wurde z. B. 1882 die Gründung lokaler *Fachvereine* (Gewerkschaften) wieder erlaubt.

Die Verhängung des Sozialistengesetzes stürzte die sozialdemokratische Partei zunächst in eine Phase tiefer Depression. Die meisten Parteigliederungen lösten sich auf, viele Aktivisten zogen sich aus der politischen Arbeit zurück. Die verbliebenen Parteizeitungen enthielten sich weitgehend politischer Meinungsäußerungen und versuchten so, dem drohenden Verbot zu entgehen. Damit wollte man zum einen erreichen, dass über die Zeitungsabonnements ein weiterer Zusammenhalt unter den (ehemaligen) Parteimitgliedern gewährleistet, andererseits aber auch die wirtschaftliche Existenz der in den Parteibetrieben Beschäftigten gesichert war. Unter den Parteigenossen an der Basis herrschte zunächst einige Verwirrung. Man glaubte, die Maßnahmen der Parteiführung dienten lediglich zur Verschleierung einer aktiven Arbeit im Untergrund. Davon konnte jedoch kaum die Rede sein, die Parteileitung hatte de facto vor den repressiven Verhältnissen kapituliert. Die ersten Aktivitäten der Partei in der Illegalität gingen zumeist von der Basis aus – und von dem ins Exil in London geflüchteten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Johann MOST. Durchaus in Übereinstimmung mit der Parteileitung und in Zusammenarbeit mit anderen Exilierten, darunter John NEVE, gründete er Anfang 1879 die Zeitung *Freiheit* und gab damit den Anstoß für die Reorganisation der Partei. „Die *Freiheit* wurde in allen Gauen des Deutschen Reiches von den geknechteten Genossen mit Jubel begrüßt“, schrieb später der Mitbegründer der Zeitung und Vertreter des Parteivorstandes Franz Joseph EHRHART, in seinen Erinnerungen¹². Das wöchentlich erscheinende Blatt vertrat offen die Ziele der Sozialdemokratie, kritisierte jedoch die Parteileitung wegen ihrer zögerlichen Haltung und radikalisierte sich von Ausgabe zu Ausgabe. Bereits im Sommer 1879 distanzierte sich die Parteileitung von der *Freiheit* und gründete in Zürich ein direkt unter ihrer Kontrolle stehendes Organ, den *Sozialdemokrat*. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1880 im schweizerischen Schloss Wyden wurden dann MOST und sein Genosse Wilhelm HASSELMANN wegen „Spaltungsversuchen“ aus der Partei ausgeschlossen, woraufhin sich beide in Richtung Anarchismus orientierten. Diese Entwicklung schlug sich auch in der Schreibweise und im Untertitel der *Freiheit* nieder. Hieß sie dort anfangs noch „Social-democratisches Organ“, änderte sich dieser Name 1880 in „Organ der Sozialrevolutionäre deutscher Sprache“, 1882 in „Organ der revolutionären Sozialisten“ und schließlich 1885 in „Internationales Organ der Anarchisten deutscher Sprache“.

mit seiner Schrotflinte den Kaiser schwer verletzte. Hödel wurde zum Tode verurteilt und im August 1878 hingerichtet, Nobiling richtete sich nach der Tat selbst und verstarb wenige Tage darauf an den Folgen der Verletzungen.

⁸ Vgl. Andrew R. Carlson, Anarchismus und individueller Terror im deutschen Kaiserreich, 1870-1890, in: Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Sozialprotest, Gewalt, Terror.....

⁹ Vgl. Sperlich 1983, S. 26

¹⁰ Als „Kaiserliche Botschaft“ wurde eine von Bismarck anlässlich der Eröffnung des Reichstages am 17. November 1881 verlesene Grußbotschaft des Kaisers WILHELM I. bezeichnet, in der einige Maßnahmen zur „Heilung der sozialen Schäden“, wie z.B. der Aufbau einer Absicherung gegen Unfall, Krankheit und die Risiken des Alters für die arbeitende Bevölkerung, angekündigt worden sind. Ziel war es, die repressiven Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung durch einige Zugeständnisse zu ergänzen, um so deren Ansehen zu untergraben. In der Sozialdemokratie herrschte damals noch weitgehende Ablehnung gegenüber diesen Maßnahmen.

¹¹ Vgl.: Fricke 1967, S.124

¹² Zitiert nach Kampffmeyer 1928, S.179

Die Zeitungen wurden teils auf abenteuerlichen Wegen nach Deutschland geschmuggelt. Die *Freiheit* wurde zunächst als Einlage normaler englischer Zeitungen nach Deutschland gesandt, später – nachdem es den Behörden immer wieder gelang, zahlreiche Exemplare ausfindig zu machen und zu beschlagnahmen, wurden die Verstecke immer raffinierter. So wurden Ausgaben der *Freiheit* in Büchsen eingelötet sowie in doppelten Böden von Koffern, in Rohren oder Gipsfiguren versteckt. Sie ändert zudem ständig ihren Namen, damit die Behörden gezwungen waren, immer wieder neue Verbotsverfügungen zu erlassen. 1882 verlagerte sich der Redaktionsort nach New York, da sich MOST zur Emigration nach den USA gezwungen sah. Die Zahl der über die deutschen Grenzen geschmuggelten Exemplare bewegte sich anfangs zwischen 1000 und 3000, ab Mitte der 1880er Jahre wurden aus Amerika bis zu 5000 Exemplare der Wochenschrift nach Europa verschifft. Zu Beginn der Zeit des Sozialistengesetzes war die *Freiheit* das wichtigste Organ der sich gerade formierenden illegalen anarchistischen Bewegung in Deutschland. Später kamen noch weitere Periodika hinzu, so z. B. die ebenso in London erscheinende Zeitung *Der Rebell* (1881-86), die aufgrund von Differenzen in der Redaktion der *Freiheit* entstand. Sie wurde von dem österreichischen Anarchisten Josef PEUKERT geleitet und ab 1886 von der *Autonomie* abgelöst, die bis 1893 erschien.

Innerhalb der Leserschaft der *Freiheit* bildeten sich Anfang der 1880er Jahre erstmals anarchistische Gruppen, die untereinander Kontakt hielten. Sie bewegten sich streng konspirativ, so dass ihr Wirken der Polizei lange großteils verborgen blieb, wie diese in ihren Akten im Nachhinein konstatieren musste. Die Verfolgungsbehörden setzten alles daran, die illegale Bewegung zu unterdrücken und ihr Ausbreiten zu verhindern. In den Berichten der politischen Polizei wurde anfangs kein Unterschied zwischen den einzelnen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegungen gemacht. Sie fasste diese unter dem Oberbegriff „Sozialdemokraten“ zusammen, gleichwohl ihr die Spaltung nicht verborgen blieb. Im März 1881 verkündete der preußische Innenminister, Robert von PUTTKAMER, im Deutschen Reichstag: „Die Partei MOST ist nach unseren Wahrnehmungen sehr viel einflussreicher und mächtiger innerhalb der deutschen Sozialdemokratie als die Partei Liebknecht-Bebel.“ und im Lagebericht der Berliner politischen Polizei vom Dezember 1881 heißt es: „dass die Mostschen Bestrebungen in Deutschland großen Beifall finden und dass dieselben, wenn es nicht gelingt, sie in ihren Anfängen zu unterdrücken, in hohem Grade gefährlich werden können, zumal MOST nicht allein steht, sondern in den meisten Nachbarländern Gesinnungsgenossen hat, welche dort, ebenso wie er in Deutschland, die Revolution vorbereiten.“¹³ Erst etwa Anfang 1884 begann die Polizei zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten ausdrücklich zu unterscheiden, was aber insofern nicht weiter verwunderlich ist, da sich die Anarchisten selbst noch lange als Sozialdemokraten bzw. Sozialrevolutionäre betrachteten und von weiten Kreisen in der Partei auch als Genossen betrachtet wurden. Eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der radikalen Richtung spielten oft die aufgrund der Verhängung des Belagerungszustandes Ausgewiesenen, die zu einer Verbreitung sozialdemokratischer und sozialrevolutionärer Ideen von den Hochburgen in die kleineren Städte im ganzen Reich beitrugen. So beklagte sich ein Vertreter des Regierungspräsidiums Magdeburg im April 1887, dass „Namentlich die Ausgewiesenen, die begabtesten aber auch fanatischsten Elemente der Sozialdemokratie, (...) die Bewegung in das Land hineingetragen“ haben und man deshalb die „diesbezüglichen Bestimmungen des Gesetzes überdenken“ sollte.¹⁴

Die Anarchisten beschränkten sich aber nicht nur auf Verbalradikalismus. In einem Klima ständiger Repression und in Erwartung baldiger revolutionärer Veränderungen suchte man das Volk durch Taten aufzurütteln. In den 1880er Jahren gab es einige Anschläge auf das Leben von exponierten Vertretern des Kaiserreiches bzw. des Repressionsapparates, die von Anarchisten durchgeführt worden waren, aber zumeist scheiterten. Am bekanntesten wurde in Deutschland der Anschlag auf den Kaiser Wilhelm I. anlässlich der Einweihung des Niederwalddenkmals in Rüdesheim bei Wiesbaden im September 1883. Eine Gruppe von Anarchisten um den aus Pegau in Sachsen stammenden August REINSDORF hatte das Attentat geplant und vorbereitet. Zur Ausführung kam es jedoch nicht, da der Zünder versagt hatte. Kurz darauf, im Oktober 1883, scheiterte ein Attentat auf den Polizeidirektor im elsässischen Mülhausen durch eine Gruppe deutsch-schweizerischer Anarchisten. Ein Sprengstoffanschlag auf das Polizeigebäude in Frankfurt/Main im selben Monat verursachte nur relativ geringen Sachschaden. Zwei Jahre später gelang es einem Unbekannten, den verhassten Frankfurter Polizeirat RUMPF zu erstechen, eine Tat, die auch in sozialdemokratischen Kreisen kaum verhohlene Genugtuung auslöste. Sicher gab es noch eine Anzahl weiterer Versuche, mittels Attentaten die Arbeitermassen aufzurütteln, jedoch war spätestens gegen Ende der 1880er Jahre die Ära anarchistischer Attentate in Deutschland beendet.¹⁵

¹³ Fricke/Knaack 1983, S. 74 und 77. Ob diese Einschätzung im vollen Umfang zutrifft, ist eher anzuzweifeln. Andererseits kann man daraus ersehen, dass die anarchistische Strömung in Deutschland zu jener Zeit durchaus nicht so marginal war, wie sie in der historischen Forschung – der DDR, wie auch der BRD – gewöhnlich dargestellt wird.

¹⁴ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 860, Bd. 1, Bl. 93

¹⁵ Dabei waren aber Anarchisten nicht die einzigen, die unter den repressiv-autoritären Bedingungen im Kaiserreich zu Attentaten als Mittel griffen. Erinnert sie hier nur an den Anschlag des aus Magdeburg-Neustadt stammenden Böttchergesellen und Katholiken Eduard KULLMANN auf den Reichskanzler Bismarck aus Anlass des sog. Kirchenkampfes 1874 (Bismarck verfolgte eine vor allem gegen die katholische Kirche gerichtete Politik der Trennung von Staat und Kirche und hatte 1873/74 einige Gesetze erlassen, mit denen der Einfluß der Kirche auf das öffentliche Leben eingeschränkt wurde. In der

Die Anarchisten waren aber nicht die einzige Strömung inner- und außerhalb der Partei, die in Opposition zur Parteileitung bzw. Reichstagsfraktion stand. Um 1885 kam es in einigen der illegalen lokalen Parteiorganisationen zum offenen Bruch – so auch in Magdeburg –, als eine Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Subventionierung von Schifffahrtsaktiengesellschaften zur Förderung der kolonialen Verkehrsverbindungen zustimmte (bekannt geworden unter dem Schlagwort „Dampfersubventionsstreit“). Ein Vertreter der radikalen Richtung kam in seinen Erinnerung an diese Zeit regelrecht ins Schwärmen: „Die Genossen im Reiche unterstützten fast durchweg die Vertreter des radikalen Flügels ... O, es war ein herrliches Jahr 1885. Der Radikalismus war Trumpf.“ Damals, so schrieb er weiter, nahmen die Optimisten an, es dauere noch 10 Jahre bis zur Revolution, die Pessimisten schätzten 20 Jahre.¹⁶ Fortan existierten zwei Strömungen in der Partei, die damals auch die „blaue“ (gemäßigte) und „rothe“ (radikale) Richtung genannt wurden. Die Grenzen der letzteren zum Anarchismus waren fließend, man stand meist in engem Kontakt miteinander, auch wenn die „Rothen“ einige Vorbehalte gegenüber bestimmten anarchistischen Standpunkten hegten. Die Reichstagsfraktion als einziges legales Gremium konnte jedoch einen starken Einfluss innerhalb der Partei erlangen. Sie war zudem stets bemüht, eine gemäßigte Politik zu betreiben, um keinen weiteren Verfolgungen Vorschub zu leisten. Das führte aber auch dazu, dass die Schwerpunktsetzung der Partei immer mehr auf die Gesetzgebung im Parlament gelegt und damit die Grundlage für die spätere Ausrichtung hin zu einer Machtübernahme durch Wahlen gelegt wurde. Zwar wurde bei entsprechenden Anlässen gelegentlich noch die Revolution propagiert, was aber immer mehr zur hohlen Phrase geworden war. Insbesondere die exilierte Parteileitung in Zürich war ständig bemüht, sich von den Anarchisten zu distanzieren und war damit nicht zimperlich bei der Wahl der Mittel. Missliebige Genossen wurden nicht selten als Polizeispitzel denunziert und ihnen bzw. ihren Familien die Unterstützung im Falle von Verhaftung und Ausweisung verweigert. Auf der anderen Seite versuchte man mit Hilfe von Zugeständnissen die Spannungen zwischen den beiden Strömungen innerhalb der Partei zu mindern.

Um dem Erstarken der Arbeiterbewegung wieder mehr Einhalt zu gebieten wurde im April 1886 durch den preußischen Innenminister PUTTKAMER ein „Streikerlass“ verfügt, durch den der Polizei mehr Möglichkeiten zur Bekämpfung von Streiks in den Hand zu geben. Damit wurde die letzte Phase des Sozialistengesetzes eingeleitet, die durch eine verschärfte Repression gekennzeichnet war. Im Jahr darauf kam es zu einer Welle so genannter Geheimbundprozesse im gesamten Reich, in deren Folge rund 1500 Sozialisten ins Gefängnis geworfen wurden. Damit ließ sich jedoch die Arbeiterbewegung nur kurzzeitig aufhalten. 1889 setzte eine Streikwelle ein, die im Streik von fast 100.000 Ruhrbergarbeitern – dem größten Streik des 19. Jahrhunderts in Deutschland – kulminierte. Im Januar 1890 wurde das Gesetz vom Reichstag nicht mehr verlängert und im September desselben Jahres lief es formal aus. Die sozialdemokratische Partei konnte im Februar 1890 bei den Reichstagswahlen erhebliche Stimmenzuwächse erzielen und wurde mit ca. 1,4 Mio. Stimmen stärkste Partei. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes – in manchen Orten auch schon vorher – kam der Richtungsstreit mit der Bewegung der so genannten „Jungen“ in der Sozialdemokratie wieder offen zum Ausbruch. Die „Jungen“ (in Abgrenzung zu den „Alten“ in der Fraktion) kritisierten die Rolle der Fraktion und Parteileitung und forderten einen höheren Grad an Autonomie für die Basis sowie eine Rückbesinnung auf die revolutionären Ideale aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz. Sie plädierten zudem für eine stärkere Orientierung auf die Gewerkschaften. Ihre Bemühungen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Die führenden Vertreter der oppositionellen Strömung wurden auf dem Erfurter Parteitag 1891 ausgeschlossen bzw. kamen diesem Beschluss durch ihren Austritt zuvor. Sie sammelten sich dann im *Verein unabhängiger Sozialisten*, von dem Teile in den 1890er Jahren ins anarchistische Lager übergingen.

Das Sozialistengesetz erwies sich im Nachhinein als entscheidend für die Herausbildung der anarchistischen Bewegung in Deutschland. Im Gegensatz zur fraktionellen Sozialdemokratie schätzten sowohl Opposition und noch entschiedener Anarchisten das Sozialistengesetz als Erfolg für das herrschende System ein. Durch die gemäßigte, streng legalistische Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion – so lautete ihre Kritik – sei der ursprünglich propagierte Sozialismus immer mehr in den Hintergrund getreten und die Partei damit auch für kleinbürgerliche Schichten wählbar geworden. Zudem entwickelten sich zahlreiche Funktionäre, die aufgrund der Verfolgung keine Arbeit mehr bekommen und mit Hilfe der Partei Geschäfte oder Kneipen eröffnet oder im Parteiapparat einträgliche Posten erhalten hatten, ein Interesse an einer gemäßigten Ausrichtung der Parteipolitik. Auf diese Weise sei es letztlich gelungen, die Partei in eine staatstragende und zudem viele potentiell radikal-oppositionellen Kräfte neutralisierende Kraft zu verwandeln.¹⁷

Zur Situation in Magdeburg

Die Entwicklungen im Reich lassen sich auch in Magdeburg gut nachvollziehen. Die preußische Festungsstadt war zur Zeit der Reichsgründung eine schnelle wachsende Provinzhauptstadt von ca. 85.000 Einwohnern, die nahezu alle innerhalb des Festungsgürtels in der Altstadt wohnten. Die Vororte und heutigen Stadtteile waren

Folge wurden etliche Geistliche, die sich dem widersetzen, aus Deutschland ausgewiesen bzw. in die Emigration getrieben und auch ins Gefängnis gesteckt. Vgl.: Asmus 2005, S.324ff)

¹⁶ Cyclop 1911, Die Tribüne Nr. 15

¹⁷ Vgl.: Nettlau 1984, S.183f

noch selbständige Kleinstädte, die größten wurden in den Jahren bis zur Jahrhundertwende eingemeindet (1867 Sudenburg, 1886 Neustadt, 1887 Buckau, 1892 Stadtfeld/Wilhelmstadt). Schon 1890 überschritt die Einwohnerzahl die 200.000er Marke – was aber nur zum Teil auf die Eingemeindungen, sondern vor allem auf die expandierende Industrie zurückzuführen war. Infolge des fruchtbaren Bodens ist die Gegend um Magdeburg, die Börde, traditionell stark landwirtschaftlich geprägt. Dadurch, wie auch durch die in der Umgebung vorkommenden Rohstoffe wie Braunkohle und Kalisalz, wurde zunächst die Entstehung von lebensmittelverarbeitenden Betrieben, wie Zucker- und Zichorienfabriken¹⁸, Brennereien, Getreidemühlen usw. sowie die Errichtung von Bergwerken begünstigt. Diese wiederum benötigten für ihre Produktion zunehmend Maschinen, wodurch sich in der Umgebung von Magdeburg zahlreiche Maschinenbaubetriebe, Gießereien usw. ansiedelten. 1870 konnten gerade diese Betriebe infolge des hohen Bedarfes des Heeres im Krieg gegen Frankreich ihre Produktion – und damit auch ihre Gewinne – stark ausweiten, eine Tendenz, die durch den dem Krieg folgenden Gründerboom noch beschleunigt wurde. Diese Entwicklung wurde durch den bereits erwähnten Gründerkrach auch in Magdeburg jäh unterbrochen. Zahlreiche Betriebe gingen Konkurs, die Großbetriebe entließen große Teile der Belegschaften und/oder verkürzten die Arbeitszeiten und Löhne. Nachdem die darauf folgende Stagnationsphase überwunden war, kam es in den 1880ern zu einem erneuten Aufschwung und zu einigen Fusionen in der Maschinenindustrie Magdeburgs, wodurch mehrere Großbetriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten entstanden (H. GRUSON, Schäffer & Budenberg, R. Wolf, Maschinenfabrik Buckau). Zudem entwickelte sich eine metallverarbeitende Industrie (Werkzeugmaschinenbau, Nähmaschinen, Fahrräder ...) und – mit Fahlberg List in Salbke – gab es auch einen bedeutenden Standort der chemischen Industrie. Dank seiner zentralen Lage und des Vorhandenseins der Elbe als Transportweg entwickelte sich Magdeburg auch zu einem Verkehrsknotenpunkt. Seit den 1830er Jahren sind einige Eisenbahnlinien gebaut worden, was wiederum den Bau der Reichsbahnausbesserungswerke Buckau und Salbke nach sich zog. Industrielles Zentrum im Magdeburger Raum war vor allem Buckau, aber auch in Sudenburg und in der Neustadt gab es einige große Betriebe. 1882 arbeiteten von 140.000 Einwohnern knapp 30.000 in Industrie und im Handwerk, weitere 13.000 im Handel und im Verkehrswesen.¹⁹ Die zahlenmäßig stärksten Berufsgruppen waren die der Metall- und Bauarbeiter.

Der hohe Bevölkerungszuwachs hatte eine „drückende Wohnungsnoth“ – so ein medizinischer Sachverständiger – zur Folge. Insbesondere die Situation in der Altstadt, die sich aufgrund der Festungsanlagen nicht räumlich ausdehnen konnte, war erschreckend. Noch um 1900 hatte mehr als die Hälfte der Maurer und Zimmerer kein Bett für sich allein, 32.000 Einwohner lebten in überbelegten Wohnungen, d.h. nach damaliger Statistik mit 5 Personen in einem Wohnraum, der oft nicht mal beheizbar war bzw. mit mehr als 11 Personen in 2 Wohnräumen.²⁰ Die Arbeiter in den Großbetrieben arbeiteten um 1870 zumeist 10 Stunden am Tag, 6 Tage die Woche, in den kleineren Betrieben und im Handwerk gab es oft Arbeitszeiten von bis zu 12 Stunden. Die Verdienste der meisten Arbeiter lagen – abgesehen von den Stammarbeitern der Metallbetriebe – noch unter dem Existenzminimum, so dass die Kinder zum Familieneinkommen beitragen mussten. Kleine Handwerker wie Schuhmacher oder Schneider hatten nicht selten geringere Einkommen als die besser bezahlten Arbeiterschichten. Während der Phase der Hochkonjunktur konnten i.d.R. höhere Löhne erkämpft werden. Zur Zeit des Gründerbooms Anfang der 1870er Jahre stiegen die Löhne um bis zu 20%, gingen aber in der Stagnationsphase wieder zurück. Die in Krisenzeiten entlassenen Arbeiter waren häufig gezwungen, ihre Wohnungen aufzugeben und sich mit Gelegenheitsarbeiten und Betteln über Wasser zu halten. „Die Mauer zwischen Reichen und Arm, zwischen ‚Hoch‘ und ‚Niedrig‘ wurde kaum jemals derart aufgestockt, wie in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs des Stadtbürgertums vor und nach 1871“, stellte der Stadthistoriker Helmut Asmus in seiner „Geschichte Magdeburgs“ fest.²¹

Neben der Arbeiterschaft war die Hauptstadt der preußischen Provinz Sachsen und des Regierungsbezirkes Magdeburg durch einen hohen Anteil an Beamten geprägt, sowie natürlich infolge des Festungsstatus durch das zahlreiche Militär.²² Dadurch war in Magdeburg der Einfluss konservativer Parteien relativ hoch, die Repression und Überwachung besonders ausgeprägt. „Kaum eine andere Stadt weist eine so schroffe Scheidung zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie auf wie Magdeburg“, vermerkte das Festkomitee der SPD anlässlich des ebenda stattfindenden Parteitages im Jahr 1910. Das sei in „dem besonderen Milieu der Stadt begründet“, in „der von jeher verstocktester borussischer Kastengeist die Vorherrschaft führte“.²³

Die Anfänge der lokalen Arbeiterbewegung

Die Arbeiter Magdeburgs begannen sich frühzeitig gegen die Ausbeutung in den Fabriken zu wehren. Bereits um 1839 existierte in Magdeburg eine Filiale des *Bundes der Gerechten*, der maßgeblich von dem in Magdeburg

¹⁸ Zichorie: Korbblütengewächs, wurde vor allem als Ausgangsstoff für Kaffeeersatz verwendet.

¹⁹ Stadtplanungsamt Magdeburg 1999, S.14

²⁰ Vgl. Asmus 2005, S.218 und 245

²¹ Asmus 2005, S.188

²² 1882 waren knapp 16.000 Magdeburger im Heeres- und Verwaltungsdienst bzw. freien Berufen tätig – bei insgesamt ca. 140.000 Beschäftigten. (Statistisches Amt 1935, S. 36)

²³ Parteitagskomitee 1910, S.1

aufgewachsenen Wilhelm WEITLING geprägt war. 1847 wurde daraus der *Bund der Kommunisten*, der unter dem Einfluss von MARX und Engels in London stand und der sich 1852 nach dem „Kölner Kommunistenprozess“ auflöste.

Aus den 1840er Jahren datieren die ersten bekannt gewordenen größeren Streik in der Magdeburger Gegend. Zunächst waren es die Arbeiter beim Eisenbahnbau, 1844 kam es zu einem Streik der Zuckerfabrikarbeiter gegen Lohnkürzungen, der „erste bedeutende Aktion der Magdeburger Arbeiter“.²⁴ In jener Zeit liegen auch die Anfänge der Organisierung von Arbeitern auf beruflicher Basis, die jedoch nach der Revolution von 1848 der Repression zum Opfer fielen.

Nach einiger Zeit der „Friedhofsruhe“ zeigten sich Anfang der 1860er Jahre wieder Versuche zum Aufbau neuer Organisationen. Wie andernorts auch wurden die Bestrebungen der Arbeiter, eigene Organisationen zu bilden, von bürgerlich-linksliberalen Kreisen vereinnahmt. So setzten sich der freireligiöse Prediger Leberecht UHLICH sowie Max HIRSCH, der später einer der beiden Begründer der liberalen „Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften“ wurde, an die Spitze des 1863 auf Initiative des Arbeiters Johann MÜNZE gegründeten Magdeburger Arbeiterbildungsvereins. Im Jahr darauf wurde auch in Buckau ein Arbeiterbildungsverein gegründet, in der Neustadt ein Konsum-Verein sowie in Magdeburg selbst eine Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (*ADAV*). Im Frühjahr 1866 wurde dann – wiederum auf Initiative von MÜNZE – eine Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation (*IAA*) ins Leben gerufen. Diese war gezwungen in der Illegalität zu agieren und besaß nur wenige Mitglieder, galt jedoch als eine der aktivsten deutschen Sektionen. Zwei Jahre später verließen zahlreiche Arbeiter den unter liberaler Leitung stehenden Magdeburger Arbeiterbildungsverein und gründeten den „Sozialen Reformverein“, die „erste legal tätige, selbständige politische Arbeiterorganisation in Magdeburg“, der sich dem „Verband Deutscher Arbeitervereine“ anschloss. Der Vorsitzende des Reformvereins, Julius BREMER, der ebenfalls Mitglied der *IAA*-Sektion war, wurde zu einem der zentralen Vertrauensleute des Verbandes gewählt.²⁵ Von Mitgliedern des Reformvereins gingen bald einige Gewerkschaftsgründungen aus, so die der Holz-, Metall-, Hand- und Fabrikarbeiter, Zimmerer und Maurer. Unmittelbar nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei (*SDAP*) in Eisenach wurde am 6.9.1869 eine Sektion, der Sozialdemokratischen Arbeiter Verein, in Magdeburg gebildet, deren Vorsitz wiederum BREMER übernahm.

Von diesen Aktivitäten offensichtlich beunruhigt, schrieb der Magdeburger Polizeipräsident TESSENDORF im Oktober 1871 nach Berlin: „Die Agitation unter den arbeitenden Klassen hat einen gemeingefährlichen und bedrohlichen Charakter angenommen“²⁶ und veranlasste die Beschaffung von Informationen zum „nachdrücklichen Einschreiten“ gegen die Sozialdemokratie. Offenbar mit Erfolg, denn zwei Jahre später löste sich die Magdeburger Filiale der *SDAP* aufgrund der andauernden Verfolgungen selbst auf, um dann 1876 als „Sozialistischer Wahlverein“ wieder aufzuleben. Seit 1876 kam es zu verstärkten Aktivitäten der Sozialdemokratie – nicht nur – in Magdeburg. Noch im selben Jahr begann diese mit der „Magdeburger Freien Presse“ eine eigene Tageszeitung herauszugeben. Zwar bewegten sich die Mitgliedszahlen der sozialdemokratischen Vereine alle im unteren dreistelligen Bereich (1863 *Arbeiter-Bildungsverein*: 300 Mitglieder, 1868 *Reformverein*: 200 Mitglieder, 1869 *SDAV*: 107 Mitglieder, 1877 *Wahlverein*: 130 Mitglieder), jedoch entfalteten diese rege Aktivitäten. Zwischen 1875 und 1878 registrierte die Polizei in Magdeburg und Buckau insgesamt 171 (genehmigte) Versammlungen mit bis zu 1500 Teilnehmern. In den umliegenden Dörfern wurde zunehmend agitiert, was vor allem in den Industriedörfern um Buckau Wirkung zeigte, ebenso wie in den zahlreichen Gesellenherbergen, welche die Polizei als „Herde sozialdemokratischer Agitation“²⁷ bezeichnete. Der Einfluss der Sozialdemokratie zeigte sich außerdem bei den Reichstagswahlen 1877, als der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, BRACKE, 26,5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Das war gegenüber 1874 immerhin eine Steigerung um rund 12%.

Das Sozialistengesetz

Nach den beiden Attentaten auf den deutschen Kaiser im Mai und Juni 1878 verschärfte sich die Verfolgung der Aktivitäten der Arbeitervereine. Noch vor Erlass des Sozialistengesetzes im Oktober wurde der für Pfingsten in Magdeburg geplante erste allgemeine deutsche Gewerkschaftskongress, auf dem ein reichsweiter Zusammenschluss der sozialdemokratischen Berufsverbände vollzogen werden sollte, faktisch verboten, da die Behörden eine erforderliche Versammlungserlaubnis nicht erteilten. Auch die allgemeine Stimmung in der Öffentlichkeit war, glaubt man den Berichten des Regierungspräsidiums Magdeburg an den Kaiser, voll „tiefste(r) Entrüstung gegen die ruchlosen Verbrecher“. Es herrsche eine „sehr feindliche Stimmung“ gegenüber der Sozialdemokratie, der die Schuld für das Attentat zugeschrieben worden waren.²⁸ Die Unternehmer der Stadt erließen im Juli 1878 einen Aufruf „An unsere Gehülften und Arbeiter!“, in dem sie die Arbeiter vor den „verwerflichen Zielen der

²⁴ Asmus 1982, S.302

²⁵ Vgl. Asmus 1982, S.310

²⁶ Zitiert nach Drechsler 1995, S.31

²⁷ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 845, Bd. 2 [Zitiert nach Quellensammlung 1990, D18]

²⁸ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 120, Bd. 2 (alle weiteren Zitate aus den „Immediat-Zeitungs-Berichte des Regierungspräsidiums“ sind aus dieser Akte)

Socialdemokratie“ warnten und allen denjenigen mit Entlassung drohten, die als „Förderer des socialistischen Treibens innerhalb oder außerhalb der Werkstätten thätig sind“. ²⁹ Dabei konnten sie auf die Zuarbeit der Polizeibehörden vertrauen. Auf eine Anfrage des Unternehmers Hermann GRUSON aus Buckau an das Polizeipräsidium bekam dieser umgehend eine Liste der Mitglieder des sozialistischen Wahlvereins zugesandt, damit er die ihm „wohlgesinnten“ von denjenigen unterscheiden könne, „die sich den sozialistischen Bestrebungen anschließen“. ³⁰

Nimmt man jedoch die Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878 – der Reichstag war aus Anlass der Attentate am 11. Juni aufgelöst worden – als Meßlatte für die Stimmung in der Bevölkerung, so sieht das Ergebnis etwas anders aus. Der Kandidat der Sozialdemokratie, BRACKE, konnte sein schon gutes Ergebnis vom Vorjahr nochmals um fast 6% auf 32,5% steigern. ³¹ In absoluten Zahlen fiel der Erfolg noch deutlicher aus: Die für BRACKE abgegebenen Stimmen erhöhten sich von 2.724 (1877) auf 6.253 (1878).

Dennoch wirkte sich die Stimmung nach den Attentaten und die Angst vor einer zunehmenden Verfolgung auf das Verhalten der Magdeburger Sozialdemokratie aus. Unmittelbar nach dem ersten Attentat fühlte sich der Vorsitzende des Sozialistischen Wahlvereins, Wilhelm HABERMANN dazu genötigt, sich von dem Attentäter HÖDEL zu distanzieren, denn der entstamme dem „niedrigsten, schlechtesten und verdorbensten Lumpenproletariat“ und könne somit nichts mit der Sozialdemokratie gemein haben. ³² In der Folgezeit verhielt sich die Partei „äußerst still“, wie ein Bericht des Regierungspräsidiums vom Oktober 1878 mit Genugtuung notierte. Bereits vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde das Erscheinen der „Magdeburger Freien Presse“ eingestellt und der Sozialistische Wahlverein aufgelöst. Abgesehen von den Reichstagswahlen im Dezember 1879 und 1881, bei denen der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen stagnierte bzw. leicht zurückging, trat die Magdeburger Sozialdemokratie laut Polizei nicht mehr an die Öffentlichkeit. „Sie beschränken sich darauf, kleine Privatversammlungen zu halten, die sich zum großen Theil der Cognition der Polizei-Behörde entziehen.“ Generell herrsche – auch aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage – eine „ziemlich gedrückte Stimmung“ und „im Ganzen eine gewisse Apathie“, so oder ähnlich heißt es in den Vierteljahresberichten des Regierungspräsidiums der Jahre 1879 bis 1882. Im Bericht vom Januar 1881 ist zudem von einem „erheblichen Zwiespalt“ in sozialdemokratischen Kreisen und einer „gewissen Entmuthigung“ die Rede, gleichwohl man „wenigstens jetzt noch nicht“ auf „die Abnahme ihrer Zahl“ hoffen dürfe. Laut Erkenntnissen der Polizei wurde der *Sozialdemokrat*, das Organ der Parteileitung in Zürich, in Magdeburg in 30 Exemplaren bezogen.

Obwohl es noch im April 1883 im Report nach Berlin heißt, dass es von der Sozialdemokratie „kein Lebenszeichen“ gebe, hatte sich in der Zwischenzeit doch einiges getan. Ende 1881 machten sich die hiesigen Sozialdemokraten an die Bildung einer so genannten „Corpora“-Organisation. Diese hielt regelmäßig geheime nächtliche Versammlungen der Vertrauensleute unter freiem Himmel ab. An der Spitze der „Corpora“ stand ein Agitationskomitee (im allgemeinen kurz als das „Comité“ bezeichnet), das von BREMER, HABERMANN und dem Buckauer Sozialdemokraten Wilhelm KLEES geleitet wurde. Nach der Lockerung der Bestimmungen des Sozialistengesetzes bezüglich der Gewerkschaften, wurden 1882 in Magdeburg und den umliegenden Dörfern mehrere gewerkschaftliche *Fachvereine* gegründet, in denen zumeist Sozialdemokraten die leitenden Funktionen übernahmen.

Inzwischen hatten sich auch die ersten, aufgrund der Verhängung des Belagerungszustandes Ausgewiesenen in Magdeburg niedergelassen. Sie kamen zumeist aus dem nahen Berlin und waren i.d.R. aktive und/oder führende Genossen der jeweiligen illegalen Parteiorganisationen. Nicht zuletzt die mit der Ausweisung verbundene Entwurzelung dürfte deren weitere Radikalisierung gefördert haben. Diese Funktionäre trugen maßgeblich dazu bei, dass an ihren Fluchtorten, so auch in Magdeburg, die Reorganisation der Partei und die Verbreitung sozialistischer Ideen unter der Bevölkerung vorangetrieben wurde. So wurde nun auch in den Berichten des Regierungspräsidiums andauerndes „wählerisches Treiben im Geheimen“ (Oktober 1883) ³³ bzw. „fortgesetzte Wühlereien, zum Teil unter dem Deckmantel von *Fachvereinen* oder so genannten Volksbildungsvereinen“ (April 1884) ³⁴ festgestellt. Im Juli 1885 heißt es gar, dass die Sozialdemokratie in Magdeburg „dreister als je zuvor“ agiere und zahlreiche Versammlungen verboten werden mussten. ³⁵ Im Jahr zuvor war es zum ersten Mal gelungen, das Reichstagsmandat für Magdeburg zu gewinnen. Bei den Stichwahlen am 11. November 1884 wurde der Hutmacher August HEINE aus Halberstadt mit 12.301 Stimmen zum Abgeordneten gewählt.

Die Spaltung der Magdeburger Parteiorganisation

Die Wiederbelebung der Aktivitäten der Magdeburger Parteiorganisation war, wie bereits erwähnt, zu einem Großteil den Ausgewiesenen zu verdanken. Am 4. April 1883 hatte August REUTER mehrere Versammlungen

²⁹ LHASA, Rep C20 Ib Nr. 1798, Bd. 1, Bl. 46 [Asmus u.a. 1969, S. 37]

³⁰ LHASA, Rep C29 III Nr. 50, Bl. 50f [zitiert nach Asmus u.a. 1969, S. 36]

³¹ Diese Entwicklung lag im Widerspruch zum reichsweiten Trend – insgesamt ging der Anteil der gültigen Stimmen für die Sozialdemokraten von 7,6% (1877) auf 6,1% zurück. Vgl. Fricke 1976, S. 526ff

³² Quellensammlung 1990, D10

³³ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 120, Bd. 2, Bl. 270

³⁴ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 120, Bd. 2, Bl. 304

³⁵ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 120, Bd. 3, Bl. 45

der am Ort befindlichen Ausgewiesenen einberufen, welche „die Unthätigkeit der politischen *Comités* von Magdeburg“ zum Thema hatten. Zu jener Zeit weilten in Magdeburg mindestens 12 Ausgewiesene, die fast alle erschienen waren, außerdem auch einige Magdeburger Sozialdemokraten, darunter HABERMANN. Dem *Comité* wurde vorgeworfen a) die Beschlüsse der Landesversammlung der Provinz Sachsen von Weihnachten 1882 (Bildung von Bezirksorganisationen), b) bei der Wahl des Delegierten VIERECK zum Parteikongress in Kopenhagen (29.3.-2.4.1883) einen Großteil der Wahlberechtigten des Bezirkes nicht berücksichtigt zu haben, c) dass das beschlossene Flugblatt „Ostergruss“ noch nicht erschienen war und schließlich d) durch eine Veröffentlichung der Magdeburger *Fachvereinsleiter* im *Sozialdemokrat* diese faktisch der Polizei ausgeliefert zu haben. Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der das *Comité* aufgefordert wurde, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen und endlich tätig zu werden. Außerdem vereinbarten die Ausgewiesenen, sich künftig enger zusammenschließen und regelmäßig Sitzungen abzuhalten. Unmittelbar nach diesem Treffen kam es zu einem Zwischenfall, durch den die Unzufriedenheit unter den Magdeburger Parteigenossen noch einmal verstärkt wurde. VIERECK erschien auf dem Rückweg vom Kopenhagener Partei-Kongress unangemeldet in Magdeburg. Das *Comité* jedoch informierte nur wenige seiner Mitglieder, kein Ausgewiesener, mit Ausnahme von August BENZIEN, der selbst *Comité*-Mitglied war, wurde hinzugezogen. Das musste für die von der Sitzung Ausgeschlossen den Eindruck erwecken, dass ihnen Informationen vorenthalten werden sollten, was angesichts der angespannten Situation (nicht nur) in der Magdeburger Partei und der wichtigen Thematik – VIERECK berichtete über den Verlauf des Parteikongresses – besonders schwerwiegend erschien. Daraufhin beschlossen die Ausgewiesenen, eine erweiterte *Comité*-Sitzung einzuberufen, um eine Klärung der angestauten Probleme herbeizuführen. Diese fand am 9. April 1883 statt. Die versammelten Ausgewiesenen sowie die Vertrauensleute einiger Wahlbezirke plädierten für ein energisches Vorgehen gegen die *Comité*-Verantwortlichen. Die anwesenden *Comité*mitglieder unter Leitung von GESERICK gelobten jedoch Besserung und konnten eine knappe Mehrheit der Versammelten davon überzeugen, ihnen noch einmal das Vertrauen auszusprechen.³⁶

Damit war der Konflikt allerdings nicht gelöst. Die Zahl der mit der vorsichtig-gemäßigten Politik der Parteileitung im Allgemeinen und der in Magdeburg im Besonderen unzufriedenen Genossen stieg weiter an. Insbesondere die Wahlprogramme der sozialdemokratischen Kandidaten zu den Reichstagswahlen im November 1884 standen im Mittelpunkt der Kritik. Die seien so formuliert gewesen, dass „sie jeder Mützenmacher unterschreiben konnte“³⁷, wie es ein Zeitgenosse ausdrückte. Das Magdeburger *Comité* wurde angehalten, von dem Magdeburger Reichstagsabgeordneten HEINE die „unbedingte Befolgung der hier gefassten Beschlüsse“ und das „Unterlassen jeder Agitation ohne Aufforderung und Wissen des *Comités*“³⁸ zu gewährleisten. Die Auseinandersetzungen führten Anfang 1885 letztlich zur Spaltung der Magdeburger Parteiorganisation in die so genannten *Organisationen I* und *II* – eine Reminiszenz an die beiden Teile des Parteiprogramms. Der Teil I umfasste die tagesaktuelle, Teil II die strategische Zielsetzungen der Partei, oder, um noch einmal den Zeitgenossen zu zitieren: „Auf der einen Seite die evolutionistische, auf der anderen Seite die revolutionäre Tendenz auf den Grundlagen des ersten und zweiten Teil des Programms“.³⁹ Im Kreis Wanzleben, der u.a. die Magdeburger Dörfer Groß und Klein Ottersleben, Benneckenbeck, Salbke-Westerhüsen, Lemsdorf und Diesdorf umfasste, wurde zu jener Zeit ebenfalls eine separate Parteiorganisation gebildet, die sich auf die Seite der *Organisation II* stellte und keine Gelder mehr an die Magdeburger Corpora abführte.

Die gemäßigte *Organisation I* in Magdeburg wurde von HABERMANN, BREMER und dem Zimmermann Müller aus der Neustadt angeführt. Sie befand sich gegenüber der radikalen *Organisation II* zunächst in der Mehrheit. Ihr zentrales Argument gegen die Radikalen – aber auch gegen die Schreibweise des *Sozialdemokrat* – war, dass sie diese ablehnten, da sie um jeden Preis die Verhängung des Belagerungszustandes über Magdeburg zu verhindern suchten. An der Spitze der Radikalen standen fast ausschließlich in Magdeburg wohnende Ausgewiesene, wie der Schlosser Hermann MALCHERT, der Zimmermann Adolf SCHULTZE, der Maschinenbauer Max SENDIG, der Zigarrenfabrikant Otto EITNER und der Schuhmacher Friedrich GLÄSER. Sie bildeten faktisch eine gleichartig aufgebaute Parallelorganisation mit Bezirksführern, die sich zu gemeinsamen Sitzungen versammelten. Von den Radikalen wurde sogar die Gründung einer eigenen Parteizeitung erwogen, was aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel wieder verworfen wurde.

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen wurden z.T. sehr verbissen geführt, die „nationale Partei“ ließ z. B. die „entschiedenen Revolutionäre“ durch „gewählte Ordnungsmänner aus dem Saale entfernen“⁴⁰ und denunzierte den im Mai 1886 ausgebrochenen Maurer- und Zimmererstreik als allein von den Radikalen mit Adolf SCHULTZE an der Spitze als „vom Zaune gebrochen“, ohne dass diese sich mit den anderen Vereinigungen in Verbindung gesetzt hätten. Der Streik endete jedoch mit einem Erfolg der Arbeiter, deren Lohnforderungen weitgehend erfüllt worden waren, was sicher zur Stärkung der radikalen Richtung beitrug.

³⁶ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662, Bl. 13ff

³⁷ Cyclop 1911 Nr.18

³⁸ LHASA, Rep C20 Ib Nr. 1798, Bd. 2, Bl. 115

³⁹ Cyclop 1911 Nr.18. Inwiefern sich das auf das offizielle Parteiprogramm bezog, konnte nicht ermittelt werden. Dort jedenfalls ist die o.g. Zweiteilung nicht nachzuvollziehen.

⁴⁰ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662, Bl. 161f

Mitte 1886 hatten sich die Kräfteverhältnisse soweit geändert, dass die Zahl der „Radikalen“ gleichauf mit der der „Gemäßigten“ war. Im September 1886 zählten laut Polizeiberichten 62 Genossen zur radikalen Richtung, die 40 Exemplare des *Sozialdemokrat* bezogen⁴¹, nachdem sich ein Teil der Ausgewiesenen (EITNER, MALCHERT, SCHULTZE und der Schuhmacher Otto WOLLSCHLÄGER) von den „Radikalen“ – aus unbekanntem Gründen⁴² – getrennt hatte.

Von Seiten der Gemäßigten wurden nun Anstrengungen unternommen, die *Organisation II* wegen angeblicher „Sympathie mit dem Anarchismus“, die schon allein durch ihren Verkehr mit dem Sozialrevolutionär und Redakteur Carl SCHNEIDT belegt sei, aus der sozialdemokratischen Partei allesamt auszustoßen.⁴³ Bei der Parteileitung in Zürich wurde deshalb beantragt, die weitere Belieferung der radikalen Fraktion mit dem offiziellen Parteiorgan *Sozialdemokrat* und weiterer Schriften aus Zürich sowie vom parteinahen Dietz-Verlag einzustellen. Jedoch gelang es diesen, den *Sozialdemokrat* über Umwege (über die Parteiorganisation in Hannover) weiterhin zu erhalten. Gleichzeitig intervenierten sie bei der Parteileitung. Im August 1886 erschien im *Sozialdemokrat* auszugsweise eine Erklärung, in der man sich entschieden gegen die Vorwürfe der Führung der Magdeburger Gemäßigten verwahrte und die von 62 Mitgliedern der *Organisation II* unterschrieben worden war.⁴⁴ Da zudem auch die Radikalen regelmäßig ihre Beiträge und Solidaritätsgelder nach Zürich abführten, wurde der Ausschluss aus der Partei aufgehoben und die Belieferung mit Schriften wieder aufgenommen.

Von Seiten der Parteileitung bzw. der Reichstagsfraktion wurden nun wiederholt Versuche unternommen, eine Aussöhnung zwischen beiden Flügeln herbeizuführen. Insbesondere der Reichstagskandidat für Magdeburg, Louis VIERECK, bemühte sich darum – vor allem, um die Zahl der Abonnenten seines am Rande der Existenz stehenden *Neuen Volksblattes für die Provinz Sachsen* in Magdeburg zu erhöhen, wie die Polizei vermutete.⁴⁵ Eine weitere Befürchtung der Parteileitung war, dass es infolge der Spaltung zur Aufstellung zweier Kandidaten für die Reichstagswahlen kommen könnte. Es wurde schließlich – ähnlich wie in anderen Städten, wo es ebenfalls zu Spaltungen der Partei gekommen war – die Einrichtung eines Schiedsgerichtes beschlossen. HEINE hatte dazu bei der Parteileitung in Zürich vorgefühlt und im Einvernehmen mit der Führung der Magdeburger *Organisation I* folgende Regelung vorgeschlagen. Die *Organisation I* sollte, da sie zahlenmäßig stärker war, als die offizielle betrachtet werden. Um den Genossen der *Organisation II* jedoch den Beitritt zu ermöglichen, wurden weitgehende Zugeständnisse an deren Forderungen – so z. B. eine stärkere Dezentralisierung der Organisation – als auch an deren führende Vertreter, denen der Vorsitz mehrerer örtlicher Bezirke angetragen wurde, eingeräumt. Letztlich sollte denjenigen, die auch auf dieser Basis eine Einigung ablehnten, die Möglichkeit einer individuellen Mitgliedschaft und dazu die Einführung einer besonderen Mitgliedskarte mit direkter Beitragszahlung an die Züricher Parteileitung (!) ermöglicht werden.⁴⁶

Zwar vermerkte die Polizei in einem Bericht vom Oktober 1886, dass es zwischen beiden Flügeln zu einer Annäherung gekommen sei, doch die bereits prognostizierte einheitliche Organisation für den Wahlkreis Magdeburg kam nicht zustande. Für die im Februar 1887 anstehenden Wahlen war von der Parteileitung August HEINE, der 1884 das erste sozialdemokratische Reichstagsmandat für Magdeburg gewonnen hatte, erneut als Kandidat vorgeschlagen worden. HEINE hatte sich aber nach Auffassung des überwiegenden Teils der Magdeburger Sozialdemokraten in der vergangenen Legislaturperiode im Reichstag nicht eben wacker geschlagen. Zudem gab es verschiedene Vorfälle, bei denen er „in ziemlich kleinlicher Weise an verschiedenen Parteigenossen gehandelt“ habe. Zudem, so seine Kritiker, sei sein gutes Stichwahlergebnis von 1884 zu einem Gutteil „den kleinen Handwerkern und einer Anzahl der Konservativen zu verdanken“ gewesen, deren Wahlentscheidung für die Sozialdemokratie faktisch mit dem Gemäßigten Programm erkauft worden war. In der aktuellen Situation werde sich eine solche Wahlentscheidung in konservativen Kreisen kaum wiederholen. Zwar hielt sich auch in weiten Teilen der *Organisation I* die Begeisterung für die Kandidatur Heines in Grenzen – es wurde dort die Kandidatur Vierecks erwogen – jedoch konnte HEINE sich mit Unterstützung der Fraktion im Rücken in der Kandidatenfrage nach langen Auseinandersetzungen erneut durchsetzen. Zu einem weiteren Streitpunkt zwischen beiden Parteirichtungen avancierte die Führungsrolle von HABERMANN und BREMER in der Magdeburger Partei. Deren Absetzung war von den Radikalen gefordert worden.

Von den Aktivitäten der einzelnen Organisationen ist wenig bekannt. Im Winter 1886 verstärkte die *Organisation II* die Agitation auf dem Lande. Sie plante dazu eine Broschüre „Eine Weihnachtsbetrachtung für die ländlichen Arbeiter der Provinz Sachsen“ in einer Auflage von 6.000 Exemplaren in eigener Regie herauszugeben, die zur Weihnachtszeit in den Dörfern im Magdeburger Umland zur Verteilung kommen sollte.

⁴¹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr.: 11662, Bl. 177

⁴² Lediglich im Falle WOLLSCHLÄGER ist bekannt, dass gegen ihn der Vorwurf erhoben worden war, er habe als Leiter des Schuhmachertreiks bei Bühring und Co. 75,- Mark Streikgelder für sich selbst verbraucht, was er selbst jedoch bestritt.

⁴³ Die Organisation II hatte für den Kongress in St. Gallen 1887 SCHNEIDT als Delegierten Magdeburgs vorgeschlagen, was die Organisation I unbedingt verhindern wollte und die sich schließlich auch durchsetzte. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13170, 248)

⁴⁴ Sozialdemokrat. Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge. Nr. 33, Zürich 1886

⁴⁵ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662, Bl. 179

⁴⁶ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13170, Bl. 248

Eine endgültige Wiedervereinigung der beiden Parteiorganisationen fand dann erst kurz vor dem Fall des Sozialistengesetzes, im Jahre 1888, statt – nachdem über HEINE durch ein örtliches Schiedsgericht der Partei faktisch ein Auftrittsverbot in den hiesigen Versammlungen ausgesprochen worden war.

Die Anfänge des Anarchismus in Magdeburg

Neben der parteiinternen Opposition entstand in Magdeburg auch eine radikal-oppositionelle Strömung, die u.a. die Beteiligung an den Wahlen generell verwarf. Auch an deren Herausbildung waren maßgeblich die Ausgewiesenen beteiligt. Die ersten Aktivitäten zur Verbreitung oppositioneller sozialrevolutionärer Schriften gingen aber von ortsansässigen Genossen aus. Bereits im Sommer 1879, unmittelbar nach Gründung der *Freiheit* durch Johann MOST, wurde Magdeburg von Düsseldorf aus mit mehreren Exemplaren der Zeitung beliefert.⁴⁷ Im Dezember 1879 fand eine illegale Versammlung bei Carl WINTER in Sudenburg statt, auf der über die Verbreitung der *Freiheit* beraten wurde. Mehrere Aktive (Wilhelm GREHL, Fritz GLAUTE, Wilhelm HABERMANN, Karl Lankau) erklärten sich bereit, für die Verbreitung der *Freiheit* als Deckadresse zu dienen. Im Mai 1880 wurde aus London vermeldet, dass aus Magdeburg – neben Dresden, Essen und Königsberg – Gelder für die Unterstützung der *Freiheit* eingegangen seien.⁴⁸ Immer wieder kam es zu Beschlagnahmungen von Paketen, die die *Freiheit* und andere Druckschriften enthielten.⁴⁹ Im November 1880 fanden Hausdurchsuchungen bei denen in Magdeburg und in den Vororten (Sudenburg, Neustadt, Klein Ottersleben) als Abonnenten Verdächtigten statt. Dabei konnte zwar nur ein Exemplar der Zeitung beschlagnahmt werden, doch im Verlauf der Untersuchung ergab sich, dass zusätzlich zu den o.g. noch weitere sechs Personen an der Verbreitung illegaler Schriften beteiligt waren (Jakob PETERSEN, Joseph NAPIERELLA, DENHARDT, Gustav KÜHNE, Christian DAHL, Gustav DIETZ). Im April 1881 wurden sechs von ihnen zu je einem Monat Gefängnis verurteilt, einen Monat später folgten zwei weitere Urteile wegen Verbreitung der *Freiheit* und des *Sozialdemokrat* (HABERMANN – 3 Monate, WOLL-SCHLÄGER 1 Monat). WINTER entzog sich seiner Strafe durch Flucht ins Ausland. Auch wenn zum damaligen Zeitpunkt die Beteiligten sich vermutlich mehrheitlich als entschiedene Sozialdemokraten verstanden haben, kann man dies doch als den Anfang einer dauerhaften sozialrevolutionären Gruppe in Magdeburg ansehen.⁵⁰

Durch die Verurteilungen sind vermutlich einige vom weiteren Bezug der *Freiheit* abgeschreckt worden oder aber vorsichtiger geworden – in einem Schreiben der Polizeidirektion Magdeburg an die vorgesetzte Stelle in Berlin vom Mai 1882 wurde festgestellt, dass es in Magdeburg nur noch 2 Abonnenten der *Freiheit* gebe. Dass die Aktivitäten der Magdeburger Anarchisten nicht zum Erliegen gekommen sind spricht die Tatsache, dass im Februar und Dezember des gleichen Jahres in Stettin bzw. Hamburg Sendungen der in Opposition zur *Freiheit* stehenden anarchistischen Zeitung *Rebell* beschlagnahmt worden sind, die zur Weiterleitung nach Magdeburg bestimmt waren. Die Polizei gelangte auf diesem Wege auch zu einer Abonnenten/Verbreiter-Liste dieser Zeitung in Magdeburg. Auf dieser Liste befinden sich die Namen von 12 Personen, die sehr wahrscheinlich jeweils mehrere Exemplare bezogen. Bei ihnen wurden mehrfach Haussuchungen durchgeführt, dies jedoch ohne Erfolg – ein Indiz dafür, dass es den damaligen Anarchisten wiederholt gelang, die politische Polizei in die Irre zu führen.⁵¹

Neue Impulse erhielten die hiesigen Radikalen dann durch den Zuzug mehrerer Ausgewiesener. Insbesondere die Ankunft des 1881 aus Berlin ausgewiesenen Schuhmachers Gustav KRAUSE, der sich im August 1883 in Buckau – zunächst bei dem ebenfalls Ausgewiesenen Ferdinand HENNING – niederließ, sollte sich als entscheidend für die Organisation der Radikalen in Magdeburg und ihrer Orientierung zum Anarchismus erweisen. Schon unmittelbar nach seiner Ankunft setzte er, der zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei war, sich auf einem Treffen Magdeburger Sozialdemokraten mit dem Reichstagsabgeordneten VIERECK für die Bildung eines *Fachvereins* der Schuhmacher ein, kam jedoch bald mit deren Führung in Konflikt. Im Oktober 1883 versuchte HABERMANN⁵² mit dem Ausschluss von KRAUSE aus der Parteiorganisation der

⁴⁷ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14680, Bl. 171ff. In den Akten wurde auch eine angeblich bestehende „Socialisten-Verbindung“ mit 300 Aktiven erwähnt, deren Existenz aber nicht nachgewiesen werden konnte. Das Polizeipräsidium erklärte hierzu, dass es in Magdeburg zwar von Zeit zu Zeit geheime Zusammenkünfte gebe, aber nicht in solcher Größenordnung, die Gesamtzahl der Sozialdemokraten schätzte es jedoch „bedeutend“ höher ein.

⁴⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14681, Bl. 214

⁴⁹ So z.B. im Dezember 1880 neben div. Nummern der *Freiheit* die Broschüre „Tactic contra Freiheit“ von Most, die an Adressen in Sudenburg (Winter) und Buckau (Steffen) gerichtet waren und im August 1882 eine Sendung mit den Flug-schriften „Parteigenossen“ und „Unsere Lage“, die an LANKAU in Magdeburg gerichtet war. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14682, Bl. 209)

⁵⁰ Rudolf Rocker hat die Existenz einer solchen Organisation in Magdeburg in seiner Most-Biografie bestätigt (Rocker 1994, S. 89)

⁵¹ Fricke/Knaack 1983, S. 221 und LHASA, Rep C28 Ia Nr. 845 Bd. 4, Bl. 79. Folgende Namen finden sich auf der Verteiler-Liste des *Rebell*: WINTER, EBITSCH, ROSENSTEIN, NAPIERELLA, LANKAU, SCHNEIDER, GRAMMER, MERTENS, KRONE, LEISS-RING, WAGEMANN. LANKAU und MERTENS waren zugleich Abonnenten der *Freiheit*.

⁵² HABERMANN zählte ursprünglich selbst zu den radikaleren Kräften in Magdeburg. Die Polizei vermerkte zu dessen Verhalten in besagter Versammlung: „HABERMANN hat sich hier wieder als ein falscher, hinterlistiger Lump gezeigt. KRAUSE, BASNER, HEINRICH, SENDIG und Anderen gegenüber spielt er den Radikalen, schimpfte auf Grillenberger und die ganze autoritäre

Situation wieder Herr zu werden. Letztlich konnte er jedoch nichts Konkretes vorweisen, was einen Ausschluss rechtfertigt hätte. Das Einzige, was er vorbringen konnte, war ein Brief KRAUSES, den dieser an einen Freund in Nürnberg geschrieben und in dem er sich über die ungleiche Behandlung der Abgeordneten auf der einen Seite und der einfachen Genossen auf der anderen beschwert hatte. Das Ansinnen HABERMANNNS wurde von den Magdeburger Parteibezirken zurückgewiesen, was die Polizei vermutlich zu der Bemerkung veranlasste, dass „die Parteiführer fürchten, das Heft aus der Hand zu verlieren“.⁵³ Jedoch scheint die Vorgehensweise seitens der illegalen Magdeburger Parteileitung gegen ihn insofern Früchte gezeitigt zu haben, dass sie die Trennung KRAUSES von der Partei beförderte.

Ende 1883 begann KRAUSE, die Verbreitung der anarchistischen Zeitung *Rebell* in Magdeburg zu organisieren. Er korrespondierte dazu regelmäßig mit anarchistischen Emigranten in Belgien (John NEVE) und London (Gustav KNAUERHASE und der aus Magdeburg emigrierte Carl WINTER), über die Magdeburg mit den Zeitungen beliefert wurde. Anfang Dezember wurden mehrere Hundert Exemplare des Blattes „auf den Straßen und Bauplätzen hiesiger Stadt verbreitet“.⁵⁴ In der Folgezeit kam es immer wieder zu Verteilaktionen einer größeren Anzahl von Exemplaren dieser Zeitung (und vermutlich auch der *Freiheit*) und anderer anarchistischer Schriften in der Stadt und an den Kasernen Magdeburgs. Zwar konnte die Polizei um die Jahreswende 1883/84 nur 6 Abonnenten der *Freiheit* und einen des *Rebell* (gegenüber 60 des *Sozialdemokrat*)⁵⁵ feststellen, jedoch muss die Anzahl der verbreiteten Exemplare um einiges höher gelegen haben. Im Januar 1884 wurde auf einer Magdeburger Bahnstation von Jacob LEDERER, einem Freund KRAUSES aus dessen Frankfurter Zeit, eine größere Menge anarchistischer Schriften, die über die Schweizer Grenze nach Deutschland geschmuggelt worden waren, übergeben. Im Juli 1884 wurde in Magdeburg ein Paket mit 2000 Exemplaren der *Freiheit* und in Hamburg-Altona ein Paket mit mehreren Exemplaren des *Rebell* beschlagnahmt, das für KRAUSE bestimmt war⁵⁶, außerdem trafen mehrere Ausgaben der *Freiheit* aus Stettin und Brüssel kommend in Magdeburg ein⁵⁷. Im Frühjahr 1885 wurde ein Paket in Magdeburg beschlagnahmt, das 60 Exemplare der *Freiheit* und zwei Broschüren, „Anti-Syllabus“ und „Ceterum Censeo“⁵⁸, enthielt und letztere in ca. 200 Exemplaren in Magdeburg verteilt.⁵⁹ Im Februar 1886 wurde vom Postamt in Buckau ein an den Buckauer Anarchisten JORDAN adressiertes Paket direkt der Polizei ausgehändigt, weil der Inhalt, zwei Exemplare der *Freiheit* und die Broschüre „Revolutionäre Kriegswissenschaft“ von Johann MOST, von außen kenntlich war.⁶⁰ Im Juli 1886 wurden zwei Pakete mit 75 Exemplaren der *Freiheit* bzw. 300 Exemplaren des *Rebell* sowie diversen Broschüren („REINSDORF“ und „Revolutionäre Kriegswissenschaft“ von Johann MOST), die für Magdeburg bestimmt gewesen sind, beschlagnahmt.⁶¹

Unterstützung bekam KRAUSE in Magdeburg von einigen anderen Aktiven, so z. B. von Ewald DIENEMANN, dem Schlosser Bernhard HAUPT aus Buckau, dem bereits erwähnten HENNING, dem im Herbst 1884 aus Berlin ausgewiesenen Robert DRICHEL sowie einigen weiteren Anhängern, besonders aus den umliegenden Orten im Süden Magdeburgs (Groß Ottersleben, Lemsdorf, Benneckenbeck ...). Aufgrund des konspirativen Vorgehens der Anarchisten zu jener Zeit konnten deren Organisationsstrukturen nie ganz aufgeklärt werden. Fest steht, dass es um den Jahreswechsel 1884/85 zu diversen Gruppenbildungen im Magdeburger Raum kam. Bis dahin existierten zwar lose Zusammenhänge von Anarchisten, die vor allem den Vertrieb der Zeitungen und Druckschriften organisierten, aber keine festen Gruppenstrukturen – nicht zuletzt, weil KRAUSE selbst zunächst keine Notwendigkeit für solche gesehen hatte. Wichtig war für ihn – glaubt man den Darstellungen eines Polizei-Informanten – vor allem die Heranbildung von „Unteroffizieren der Revolution“, deren Aufgabe es sei, „die Mitglieder so zu instruieren, dass sie im Momente der Revolution wissen, was sie zu tun haben“.⁶²

Die Polizei vermeldete im Januar 1885, dass in Magdeburg ein „anarchistischer Verein“ mit mindestens sieben Mitgliedern⁶³ – zumeist Ausgewiesenen – bestehe. Die Taktik der Anarchisten um KRAUSE war es, Gruppen mit max. fünf Mitgliedern zu bilden, die wiederum die Gründung weiterer Gruppe initiieren sollten. Die Grün-

Clique, während er in den Bezirkssitzungen, um dem *Comité* zu gefallen, eine ganz andere Comödie aufführte.“ (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662, Bl. 80)

⁵³ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662, Bl. 75

⁵⁴ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878, Bl. 65

⁵⁵ Quellensammlung Sozialistengesetz, D36

⁵⁶ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 6, Bd. 1

⁵⁷ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14685, Bl. 143

⁵⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14686, Bl. 81. Beide Broschüren stammen von Hermann KRASSER und wurden in anarchistischen Kreisen erstmals 1878 und später immer wieder erneut herausgegeben und verbreitet. Vgl.

http://www.ilab.org/db/book665_12953.html

⁵⁹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

⁶⁰ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14687, Bl. 128

⁶¹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11970, Bl. 134 und 144

⁶² LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 6, Bd. 1

⁶³ PÖTTING, KRAUSE, ADOMATIS, DRICHEL, BÜNGER (alles aus Berlin Ausgewiesene) und aus Magdeburg HARPRECHT sowie noch eine oder mehrere bis dato unbekannte Personen (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 8641, Bl. 170)

dung von mindestens einer weiteren Gruppe zu Ostern 1885 ist aktenkundig geworden.⁶⁴ Außerdem wurde vermeldet, dass am 10. Mai 1885 durch KRAUSE, DRICHEL, HENNING, DIENEMANN und HAUPT (im „Restaurantsgarten von Brandenburger“, Lüneburger Str. 19, dort fanden auch weitere Gruppentreffen statt) eine anarchistische Gruppe gebildet worden sei.⁶⁵ Diese hatte jedoch personelle Überschneidungen mit dem bereits Anfang des Jahres vermeldeten „anarchistischen Verein“. Auch die Existenz einer Anarchistengruppe namens „*Mephistopheles*“ ist zu jener Zeit in den Polizeiakten vermerkt. Vermutlich gab es einen hohen Fluktuationsgrad sowohl bei den Mitgliedern, als auch eine relativ kurze Lebensdauer der Gruppen. Für den August 1886 verzeichnen die Akten die Existenz einer anarchistischen Gruppe um KRAUSE mit ca. 12 Genossen. Hinter denen stünden weitere „15-18 Mann, die zu engerem Anschluss herangezogen werden können“. Diese hätten „regelmäßige Versammlungen an ständig wechselnden Orten“ durchgeführt, auf denen Druckschriften verteilt und Gelder eingesammelt worden seien. In Magdeburg wurden durch die Gruppe bis zu 30 Exemplare der *Freiheit* regelmäßig vertrieben. Die dafür eingenommenen Gelder wurden jedoch nicht nach London, dem Redaktionsitz, abgeführt, sondern für die lokale Agitation verwendet.⁶⁶ Die Existenz einer Zentralkasse für Deutschland konnte nicht festgestellt werden, die Gruppen der jeweiligen Städte unterstützten sich aber gegenseitig. KRAUSE unterhielt zu jener Zeit auch einen regen Briefwechsel mit seinen alten Frankfurter Genossen sowie mit London. Es wurde schließlich eingeschätzt, dass „Einfluss und Ansehen KRAUSES bedenklich“ zugenommen habe und der Hoffnung auf Bildung fester Organisationsstrukturen Ausdruck verliehen, da man gegen diese dann einfacher vorgehen könne.⁶⁷

Die zahlreichen Druckschriften, die in der Stadt eintrafen, waren aber nicht alle zur lokalen Verbreitung bestimmt. Ein nicht unerheblicher Teil wurde von KRAUSE – zumeist nach Berlin, aber auch nach Brandenburg, Braunschweig und diverse Einzelabnehmer in der näheren Umgebung – weitergeleitet. Zu dieser Zeit wurde die Berliner anarchistische Bewegung, deren Führer zumeist ausgewiesen worden waren, von Magdeburg aus reorganisiert und mit Druckschriften beliefert. Dazu wurde auf Veranlassung MALCHERTS und SENDIGS eigens der Dreher Otto HARPRECHT aus Buckau nach Berlin geschickt, der dort 1884 eine Zeitlang seinen Wohnsitz genommen hat, um den Kontakt nach Magdeburg zu halten und den Schriftenvertrieb zu organisieren. Infolgedessen hat „die Versendung der ‚Freiheit‘ von Magdeburg nach hier bedeutend zugenommen“, stellte die Berliner Polizei im November 1884 mit, nachdem sie zwei Monate zuvor die Trennung der Berliner Radikalen von der Sozialdemokratie und die Existenz von „anarchistische Verbindungen“ festgestellt hatte, die jedoch anscheinend „von Magdeburg abhängig“ seien.⁶⁸ So sind z. B. im Juli 500 Zeitungen von HARPRECHT an den Anarchisten PÖTTING in Berlin übergeben worden⁶⁹ und im August 1884 über 2000 Zeitungen bei HARPRECHT in Berlin eingetroffen, die angeblich von KLEES aus Magdeburg abgesandt worden waren.⁷⁰ Auch ein Flugblatt „An die Arbeiter Berlins“ wurde zu jener Zeit über eine Deckadresse in Staßfurt aus Brüssel an KRAUSE zur Weiterbeförderung nach Berlin gesandt. Der inzwischen ausgewiesene PÖTTING nutzte Anfang 1885 eine befristete Aufhebung seiner Ausweisung aus Berlin aufgrund der Entbindung seiner Frau, um die Reorganisation der Berliner Bewegung voranzutreiben. Er organisierte den Versand einer größeren Anzahl von diversen älteren Nummern der *Freiheit* sowie deren erneuten regelmäßigen Versand von Buckau nach Berlin.⁷¹

Die Polizei vermutete schließlich die Existenz einer „Centralstelle für die anarchistischen Verbindungen“ in Buckau, unter der Leitung von KRAUSE.⁷² Systematisch wurden Kontakte zu Städten in der Umgebung geknüpft und ein Vertriebsnetz für die Zeitungen geschaffen. KRAUSE selbst ist dabei sehr vorsichtig zu Werke gegangen. Sobald er Adressen von potentiell oder offensichtlich Interessierten herausgefunden hatte, übermittelte er diese an seine Kontaktperson in Belgien, John NEVE. Von diesem wurden sie dann mit der *Freiheit* beliefert und auch brieflich kontaktiert.⁷³ NEVE fragte schließlich mehrmals in Magdeburg an, ob es nicht geeignete Personen gebe, die ihn beim Vertrieb der *Freiheit* unterstützen könnten, um von Belgien aus „eine förmliche Etappenstraße zu eröffnen“.⁷⁴

⁶⁴ Dieser sollen DIENEMANN, HAUPT, RAPPSILBER und ein Schlosser WAGNER aus Sudenburg sowie 2 oder 3 Unbekannte angehört haben. Für den Kauf von Druckschriften und die Unterstützung verfolgter Genossen wurde ein wöchentlicher Beitrag in Höhe von 10 Pf. vereinbart. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878)

⁶⁵ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 6, Bd. I

⁶⁶ KRAUSE soll DRICHEL gegenüber dazu geäußert haben, dass „Stellmacher, Kammerer und Kumitsch dafür gesorgt hätten, dass Geld genug dazu da wäre“. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878) Die drei Genannten hatten im November 1884 in Stuttgart eine Bank ausgeraubt. Vgl. Nettleau 1996, S. 321f

⁶⁷ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 10, 29ff. Als Gruppenmitglieder wurden neben KRAUSE noch DRICHEL, DIENEMANN, KÜHNE, JORDAN und ADOMATIS namentlich genannt.

⁶⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14686, Bl. 17

⁶⁹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14686, 13-14

⁷⁰ Das schloss die Polizei aber mit ziemlicher Sicherheit aus, zwar sei Klees vor Jahren Abonnent der *Freiheit* gewesen, habe aber inzwischen „seine radikale Gesinnung aufgegeben“ und wiederholt „die Dynamitherein der Anarchisten“ verdammt und unterhalte daher zu diesen auch keinerlei Verbindungen. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14686, Bl. 19)

⁷¹ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 8

⁷² LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 14686, Bl. 140

⁷³ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878, Bl. 40

⁷⁴ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 13

Dabei war die Arbeitsüberlastung des Vertriebsnetzes nicht nur der wachsenden Nachfrage nach Druckschriften geschuldet. Denn ganz offensichtlich machten die zahlreichen Beschlagnahmungen den Genossen zu schaffen. Im Januar 1885 wurde daher aus London der österreichische Anarchist Johann EISENBACHER⁷⁵ nach Deutschland geschickt, um „im Auftrage KNAUERHASES zu erforschen, auf welche Weise die Nr. 5 des Rebell abgefangen wurde“. Er reiste dazu von (Hamburg-)Altona kommend nach Magdeburg, wo er mit KRAUSE zusammentraf. Anscheinend nutzte EISENBACHER seinen Aufenthalt in Deutschland, um an den verschiedensten Orten Abonnenten für die Freiheit zu gewinnen und die zumeist vereinzelt agierenden anarchistischen Gruppen zu koordinieren. Von Magdeburg aus ging die Fahrt nach Berlin, von dort wollte er weiter nach Leipzig, Nürnberg und verschiedene andere Orte in Süddeutschland. KRAUSE korrespondierte während der Reise fortlaufend mit EISENBACHER, gab ihm Adressen, die er kontaktieren sollte und merkte an, dass er überall hören werde, dass es „Leute genug“ gebe, „nur das Material“ fehle. KRAUSE soll später geäußert haben, dass „EISENBACHER die geeignete Persönlichkeit, Etwas zu unternehmen“ wäre.⁷⁶

KRAUSE hielt auch selbst mit zahlreichen weiteren Anarchisten im Reich Kontakt. Mit anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen in der näheren Umgebung bestand ebenfalls reger brieflicher und auch persönlicher Verkehr. So fanden Pfingsten 1884, Ostern 1885⁷⁷ und am 5.12.1885⁷⁸ überregionale Treffen in Brandenburg statt, auf denen u.a. über die Forcierung der Druckschriftenverbreitung beraten wurde. Anfang 1886 bemühte sich NEVE um ein Treffen mit Berliner und Magdeburger Genossen „auf halben Wege“ zwischen den beiden Orten, an dem er selbst teilnehmen wollte, das jedoch nicht zustande kam.⁷⁹ Zu Pfingsten 1886 fand dann ein von NEVE einberufenes überregionales Treffen in Frankfurt/Main statt, zudem auch die Magdeburger Genossen auch eingeladen worden waren. Der Berliner Genosse KREBS, der mit der Weiterleitung der Einladung nach Magdeburg beauftragt war, hatte deren Benachrichtigung jedoch versäumt.⁸⁰

KRAUSE galt auch als Anlaufadresse für Reisende, immer wieder wohnten bei ihm zeitweilig Genossen – entweder auf Durchreise oder solange, bis sie anderswo ein Quartier gefunden hatten. So hielt sich hier im November 1883 der von der Polizei als Attentäter auf das Polizeigebäude in Frankfurt/Main verdächtige HINTERBERGER⁸¹ auf; im April 1884 der österreichische Anarchist AHLFELD, der kurz zuvor aus Berlin ausgewiesen worden war; im September 1884 die beiden ebenfalls aus Berlin Ausgewiesenen PÖTTING und DRICHEL⁸²; im Frühjahr 1885 sein Frankfurter Genosse Karl CONRADI⁸³; im Herbst 1885 der Rathenower Sozialist Theodor UHLICH⁸⁴ und im Sommer 1886 Bruno REINSDORF, der Bruder des ein Jahr zuvor hingerichteten anarchistischen Attentäters August REINSDORF⁸⁵. Zu jener Zeit soll KRAUSE auch Kontakte mit Anna BÖSCHENSTEIN, der zeitweiligen Geliebten von August REINSDORF unterhalten haben, die damals eine Zeit lang in Magdeburg und Schönebeck gewohnt hatte.⁸⁶ Im Frühjahr 1886, so wurde der Polizei zugetragen, soll sich zudem bei KRAUSES Genossen Gustav KÜHNE etwa 14 Tage lang eine „russische adlige Nihilistin“ auf der Durchreise von Frankreich nach Stockholm aufgehalten haben.⁸⁷

In den Jahren 1885/86 wurden auch von den örtlichen Anarchisten einige Anstrengungen unternommen, den Druck einer Zeitung „im Mostschen Sinne“ in Deutschland selbst zu bewerkstelligen. Erstmals hatte KRAUSE dieses Ansinnen auf dem Treffen Ostern 1885 in Brandenburg angesprochen, nachdem er kurz zuvor bei Robert FELDNER in Amerika wegen Geld zur Einrichtung einer Druckerei angefragt hatte. Es wurden rund 2.000 Mark als Startkapital dafür veranschlagt, die jedoch nicht aufzutreiben waren. (Auf dem Treffen sind lediglich 70

⁷⁵ Eisenbacher wurde von der Polizei verdächtigt, einer der drei Mörder Rumpffs zu. E. war vermutlich auch nur ein Deckname, in einem Brief Neves wurde er mit dem Namen „Hase“ bezeichnet.

⁷⁶ Diese Äußerung gab der Polizei Anlass zu einigen Spekulationen, ohne jedoch Genaueres herausbekommen zu haben. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 9709, Bl. 48ff)

⁷⁷ Auf dem Treffen waren aus Magdeburg KRAUSE und DRICHEL anwesend, dazu SPARFELD, PÖTTING und ungefähr zehn Anarchisten aus Brandenburg. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 8642, Bl. 150)

⁷⁸ Anwesend waren u.a. DRICHEL, KREBS, POSTEL, Krauss, PÖTTING in Brandenburg. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878)

⁷⁹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11970

⁸⁰ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

⁸¹ HINTERBERGER war allerdings, wie die Berliner Polizei vermutete, nur ein Deckname. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878)

⁸² LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 6, Bd. 1

⁸³ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

⁸⁴ UHLICH war der Enkel des bekannten Magdeburger freireligiösen Predigers Leberecht UHLICH (1799-1872) und Polizeispitzel. Er bot 1885 der Polizei an, seine Kontakte mit der anarchistischen Bewegung in Magdeburg zu intensivieren. Im Herbst 1885 kam UHLICH dann nach Magdeburg, traf dort u.a. KRAUSE und ADOMATIS, von denen er einige Nummern der *Freiheit* und Broschüren „zum Studieren“ erhielt und meldete sogleich an die Polizei: „Aus Gesprächen ging hervor, dass in Magdeburg ein anarchistischer Diskutierklub besteht.“ Im April 1886 wurde er vom Landgericht Potsdam wegen schweren Diebstahls mit 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus bestraft. Nach Verbüßung seiner Haftstrafe verzog er nach Magdeburg, wo er als Prediger der freireligiösen Gemeinde und weiter als Polizeispitzel tätig war. (LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 12)

⁸⁵ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

⁸⁶ Sie war hier als Erzieherin und Kellnerin tätig. Bei Haussuchungen wurde u.a. die Korrespondenz mit der Familie Reinsdorf in Pegau beschlagnahmt. (LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 3)

⁸⁷ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

Mark zusammengekommen.) Daher wurde der Diebstahl von Geld und Gerätschaften für den Druck in Erwägung gezogen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Schriftsetzer Carl HERRMANN⁸⁸, der bei seinem Arbeitgeber einiges Material (Schiesstücke bzw. Typen) gestohlen und mit der Herstellung eines kleinen Druckapparates begonnen hatte. Es wurde dafür eine Ladenkammer in Magdeburg angemietet, die jedoch bei dem Versuch, den nicht benötigten Teil der Beute aus dem Diebstahl zu verkaufen, aufgefliegen ist. Bei der anschließenden Durchsuchung wurde ein Großteil des Materials gefunden und beschlagnahmt – jedoch nicht alles, ein Teil war im Ofenrohr verborgen und wurde später von KRAUSE und DIENEMANN geborgen. HERRMANN konnte sich seiner Verhaftung durch Flucht in die Schweiz entziehen, hatte jedoch bei seiner Abreise erklärt, dass er „wenn irgend möglich“, das angefangene Vorhaben zu Ende führen werde. Die Magdeburger Genossen gaben ihr Ansinnen ebenfalls nicht auf. Sie erwogen, den *Rebell* fortan selbst – und zwar im Harz – zu drucken. Die wiederholten Bitten KRAUSES um Geld zur Finanzierung des Vorhabens hatten jedoch keinen Erfolg, so dass das Unternehmen schließlich doch aufgegeben werden musste.⁸⁹

All diese Aktivitäten veranlassten die politische Polizei in Berlin, in ihren Lageberichten Magdeburg als eines der Zentren des organisierten Anarchismus in Deutschland einzustufen. So z. B. im November 1884, als man zudem feststellte, dass in Magdeburg – neben Berlin, dem Wuppertal und anderen Gegenden am Rhein – genügend „geeignetes Material“ vorhanden sei, das den „Lockungen“ der anarchistischen „Fanatiker“ erliegen könnte.⁹⁰

Exkurs: Schönebeck

Auch in der nahe Magdeburg gelegenen Kleinstadt Schönebeck gab es in den 1880er Jahren Ansätze anarchistischer Organisierung. Um den im November 1885 aus Hamburg nach Schönebeck verzogenen Tischler Otto SCHLEY scharte sich eine kleine Gruppe von Anarchisten. Zu dieser gehörten zeitweilig der bereits erwähnte Schriftsetzer Carl HERRMANN und *Adomatis*, die dort beide bereits eine Zeit lang ansässig waren. SCHLEY hielt Kontakte nach Hamburg und Berlin sowie auch zur anarchistischen Exil-Gemeinde in London und New York. Von dort erhielt er die *Freiheit* und andere Druckschriften. Einige seiner Genossen arbeiteten in einer Düngemittelfabrik, wo sie angeblich an die Besorgung von Sprengstoffe dachten. Außerdem wurden enge Kontakte zu Arbeitern in der Elmer Saline bzw. den Bergwerken bei Staßfurt unterhalten, von denen man sich ebenfalls Explosivstoffe erhoffte.⁹¹ Einer jener Schönbecker Genossen schaltete zudem einen anscheinend sympathisierenden Schwager, einem Maurer namens Gottlieb BOERSIG in Groß-Mühlingen, als Deckadresse für größere Sendungen ein. Der besagte Sympathisant erwies sich dann jedoch entweder als unzuverlässig oder zumindest als konspirativ unfähig, als er die Annahme der ihm postalisch überbrachten Druckschriften verweigerte, so dass die Sendung der unterdessen aufmerksam gewordenen Polizei in die Hände fiel.⁹² Diese Nachlässigkeit bremste den Tatendrang der kleinen Gruppe womöglich, denn über weitere Aktivitäten der Gruppe in Schönebeck, die über die Verbreitung von Druckschriften hinausgingen, ist seitdem nichts mehr bekannt geworden.

Die Schneidt'schen Zeitungsprojekte

Zu jener Zeit kam auch der zuvor u.a. in der Redaktion der Mostschen *Freiheit* in London tätig gewesene Karl SCHNEIDT nach Magdeburg. Er gab hier ab April 1885 die so genannte *Magdeburgische Gerichtszeitung*⁹³ und ab Juli die *Deutsche(n) Volksblätter – eine unabhängige Monatsschrift für denkende Leser* heraus. Erstere kann man wohl als eine jener damals üblichen vordergründig „unpolitischen“, jedoch sozialdemokratisch inspirierten Tageszeitungen ansehen, die über den bloßen Broterwerb der Redakteure hinaus auch der Sammlung für Gelder für Verfolgte diene. Sie berichteten hauptsächlich über aktuelle Gerichtsverfahren und erreichten damit eine verhältnismäßig weite Verbreitung. Auch die Probenummer der Schneidt'schen Zeitung bestand zu einem großen Teil aus Gerichtsberichten. Jedoch waren die Prozesse meist so ausgewählt und kommentiert, dass sie eine unterschwellige politische Botschaft transportierten. Darüber hinaus gab es noch einen feuilletonistischen Teil, in dem in kaum verkennbarer Absicht z. B. über einen Prozess gegen den in Magdeburg bekannten Pastor UHLICH⁹⁴ wegen dessen Unterstützung für die späteren 1848er Revolutionäre berichtet wurde.

Im Inserententeil der Probenummer fanden sich die Anzeigen zahlreicher Geschäfte und Lokale ortsansässiger Sozialdemokraten. Immerhin verzeichnete die 10seitige Wochenzeitung im Jahr 1885 einen für die Kosten-

⁸⁸ Dieser ist, nachdem er aus Berlin ausgewiesen worden war, eine Zeitlang in der Schweiz gewesen und hat dort u.a. in der Druckerei des *Sozialdemokrat* gearbeitet. Dabei hat er Einblick in die Zustände innerhalb der Parteileitung und der Partei-Druckerei erhalten, die ihn zum Bruch mit der Sozialdemokratie veranlassten. Insbesondere das Intrigieren der führenden Genossen gegeneinander sowie die Tatsache, dass in der Druckerei des *Sozialdemokrat* Frauen und Kinder beschäftigt wurden, obwohl die Partei offiziell immer gegen Kinderarbeit Stellung nahm, veranlassten seinen Übertritt zum Anarchismus. Herrmann plante auch die Herausgabe einer Broschüre über „das Verhalten der Sozialdemokraten in der Schweiz“. Aus der Schweiz ging er zurück nach Deutschland und ließ sich in Magdeburg nieder. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 8642, Bl. 329)

⁸⁹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 8642, Bl. 150ff

⁹⁰ Dokumente 1, S. 249

⁹¹ So jedenfalls die Aussage des Angeklagten (Ex-)Genossen DRICHEL. Vgl.: LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

⁹² LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11971

⁹³ Ein Exemplar der Probenummer befindet sich in: LHASA, Rep C28 Ia Nr. 845 Bd.5, Beiheft 1

deckung ausreichenden Abonnentenstamm von 3000 Lesern – in der Folgezeit setzte aber ein Schrumpfprozess ein.⁹⁴ Zunächst war die *Gerichtszeitung* noch von SCHNEIDT allein redigiert worden, um dann ab Oktober 1885 von dem eigens hierfür nach Magdeburg übergesiedelten Harry KAULITZ⁹⁵, mit den SCHNEIDT bereits aus seiner Londoner Zeit befreundet war, unterstützt zu werden. Im August 1886 übernahm schließlich KAULITZ die Redaktion. Anfang 1887 gründete er sogar eine zusätzliche Tageszeitung mit dem Titel „Neues Magdeburger Tageblatt“, der fortan die *Gerichtszeitung* beigelegt wurde. Laut Polizeiberichten hatte das Blatt unter KAULITZ' Redaktion „seine Tendenz fortgesetzt geändert“. Gegenüber „Behörden und öffentlichen Beamten“ zeige das Blatt eine „geringschätzende, in den Schmutz ziehende Tendenz“, mehrere Artikel gaben „Veranlassung zum strafrechtlichen Einschreiten“.⁹⁶ Zunächst richtete sich das eher liberale als klassenkämpferische Tageblatt eher an die Kreise um die Deutsch-Freisinnigen (Liberale) und die von ihnen beeinflussten *Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine*. Während des Reichstagswahlkampfes im Frühjahr 1887 vollzog KAULITZ einen immer deutlich erkennbaren Schwenk ins Lager der Sozialdemokratie, wodurch sich die Abonnentenzahl innerhalb kürzester Zeit von 3750 auf 7000 erhöhte. Wie sehr an das Blatt an KAULITZ abhing, zeigte sich nach dessen Wegzug im Oktober 1887. Nun wurde das Blatt von anderen Redakteuren (u.a. von einem Hübler, gegen den im April 1889 noch ein Verfahren wegen „Beleidigung des Herrn Reichskanzlers“ anhängig war) allmählich runtergewirtschaftet, bis es zuletzt – laut Aktennotiz – nur wenig mehr als eine Sammlung von „radikalfortschrittlichen Preßartikeln“ darstellte. Der Mangel an Geldmitteln soll im März 1889 letzten Endes den Ausschlag für die Einstellung gegeben haben.⁹⁷

Die monatlich im A5-Format erschienenen *Volksblätter* hingegen hatten Magazin-Charakter und besaßen eine Auflage von ca. 600 Exemplaren. Neben allgemein-politischen und philosophischen Themen – wie z. B. „Die Freiheit und ihre vernunftgemäßen Grenzen“, „Abschaffung oder Reform der Sittenpolizei“ sowie Aspekte aus den Bereichen Bildung und Erziehung, Flüchtlings- und Gefangenentag oder der Arbeit der freireligiösen Gemeinde – stießen die Verhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie auf scharfe Kritik. SCHNEIDT, den zu jener Zeit sowohl die Polizei als auch die Führer der Sozialdemokratie als Anarchist bezeichneten, hatte sich jedoch keiner der damals in Magdeburg bestehenden Organisationen (gemäßigte sowie radikale Sozialdemokraten oder Anarchisten) angeschlossen. Er verstand sich eher als ein freier Sozialist, der sich auf keine Ideologie festlegen wollte. Die Funktionäre der gemäßigten Richtung innerhalb der Magdeburger Sozialdemokratie fühlten sich dennoch wiederholt dazu veranlasst, den unliebsamen politischen Konkurrenten und seine Zeitungsprojekte – selbst wenn diese auch viele Sozialdemokraten in der Stadt unterstützten – bei der Züricher Parteileitung der anzuschwärzen. So brachte der von dieser herausgegebene *Sozialdemokrat* in seiner Nr.29 des Jahres 1885 eine Warnung vor dem „3fachen Renegaten sozialdemokratischen, Hasselmannschen und sozialrevolutionären Londoner Angedenkens“. Zudem wurde das Gerücht lanciert, SCHNEIDT stände in Diensten der Polizei, die auch die Herausgabe der *Volksblätter* angeregt habe. Vermutlich haben solche Diffamierungen dazu beigetragen, dass die *Volksblätter* nach nur 5 Nummern aufgeben mussten. In der letzten Ausgabe „bedankte“ sich SCHNEIDT auf seine Weise, in dem er sich in einem längeren Artikel über „Das wahre Gesicht der deutschen Sozialdemokratie“ ausließ. Die Verantwortlichen der Partei, so sein Vorwurf, hätten nach der Verhängung des Sozialistengesetzes „für den Augenblick völlig die Fassung verloren.“ Anstatt sich gegen die staatliche Restriktionen zur Wehr zu setzen, „legten“ die Parteispitzen nur „mutloses Benehmen an den Tag.“ Darüber hinaus sei ihnen zweifelhaft „Korruption“ anzulasten. Eine positive Folgeerscheinung sei aber insofern zu beobachten, weil eben viele sozialdemokratischen Arbeiter angesichts dieses würdelosen Agierens jedwede „Achtung vor der Autorität des Führertums“ endgültig verloren hätten und zur Bildung einer sozialrevolutionären Opposition geschrumpft seien. Dieser Umstand bedeute an sich nichts schlechtes, verhängnisvoll sei jedoch der Kampf sowohl zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Partei sowie derjenige zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten. Solche Streitereien würden inzwischen einen Großteil jener Kräfte binden, die „vorher im Kampfe wider die gegnerischen Parteien und die Regierung Verwendung gefunden“ hatten. Nachdenkliche Zeitgenossen hielten SCHNEIDT zugute, dass seine Kritik an den Zuständen in der sozialdemokratischen Bewegung nicht selten zwar recht drastisch geraten war, dabei jedoch niemals die Grenze zur Unsachlichkeit oder zur Verleumdung überschritt.

⁹⁴ Sie wurde 1886 bei David Louis Wolff in Magdeburg gedruckt.

⁹⁵ Kaulitz war eine ziemlich zwielichtige Gestalt. 1854 als Sohn eines Notars in Braunschweig geboren, wurde er schon frühzeitig in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv, was ihm 1877 eine 2,5-jährige Haftstrafe wegen „Aufreizung“ einbrachte. Anschließend ging er nach London, wohnte dort kurzzeitig bei *Most*, arbeitete für dessen *Freiheit* und wurde auch Mitglied im Communistischen Arbeiter-Bildungsverein (CABV), aus dem er aber wieder austrat, weil er beabsichtigte, mit Marx und Engels in engere Verbindung zu treten (die ihrerseits den von *Most* dominierten CABV boykottierten). In London lernte er auch SCHNEIDT kennen, mit dem er Ende 1883 gemeinsam nach Deutschland zurückkehrte. Im Oktober 1885 kam er dann nach Magdeburg, um SCHNEIDT bei seinem Zeitungsprojekt zu unterstützen, den er dann aber laut einem Polizeivermerk aus der Redaktion verdrängte. Nach seiner Übersiedlung nach Brüssel im Oktober 1887 zog er sich von allen politischen Aktivitäten zurück, denunzierte aber anlässlich eines geschäftlichen Aufenthaltes in Hannover eine Anzahl seiner ehemaligen Genossen bei der Polizei, darunter auch SCHNEIDT – was ihm laut Polizei, dessen „Todfeindschaft“ einbrachte. (LHASA, Rep C29 IVo Nr. 21)

⁹⁶ LHASA, Rep C29 IVo Nr. 21, Bl. 26ff

⁹⁷ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 845 Bd.7, Bl. 150

Dennoch hatte sich SCHNEIDT mit diesem Artikel, wie die Polizei im Juli 1886 notierte, „nicht nur in Magdeburg sondern bei der gesamten Sozialdemokratie viel Feinde gemacht“ und deshalb sei es insbesondere „die in Magdeburg bestehende *Organisation I* (...) (die) SCHNEIDT unausgesetzt zu Leibe geht“. Immer wieder wurden neue Gerüchte kolportiert, nach denen SCHNEIDT einmal „in Berlin (...) 2000 Exemplare der Nr. 4/5 der genannten Druckschrift habe gratis vertheilen lassen“, ein anderes Mal wiederum „um Aufnahme in die *Organisation I* ersucht“ habe. Der Polizei zufolge spielte SCHNEIDT mit dem Gedanken, einerseits gegen seine Verleumder gerichtlich vorzugehen, andererseits eine Fortsetzung des Artikels über „Das wahre Gesicht der deutschen Sozialdemokratie“ herauszubringen.⁹⁸ Die Magdeburger Anarchisten schickten im August 1886, als SCHNEIDT nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in Breslau nach Magdeburg zurückgekehrt war und abermals das Gerücht kursierte, dieser habe sich in den Dienst der Polizei gestellt, eine Abordnung in dessen Wohnung, um den Wahrheitsgehalt der kursierenden Gerüchte zu prüfen. Darüber hinaus wollte man dessen Verhältnis zum Anarchismus klären. SCHNEIDT gab sich neutral und erklärte, dass er sich „seine persönliche Freiheit vollständig wahren (wolle) und sich weder unter die Fuchtel der sozialdemokratischen Partei noch der anarchistischen stellen“ werde. Der Spitzelverdacht ließ sich immerhin ausräumen, so dass es anschließend zwar kein „Zusammenwirken“, so doch ein „freundschaftlichen Verkehr“ zwischen SCHNEIDT und den Anarchisten zu beobachten gewesen sei.⁹⁹ Zudem hatte KRAUSE – als führender Vertreter der ortsansässigen Anarchisten – die Expedition der *Gerichtszeitung* für Buckau übernommen.¹⁰⁰

Die Affäre DRICHEL

Neben der Organisierung des Vertriebes von Druckschriften nach Deutschland gab es in den 1880er Jahren außerhalb und innerhalb Deutschlands auch Bestrebungen, dem Sozialismus bzw. der Anarchie mit gewaltsamen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen. Wie bereits einleitend erwähnt wurden im Deutschen Reich diverse Versuche unternommen, führende Repräsentanten des Staates bzw. ihrer Repressionsorgane mittels Attentaten auszuschalten. In dieser Hinsicht bildete Magdeburg anscheinend keine Ausnahme, denn der dortigen Polizei wurden zuweilen angebliche Attentatspläne der Anarchisten zugetragen. So soll KRAUSE gegenüber DRICHEL geäußert haben, „er wolle thun, was in seinen Kräften stünde, um den Belagerungszustand auch nach hier zu bringen. Erst wenn der Belagerungszustand noch an vielen anderen Orten wäre, käme die Agitation in Fluss.“¹⁰¹ Die Rede war außerdem von Gesprächen, in denen es um Geld für Propaganda, Unterstützung von Familien der Ausgewiesenen aber auch um die Beschaffung von Explosivstoffen gegangen wäre. Die Neigung zu spekulativen Übertreibungen zeigt sich darüber hinaus im Falle von Banküberfällen, die – wenn überhaupt – allenfalls in Erwägung gezogen, aber offensichtlich nie zur Ausführung kamen.

Inwieweit solche Äußerungen Ausdruck tatsächlicher Vorhaben waren, lässt sich heute nicht mehr eindeutig feststellen. Nicht vergessen werden sollte die Tatsache, dass in dem Klima einer verschärften Verfolgung, wie es unter dem Sozialistengesetz herrschte, das Spitzelwesen und Denunziantum blühte; war doch die Versuchung groß, sich mit vermeintlichen oder tatsächlichen Informationen von politischer Tragweite ein Zubrot zu verdienen. Hinzu kam der Umstand, dass führende Vertreter der Sozialdemokratie nicht davor zurückschreckten, ihre politischen Opponenten von links sämtlich als „Anarchisten“ und potenzielle Bombenleger zu diffamieren. Sicher hätte so mancher in den anarchistischen Kreisen Magdeburgs gern einmal die Gelegenheit ergriffen, den einen oder anderen Polizeibeamten, der ihnen besonders zusetzte, eine Abfuhr in Form einer „proletarischen Abreibung“ zu erteilen. Auch war der Gedanke, die Massen durch beispielgebende, spektakuläre Taten aufrütteln zu können, hier ebenso verbreitet, wie in anderen Teilen Deutschlands auch. Erleichtert wurden solche Pläne durch begünstigende Umstände. In den verschiedenen Bergwerken im Umland boten sich Möglichkeiten, über dort beschäftigte Gesinnungsgenossen an entsprechendes Sprengmaterial heranzukommen. So soll angeblich der Sudenburger Anarchist Gustav KÜHNE versucht haben, über seinen in einem Bergwerk im Harz beschäftigten Schwager Dynamit zu beschaffen. Aber auch dieses Vorhaben wurde offensichtlich niemals in die Praxis umgesetzt. Auch hätten die Anarchisten erwogen, sich in den Bergwerken der Umgebung um Arbeit zu bemühen, weil eben nirgends besser als dort an das vermeintlich die revolutionären Befreiung befördernde Dynamit heranzukommen war. Die diesbezüglich ausbleibenden Erfolge mögen KRAUSE dazu bewogen haben, an seine Kontaktperson in die USA zu berichten, dass „Elemente zur That in Magdeburg genug vorhanden (seien), aber es fehle an Material, es sei ihm lieb, wenn ihm fertiges Material geschickt würde, wenigstens Rezepte, besser aber fertiges Material“. Darauf hat er von NEVE die Antwort erhalten: „Es sei genug Material vorhanden, aber es fehle an Geld und Verbindungen“¹⁰². In den anarchistischen Zeitungen jener Zeit fanden sich des öfteren „Rezepte“ zur Herstellung von Explosivstoffen. Nicht zuletzt die von Johann MOST erstellte Broschüre „Revolutionäre

⁹⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662

⁹⁹ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 10, 29ff

¹⁰⁰ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

¹⁰¹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

¹⁰² LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 13

Kriegswissenschaft¹⁰³ erfreute sich einiger Popularität, wenngleich eine polizeiliche Analyse deren Unbrauchbarkeit offenbarte. Wenn auch die Eigenfabrikation von Sprengstoffen die Amateurchemiker vor ernste Probleme stellte, so dürfte die Beschaffung von explosiven Rohmaterialien insgesamt kein größeres Problem mehr dargestellt haben.

In Magdeburg blieben die möglichen Adressaten solcher Absichten, von Gewaltaktionen jedenfalls verschont. Den Ermittlungsergebnissen der Polizei zufolge ist allerdings einmal versucht worden, mittels noch zu beschaffender Explosivstoffe das Magdeburger Polizeigebäude in die Luft zu sprengen. Im Mittelpunkt jenes Geschehens stand der aus Berlin ausgewiesene Dreher und Anarchist Robert DRICHEL, zu diesem Zeitpunkt ein Mann von 25 Jahren, der drei Jahre zuvor eine 4-monatige Haftstrafe wegen Diebstahls in seiner Heimatstadt Berlin verbüßt hatte. Nach seiner Entlassung fand er den Weg in die Arbeiterbewegung und wurde in der Sozialdemokratie aktiv. Schon bald wandte er sich von ihr ab, weil er, wie er selbst sagte, „im Verkehr mit ihnen viele Schurkereien und schmutzigen Eigennutz kennen gelernt hatte“. Unter dem Einfluss des Schneiders Otto KREBS näherte er sich der Ideenwelt des Anarchismus, ohne sich in Berlin aber offen anarchistisch zu betätigen. Am 3. August 1884, dem 20. Todestag LASSALLES, hisste er allerdings auf dem Dach seines Wohnhauses eine rote Fahne. Diese symbolische Tat wurde offensichtlich verraten und DRICHEL aufgrund dessen aus Berlin verwiesen. Er, der zuvor seine Heimatstadt nur einmal verlassen hatte, wandte sich nach Magdeburg und bezog bei Gustav KRAUSE Quartier, den er vermutlich über den gemeinsamen Freund KREBS kannte. Die sozialdemokratische Partei in Berlin hatte ihm einen Ausweis ausgestellt, welcher die Ausweisung bestätigte und die Genossen am Exilort aufforderte, ihm „sämtliche Hilfe zu gewähren“.¹⁰⁴ Dadurch war es ihm möglich, zu Weihnachten 1884 seine Familie nachzuholen und mit ihr eine Wohnung in Sudenburg in der Buckauer Str. 4 zu beziehen.

In Magdeburg hatte er sich dann voll und ganz der anarchistischen Sache verschrieben. Er pflegte engen Kontakt mit den hiesigen Anarchisten, agitierte unermüdlich und engagierte sich beim Vertrieb der anarchistischen Zeitungen *Freiheit* und *Rebell*. DRICHEL soll sich auch intensiv mit der Lektüre anarchistischer Schriften beschäftigt haben, so dass er schließlich um 1886 selbst in der Lage war, Vorträge zu halten. In einer dieser Agitationsveranstaltungen – im Neidschen Restaurationsgarten im Sommer 1886 – soll er laut Zeugenaussagen über das „Parlamentiren und Pactiren“ der Sozialdemokratie kritisiert haben. Stattdessen schlug er die Bildung von Gruppen vor. Dazu seien die Ideen des Anarchismus möglichst unentwegt zu propagieren, insbesondere durch die Verbreitung der anarchistischen Druckschriften.

In jener Zeit herrschte in weiten Kreisen der Arbeiterschaft eine radikale Stimmung, viele waren mit der vorsichtig-taktierenden Vorgehensweise der Sozialdemokratie unzufrieden, so dass sozialrevolutionäres Gedankengut durchaus auf fruchtbaren Boden fallen konnte. Zwar war die Einschätzung, wie sie z. B. im *Rebell* verkündet wurde, dass „jeder Tag uns zum Entscheidungskampfe rufen“ könne, da die „Arbeiterbewegung endlich in ein Stadium (trete), welches von den Anarchisten schon länger erwartet worden sei“ und die „Massenempörung der Besitzlosen gegen die Besitzenden, der Klassenkampf (...) die Zertrümmerung des herrschenden Ausbeutungssystems“¹⁰⁵ schon bald bewirken werde, sicherlich von einer großen Portion (Zweck-)Optimismus geprägt. Aber wie schon angedeutet, standen die damaligen Anarchisten mit solchen Hoffnungen nicht allein. Was sie von anderen unterschied, war die von ihnen propagierte Taktik der „Propaganda der Tat“, d.h. mit Hilfe von Sprengstoffen das Erreichen der angestrebten Ziele zu beschleunigen.¹⁰⁶ In besagtem *Rebell* waren daher auch Anweisungen zur Herstellung von Spreng- und Brandmitteln abgedruckt, was – wie der Staatsanwalt später meinte – unmittelbar zur Folge hatte, dass DRICHEL den Wunsch verspürte, sich Sprengstoffe zu verschaffen. Angeblich soll er des öfteren behauptet haben, dass „das Indieluftsprengen öffentlicher Gebäude das wirksamste Agitationsmittel“ sei.¹⁰⁷

DRICHEL hielt in seiner Magdeburger Zeit intensiven Kontakt mit Genossen im Ausland, u.a. zu dem damals in London sich aufhaltenden bekannten österreichischen Anarchisten Josef PEUKERT und zu John NEVE in Belgien. Den Kontakt hatte ihm noch sein Berliner Mentor KREBS vermittelt, der ihn NEVE empfohlen hatte. Aufgrund der offensichtlich regen Korrespondenz hat NEVE schließlich im Sommer 1886 DRICHEL angeboten nach Belgien zu kommen, wo dieser ihn beim grenzüberschreitenden illegalen Zeitungsvertrieb unterstützen sollte.

Um die Jahreswende 1885/86 gelang es den Genossen um NEVE schließlich, in den Besitz einer für ihre Absichten ausreichenden Menge an Sprengstoffen zu kommen. In einem Brief an DRICHEL schrieb NEVE im Frühjahr 1886, dass er „außer Papier gute andere Sachen“ hätte, wenn sie in Magdeburg dafür Gebrauch hätten, würde er die Übermittlung veranlassen. Anfang September ging der Angesprochene auf das Angebot ein – nachdem

¹⁰³ Erschienen mit dem Untertitel „Ein Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauches und Herstellung von Nitro-Glycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw. usw.“ o. O. [New York] o. J. [Juli 1885].

¹⁰⁴ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

¹⁰⁵ *Rebell* Nr. 15, 1886

¹⁰⁶ Ursprünglich war das Schlagwort der „Propaganda durch die Tat“ nichts weiter, als eine Umschreibung dafür, dass man – als Kämpfer für den Sozialismus – nicht nur reden, sondern selbst als Vorbild den Massen vorangehen solle – in welcher Form auch immer.

¹⁰⁷ LHASA, Rep C20 Ib Nr. 1798, Bd. 2.

er sich bei seinem Genossen Fritz KÖSTER in Groß Ottersleben erkundigt hatte, was unter besagten „guten Sachen“ zu verstehen sei. Seine entsprechende Order bei NEVE versah er mit dem Zusatz „Rache ist süß, für den Erfolg brauchst Du nicht zu sorgen!“¹⁰⁸. Und tatsächlich traf am 21. September 1886 eine Kiste mit revolutionären Druckschriften sowie diversen Chemikalien¹⁰⁹ in Sudenburg bei dem Dreher Fritz BÖHME, einem Arbeitskollegen DRICHELs, ein. Die Sendung war nachweislich zwei Tage vorher in Aachen bei der Post aufgegeben worden. BÖHME war von DRICHEL zwei Wochen zuvor gebeten worden, eine „Sendung mit Mehlwürmern“ für ihn Empfang zu nehmen, von der, wie er sagte, seine Frau nichts wissen sollte. Böhmes Ehefrau, die ebenfalls in Unkenntnis belassen worden war, verweigerte zunächst die Annahme, ließ die Sendung dann aber doch von der Post abholen. In Beisein des Postboten öffnete sie das Paket in ihrer Wohnung, so dass der einen Blick auf den Inhalt werfen konnte und Verdacht schöpfte. Als DRICHEL, dem die Sendung per Briefpost mit dem Geheimcode „Luise ist abgegangen, sie ist in delikaten Umständen, Sorge für ihr Fortkommen!“ avisiert worden war, am Abend bei BÖHME vorbeischaute und bemerkte, dass das Paket bereits geöffnet worden war, ließ er die Kiste dort zurück und verschwand wieder. Am nächsten Tag ließ er sie jedoch abholen und brachte sie zu einer Vertrauensperson, der Witwe Anna DIETZ, die der am Nachmittag bei ihr vorsprechenden Polizei versicherte, nichts von einer derartigen Kiste zu wissen. Zwischenzeitlich war der Vorfall jedoch von BÖHME der Polizei gemeldet worden, die DRICHEL umgehend verhaftete. Als die Witwe DIETZ davon erfuhr, ging sie zu dem im selben Haus wie DRICHEL wohnenden Dreher Joseph Sander, der das Paket dann zu dem Tischler Reinhold Winkler brachte. Dort wurde der Inhalt im Beisein von KRAUSE besichtigt, der Brief umgehend verbrannt, die Chemikalien im Beisein von DRICHELs Frau in einen Keller in DRICHELs Wohnhaus geschafft und die Druckschriften im Hause von Winklers Arbeitgeber, Himmelreich in Sudenburg, versteckt. Sämtlicher Inhalt wurde dann von der Polizei in den Verstecken aufgefunden und beschlagnahmt. Die Paketkarte und ein beigefügter Brief sollen die Handschrift NEVES getragen haben, was aber trotz umfangreicher Recherchen in Aachen nicht mit letzter Sicherheit belegt werden konnte (was dann aber im Prozess gegen NEVE ein Jahr später durch gutachterliche und Zeugenaussagen festgestellt wurde). Als Absender war ein A. Heinrichs auf der Paketkarte verzeichnet, der gegenüber der Polizei aber versicherte, nichts damit zu tun zu haben. Eine Beobachtung in dortigen Polizeikreisen hatte auch zu keinen weiteren Erkenntnissen geführt. Die Chemikalien wurde von einem Sachverständigen und der Polizei begutachtet, die zu dem Schluss kamen, „dass diese Stoffe bzw. solche Stoffe Sprengstoffe der stärksten Art und geeignet sind, Gefahr für Eigenthum, Leben und Gesundheit Anderer herbeizuführen“.¹¹⁰

DRICHEL wurde daraufhin zur Untersuchungshaft ins Magdeburger Gerichtsgefängnis überführt. Dasselbe Schicksal ereilte seine Genossen KRAUSE, DIENEMANN, BRANDT und WILLE, die der Begünstigung DRICHELs bezichtigt wurden. Sie wurden jedoch nach einer Woche wieder auf freien Fuß gesetzt, da ihnen außer der Verbreitung von Druckschriften nichts nachgewiesen werden konnte. Nach einigen Tagen hartnäckigen Leugnens räumte DRICHEL ein, „Sprengstoffe von NEVE aus Belgien erhalten zu haben, mit der Absicht, das Dienstgebäude der Königl. Polizei in die Luft zu sprengen“¹¹¹. Er widerrief diese Aussage zwar später wieder und versuchte sich zu entlasten. Mit der Sprengstoffbestellung habe er sich lediglich wichtig machen wollen. Dann gab er aber doch zu, dass er am Vormittag des 22. September, also unmittelbar vor seiner Verhaftung, spontan den Entschluss gefasst habe, das Gebäude zu sprengen. Später schilderte er noch weitere Versionen. So behauptete er, dass er von seinem Ottersleber Genossen KÖSTER¹¹² angestiftet worden sei, der mit einem Anschlag dem dortigen Amtsvorsteher Koch einen „Denkzettel“ habe verpassen wollen. In der Hauptverhandlung gab er zu Protokoll, er habe sich durch den Verkauf der Chemikalien nur bereichern wollen. Für die Ermittlungsbehörden spielte das insofern keine Rolle, da in jedem Falle zumindest „Gefahr, wo nicht für Leben, so doch für das Eigenthum Anderer“¹¹³ herbeigeführt worden sei.

¹⁰⁸ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 13

¹⁰⁹ Über den Inhalt der Sendung heißt es in den Prozessakten Neves: „In der Kiste befanden sich, wie sich theils sofort, theils später herausgestellt hat, außer den unter II näher angegebenen Nummern der verbotenen anarchistischen Zeitschriften Freiheit und Rebell, zwei Flaschen mit Flüssigkeit, die eine als Schwefelsäure, die andere als präparierter Phosphor bezeichnet, 1 Beutel mit einem Gemenge aus chlorsaurem Kali und Schwefelspießglanz, 1 Beutel mit 600 Gramm chlorsaurem Kali, 2 Beutel mit je 300 Gramm Schwefelspießglanz, drei Dynamitpatronen mit der Aufschrift ‚Matière Explosive Dynamite Marque déposée Mataque – la – Grande (Belgique)‘ und außerdem Glasröhrchen, Patronenhülsen, große und kleine Brander Zündhütchen und Zündschnur. Bei lag ein Schreiben ohne erkennbare Unterschrift, welches ein Verzeichniß der übersandten Gegenstände enthielt, auf die Gefährlichkeit des präparierten Phosphors aufmerksam machte, bezüglich der Verwendung auf den mitübersandten Rebell verwies, besagte, dass Löschpapier mit der in der einen Flasche enthaltenen gelblichen Flüssigkeit bestreichen, wenn Pulver darauf gestreut würde, binnen einer viertel Stunde brenne und mit den Worten ‚Glück auf und guten Erfolg‘ schloss.“ (LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 13, Bl. 22)

¹¹⁰ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 13

¹¹¹ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

¹¹² KÖSTER hielt offensichtlich wenig von DRICHEL. In seinen Erinnerungen beschreibt er ihn als „klatschüchtig“, und wenig an „ernsthafte Arbeit“ interessiert: „Auf keinen Fall war von einem solchen Manne zu erwarten, dass er höchst eigenhändig dem anarchistischen Ideal per Dynamit und Nitroglyzerin zum Durchbruch verhelfen würde.“ (Cyclop 1911 Nr. 21)

¹¹³ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 856, Bd. 1,

Diese ständigen Widerrufe haben dann wohl auch dazu geführt, dass DRICHEL, trotz seiner detaillierten Aussagen über die anarchistische Bewegung in Magdeburg, kaum Strafnachlass erhielt. DRICHEL wurde am 18. Januar 1887 vom Magdeburger Schwurgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit – das zahlreich angereiste Publikum musste den Saal vor Verhandlungsbeginn wieder verlassen – zu 5 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus verurteilt. Dem Gericht galt als erwiesen, dass er sich Sprengstoffe mit der Absicht beschafft habe, „durch Anwendung derselben Gefahr für das Eigentum anderer herbeizuführen“. Die in mindestens drei Fällen erfolgte Verbreitung des verbotenen *Rebell* kam nach Auffassung des Gerichts noch erschwerend hinzu, so dass das Urteil letztlich das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß noch um ein Jahr überschritt.

Der Prozess gegen DRICHEL sollte noch ein Nachspiel haben. Am 9. Oktober 1886 ging bei BÖHME ein Brief aus Belgien ein, in dem sich für das ihm zugefügte „Ungeschick“ entschuldigt wurde. Absicht sei lediglich gewesen, „ihm, dem BÖHME, eine kleine Freude zu bereiten und einige laufende Nummern ‚unserer‘ Litteratur zukommen zu lassen“. Durch ein Versehen sei aber ein Paket, das für eine andere Person bestimmt war, an ihn abgeschickt worden. Offensichtlich hatte damit NEVE versucht, DRICHEL zu entlasten, in der Annahme, dass BÖHME den Brief an die Polizei weiterleiten werde (was dieser schließlich auch getan hat).

Gedankt hat DRICHEL ihm es allerdings nicht. Denn mit seinen umfangreichen Aussagen trug er dazu bei, dass das Strafmaß im Prozess gegen den kurze Zeit später verhafteten NEVE drakonisch ausfiel: Das Reichsgericht in Leipzig verhängte gegen ihn im Oktober 1887 insgesamt 15 Jahre Zuchthaus. Das Ende seiner Haft erlebte NEVE nicht mehr, er verstarb 1896 im Zuchthaus Halle.¹¹⁴

KRAUSE hingegen distanzierte sich bei seiner Zeugenvorführung beim Prozess gegen NEVE von seinem ehemaligen Freunde DRICHEL und „kehrte den verbissenen Anarchisten hervor“. Er „räumt(e) nur mit Widerstreben, und stets erst nach erfolgter Vorlesung die Richtigkeit der früheren, in der eigenen Voruntersuchung gemachten, den NEVE ziemlich belastenden Aussagen ein“, wie die in den Prozessakten vermerkt worden war. Vermutlich hatte KRAUSE in der Annahme, NEVE sei in Sicherheit, ihn belastet, um die eigene Schuld geringer darzustellen. Das Gericht wies in den Akten abschließend darauf hin, dass „KRAUSE (...) nach seiner Strafverbüßung besonderer Überwachung bedürfen“ werde.¹¹⁵

Gegen die gemeinsam mit DRICHEL verhafteten Genossen wurde erst am 10. Mai 1887 prozessiert, doch konnte ihnen dabei eine Beteiligung an den Anschlagplanungen nicht nachgewiesen werden. Die Anschuldigungen reduzierten sich auf den Tatbestand der fortgesetzten Verbreitung verbotenen Schriftgutes. Insbesondere wurde ihnen zur Last gelegt, „in den letzten 5 Jahren die anarchistischen Zeitungen ‚Die Freiheit‘ und ‚Der Rebell‘ in vielen Exemplaren in London bestellt, an mehrere Personen versandt und auf Straßen und Plätzen verstreut zu haben.“¹¹⁶ Bei dem so genannten „Anarchisten-Prozess“ wurde ein immenser Aufwand betrieben, im *Sozialdemokrat* wurde hervorgehoben, dass es eine „sehr umfangreiche Beweisaufnahme“ gegeben habe. 18 Zeugen waren aufgeboden, darunter DRICHEL, der seine Haft in Halle verbüßte und seine ehemaligen Genossen in seinen Aussagen belastete. Neben DRICHEL muss es eine weitere wichtige Quelle in den Reihen der Revolutionäre für die ermittelnde Polizei gegeben haben. In den Akten ist immer wieder von einem „Vertrauensmann“ die Rede, auf den unbedingt Rücksicht genommen werden müsse. Der zuständige Polizeikommissar Schmidt weigerte sich im Verlaufe des Prozesses beharrlich, die Identität seines Informanten preiszugeben.¹¹⁷ Der Hauptvorwurf, nämlich Rädelsführer zu sein, fiel auf Gustav KRAUSE. Dementsprechend wurde er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, auch wenn ursprünglich vier Jahre beantragt worden waren. Die Mitangeklagten DIENEMANN, BRANDT und WILLE erhielten jeweils 4, 3 und 2 Monate Gefängnis; nur JENSCH wurde freigesprochen. KRAUSE wurde unmittelbar nach Ende des Prozesses nach Frankfurt/Main überführt, wo gegen ihn Haftbefehl wegen Verdachts der Beihilfe zum Dynamitattentat gegen das dortige Polizeigebäude im Herbst 1883 erlassen worden war. Dem Gericht kam es zupass, dass dort gerade ein Verfahren gegen RICHEWSKI¹¹⁸ und Genossen geführt wurde.

Das „widersetzliche Ottersleben“

Die DRICHEL-Affäre zog ihre Kreise bis in die umliegenden Dörfer, insbesondere nach Groß Ottersleben. Dort existierte schon seit einiger Zeit ein sehr rühriger *Fachverein*, der den Ort zu einer Hochburg der regionalen Arbeiterbewegung machte. Groß Ottersleben war, wie auch einige andere Dörfer des damaligen Kreises Wanzleben im Süden von Magdeburg (Lemsdorf, Salbke, Fermersleben, Westerhüsen, Benneckenbeck, Klein Otters-

¹¹⁴ In den Untersuchungsakten gegen Neve wurde schon kurz nach der Verhaftung Neves vermerkt, dass „DRICHEL (...) ganz besonders geeignet (ist) gegen Neve ausgespielt zu werden! Aus Neve selbst wird nie Etwas herauszulocken sein.“ (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11971, Bl. 7)

¹¹⁵ LHASA, Rep C29 Tit. II Nr. 13, Bl. 17 und LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11971, Bl. 267

¹¹⁶ Zeitungsbericht aus der „Germania“ vom 12.5.1887, in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878. Außerdem soll die Mostsche Schrift „Die freie Gesellschaft“ zur Verbreitung gekommen sein. (Sozialdemokrat Nr.22/1887)

¹¹⁷ Möglicherweise war der Literat SCHWENNHAGEN oder der Prediger UHLICH besagter Informant.

¹¹⁸ Im November 1884 war in Frankfurt ein Dynamit-Attentat gegen das Polizei-Präsidiumsgebäude verübt worden. Der böhmische Anarchist Richevski (von dem Namen existieren zahlreiche Variationen) wurde der Täterschaft beschuldigt. KRAUSE lebte zu jener Zeit in Frankfurt. Vgl. LHASA, Rep C20 Ib Nr. 1910, Bd. 1

leben ...), durch eine Bewohnerschaft geprägt, die vorwiegend in den Industriebetrieben Magdeburgs, Sudenburgs und vor allem Buckaus Arbeit und Einkommen fand. Hauptarbeitgeber waren damals die Grusonwerke, die um 1882 mit ca. 1.200 Beschäftigten den mit Abstand größten Betrieb darstellten.¹¹⁹ In Groß Ottersleben wohnten damals ca. 5.000 Menschen, etwa 80% der Einwohnerschaft gehörten dem Industrie-Proletariat an.¹²⁰

Noch zu Beginn des Sozialistengesetzes existierte im gesamten Kreis Wanzleben keine nennenswerte sozialdemokratische Bewegung. Das sollte sich jedoch bald grundlegend ändern. Bereits Ende 1880 wurde von der überwachenden Polizei festgestellt, dass der Arbeiter Gustav DIETZ aus Klein Ottersleben die *Freiheit* bezog. 1884 wurde vermeldet, dass die „sozialrevolutionären Zeitungen ‚Freiheit‘ und ‚Rebell‘, sowie Flugschriften gleicher Tendenz“ in Buckau und Groß Ottersleben eingeführt worden waren.¹²¹ Auch tauchten z. B. in der *Freiheit* immer wieder Berichte aus Groß Ottersleben auf, bei denen die Polizei über die Urhebererschaft spekulierte.¹²² Im selben Jahr riefen Handwerker Groß Otterslebens einen Lokalverein des *Verbandes deutscher Zimmerleute* und den *Fachverein für verschiedene Berufsgenossen* ins Leben. In diesen Vereinen sammelten sich, wie es zu Zeiten des Sozialistengesetzes allgemein üblich war, die Sozialdemokraten des Ortes, um sich legal versammeln zu können. Der *Fachverein* schloss sich im Januar 1885 der Weihnachten 1884 gegründeten *Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands*, einem reichsweiten gewerkschaftlichen Zusammenschluss mit Sitz in Mannheim, an. Schon im Folgemonat sollte dieser Beschluss – allerdings nur pro forma, wie die Polizei vermutete – wieder revidiert werden, da man auf diese Weise den vereinsrechtlichen Bestimmungen (Verbot des überregionalen Zusammenschlusses politischer Vereine) Genüge leisten wollte.¹²³

Als Vorsitzender des Vereins fungierte der Tischler Heinrich VEELMANN aus Groß Ottersleben, doch als dessen ideeller Leiter galt der aus Berlin ausgewiesene Sozialdemokrat Max SENDIG, der in der Vereinssitzung vom 1. März 1885 in den Vorstand gewählt worden war. Die Polizei wusste zu berichten, SENDIG geriere sich zwar „als guter Patriot“ und beziehe sich zuweilen auf „die allerhöchsten Botschaft“¹²⁴. Das sei aber alles nur vorgetäuscht, um einem Verbot des Vereins vorzubeugen. Zudem bekenne er sich in den Veranstaltungen mitunter auch offen als Sozialdemokrat. So hatte er angeblich u.a. öffentlich zum Besten gegeben, „er sei und bleibe Sozialdemokrat, so lange er lebe und wenn sie ihm den Kopf abhacken.“¹²⁵ Für dieses Bekenntnis sei ihm lautstarker Beifall zuteil geworden.

Die Mitgliedschaft des *Fachvereins* – im Mai 1885 ca. 200 an der Zahl – beschränkte sich nicht auf den Berufsstand der Metallindustriearbeiter, sondern versuchte darüber hinaus auch die landwirtschaftlichen Arbeiter zu mobilisieren. Im April 1885 wurden in einer Versammlung von SENDIG „aufreizende Reden“ gehalten, in denen er die versammelten Landarbeiter „gegen ihre Arbeitgeber aufgehetzt“ haben soll. Speziell ging es um angekündigte Lohnsenkungen, gegen die – „besonders in der Erntezeit“, wenn das Druckpotential am größten ist – in Streik getreten werden sollte.¹²⁶

Das Vereinsleben fand nicht nur im Vereinslokal statt – immer wieder wurde versucht, die Propaganda für die politischen Interessen der Arbeiter in die Öffentlichkeit zu tragen. Im April 1885 wurde das Begräbnis eines verstorbenen Maurers¹²⁷ genutzt, um ein Bekenntnis für die Sozialdemokratie abzulegen. Bei der Beerdigung, an der sich eine große Anzahl von Parteimitgliedern und -anhängern aus Buckau beteiligten, waren demonstrativ getragene rote Schleifen zu sehen und Kränze mit roten Blumen wurden von der Trauergemeinschaft auf den Sarg gelegt. Zur alljährlichen Feier des 18. März, dem Jahrestag der Pariser Kommune von 1871 sowie der Revolution von 1849, war 1886 am Vorabend des Jahrestages in der Nähe des Schwarzen Weges, den die Arbeiter allmorgendlich passierten, eine 2 Meter breite und 3 Meter lange Fahne mit der Losung „Hoch die soziale Revolution und die Vorkämpfer des 18. März!“ „in luftiger Höhe“ an einer Telegrafenanleitung angebracht worden. Der sichtlich aufgebrachte Amtsvorsteher KOCH verdächtigte sofort KÖSTER und HOPPE - eine Vermutung, die im

¹¹⁹ Asmus 1977, S. 223

¹²⁰ Vgl.: Birk 1982, S. 181

¹²¹ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 860, Bd. 1, Bl. 62

¹²² Von DRICHEL wurden SCHNEIDT und KRAUSE als die angeblichen Autoren denunziert. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878)

¹²³ An der Entstehung der sozialistischen Bewegung in Groß Ottersleben waren – wie sich Fritz KÖSTER erinnerte – an hervorragender Stelle beteiligt: Friedrich Keil, Adolf HUTHMANN, Heinrich Veelmann, August Hoppe (Vater und Sohn). Erster sei ein „geborener Rebell“ gewesen, der seine fünf Kinder der Kirche entzog sie beim Freidenker Leberecht UHLICH erziehen ließ. Er selbst setzte seinem Leben ein Ende, als er sich nicht mehr ernähren konnte. Der Sohn August Hoppe verkörperte die „ächte und rechte Idealgestalt des revolutionären Sozialisten“ und war zugleich ein tüchtiger Steinsetzer. „Der Begriff Autorität war August fremd, imponiert hat diesem Menschen wohl niemand, solange er lebte.“, er sei „unstreitbar die markanteste Persönlichkeit im Kreise der Genossen der achtziger Jahre, das Mensch gewordene Prinzip des Sozialismus“, gewesen und kommt zu dem Fazit: „Mit solchen Männern Schulter an Schulter zusammenzustehen, war höchste Lebenslust.“ (Tribüne 1911 Nr.19)

¹²⁴ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 4. Zur „kaiserlichen Botschaft“ siehe Fußnote 10.

¹²⁵ LHASA, Rep C28 If Nr.1887 [zitiert nach: Quellensammlung 1990, D43]

¹²⁶ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 9.

¹²⁷ Friedrich Mylius aus Groß Ottersleben, vgl. LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 7

Prozess gegen DRICHEL von diesem gestützt worden war.¹²⁸ Für KOCH war dieser „Kinderstreich“ ein weiterer Beleg dafür, „von welchem Geiste der hiesige *Fachverein* beseelt ist“.

Von Seiten der Bürgerschaft des Ortes jedoch wurde ebenfalls auf mancherlei Art und Weise versucht, den Verein und dessen Mitglieder zu behindern. Die Großbauern machten sich nicht nur über die „Fachler“ lustig, sondern verweigerte ihren Frauen auch die Verpachtung von Kartoffeläckern. Die Militärvereine warfen die als „Vaterlandsverräter“ geltenden Mitglieder des *Fachvereins* hinaus und die Wirte der Versammlungslokale lehnten es ab, dem *Fachverein* ihre Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das geschah nicht ganz freiwillig, da der Amtsvorsteher jenen Gasthausbetreibern, die ihren Saal dem *Fachverein* vermietet hatten, angedroht, künftig keinerlei Konzessionen mehr für Tanzvergnügen zu erteilen. Daraufhin wurde die Einrichtung eines eigenen Lokals beschlossen. Zu diesem Zweck erwarb man Anfang 1885 ein Hausgrundstück in der Breiten Straße Nr. 7 (heute Altottersleben Nr. 7) und baute das obere Stockwerk in Eigenregie zu einem Saal um. Dort fanden, wie die stets aufmerksame Polizei akribisch ermittelte, „fast jeden Abend“ Versammlungen statt, bei denen Bier zu „billigen Preisen“ und „ohne Genehmigung“ ausgeschenkt werde und die Besucher regelmäßig „bis über die Polizeistunde hinaus“ diskutierten.¹²⁹ In der Gaststube und im Saal waren Losungen wie: „Den Arbeitern ihr Recht!“ und „Freiheit! Gerechtigkeit!“ angebracht, dazu Fotos der damals bekannten sozialdemokratischer Führer Max LÜCKE, August REUTER, Hermann MALCHERT und Fritz GÖRCKI.¹³⁰ Die Verwaltung des Lokals wurde SENDIG übertragen, nicht zuletzt um ihm, der wegen seiner Aktivitäten häufiger arbeitslos war und nicht zuletzt seiner Familie dadurch eine Einkommensquelle zu verschaffen.¹³¹

Im Vereinslokal traten bald zahlreiche auswärtige Redner auf. So z. B. der aus Berlin ausgewiesene Maurer Robert CONRAD (damals in Halle lebend), die Schriftsteller SCHNEIDT (Magdeburg) und *Schwennhagen* (Braunschweig), der führende Magdeburger Sozialdemokrat HABERMANN, der Schriftsetzer Carl HERRMANN aus Magdeburg usw. Themen waren z. B. „Der Streik der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, „Das Recht auf Bildung“, die „Gründung einer Frauen- und Kinderkrankenunterstützungskasse“ bzw. einer „Familienkrankenkasse“¹³² oder der „Maurer-Kongress in Hannover“.¹³³ Der beobachtende Beamte kam zu der Meinung, dass „alle Reden politischen Charakter“ trügen, und geeignet seien, „die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber aufzuhetzen“.¹³⁴ Im *Fachverein* war man jedoch tunlichst darauf bedacht, in den Versammlungen, in denen stets ein Polizeibeamter anwesend war, keine – vordergründig – politischen Themen zu erörtern. Diese Vorsichtsmaßnahmen hatten offensichtlich Erfolg, da es der Polizei in der Folgezeit vorerst nicht gelang, den Verein trotz intensivster Bemühungen aufgrund von Verstößen gegen das Vereinsrecht aufzulösen. Allein der Nachweis, dass es sich bei den Mitgliedern mehrheitlich um „erklärte Sozialdemokraten von hier, Klein Ottersleben, Benneckenbeck und Lemsdorf“¹³⁵ handele, reichte dafür nicht aus. Die Versammlungen waren gewöhnlich von ca. einhundert Personen besucht, was für einen Ort der Größe Groß Otterslebens durchaus nicht wenig war.

Offensichtlich mussten die Behörden ein wenig nachhelfen, um einen entsprechenden Anlass zu schaffen. Bei einer dieser Veranstaltungen kam es dann auch aufgrund von Provokationen durch die Polizei zu Tumulten. Für den 13. Juni 1885 hatte SENDIG eine Veranstaltung im Lokal des *Fachvereins* angemeldet, bei der der Kandidat für den Wahlkreis Wanzleben, HABERMANN aus Magdeburg, über die „Zuckercrisis“ referieren sollte. Die Genehmigung dazu war zwar erteilt worden, jedoch hatte SENDIG vergessen, die entsprechende Bescheinigung

¹²⁸ DRICHEL benannte desweiteren Albert MÜLLER und HUTHMANN als weitere Mittäter. (LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878)

¹²⁹ Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 9

¹³⁰ LHASA, Rep C28 If Nr. 1887 [zitiert nach: Quellensammlung 1990, D43]. Der Schlosser und spätere Zigarrenhändler Fritz GÖRCKI (1852 - ?) war Gewerkschafter und 1884-88 einer der ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin und 1887 Reichstagskandidat für Randow und Greifenhagen (bei Stettin) und wurde 1887 aus Stettin ausgewiesen. 1887 gründete er in Berlin einen von der Sozialdemokratie unabhängigen Arbeiterbund und wurde deswegen aus der Partei ausgeschlossen. LÜCKE (1858 - ?), Klempner aus Lübeck, war ein bekannter Gewerkschafter und wurde 1884 aus Berlin ausgewiesen. Zu MALCHERT und REUTER siehe die Kurzbiografien.

¹³¹ KÖSTER erinnerte sich an das Lokal als eine „kleine Oase inmitten einer habgierigen Gesellschaft von Großgrundbesitzern“, das einige hundert Leute fassen konnte und wozu auch eine Laube mit Kegelbahn gehörte. Mit dem Konzept, alles zum Selbstkostenpreis abzugeben, seien zudem „unbewusste Keime einer Konsumorganisation“ geschaffen worden. [Cyclop 1911 Nr. 16]

¹³² Diese Thematik war zu jener Zeit besonders aktuell, weil 1883 das Krankenversicherungsgesetz - als erstes der Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze - erlassen wurde, das die Versicherungspflicht für Arbeiter festlegte. In Kreisen der Arbeiterbewegung widersetzte man sich lange Zeit der staatlichen Sozialgesetzgebung und schuf stattdessen eigene Unterstützungskassen. Dazu heißt es in einer Meldung des Landratsamtes Wanzleben vom 30.3.1885, dass die in Groß Ottersleben „zahlreich vorhandenen Sozialdemokraten der Durchführung des Krankenversicherungswesens Schwierigkeiten“ bereiten würden. (LHASA, Rep C28 Ia Nr. 121, Bd. XVII, II, Bl. 17)

¹³³ LHASA, Rep C28 If Nr. 1887 [zitiert nach: Quellensammlung 1990, D43]

¹³⁴ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 72

¹³⁵ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 4. In dieser Polizei-Akte, betreffend den „*Fachverein* Groß Ottersleben“, findet man einen umfangreichen Schriftverkehr zwischen dem Amtsvorsteher im Dorf selbst, dem Landrat von Wanzleben sowie den Behörden in Magdeburg, in denen es um die Möglichkeit einer Verbotsverfügung gegen den Verein geht. Am 28.5.1885 war vom Landrat Wanzleben ein Verbotsantrag gestellt worden, jedoch keine unmittelbare Möglichkeit zur Umsetzung gefunden.

mitzubringen. Das nahm der Überwachungsbeamte zum Anlass, die Versammlung zu schließen. Er forderte die Anwesenden, ca. 200 an der Zahl, auf, sich wieder nach Hause zu begeben. Nach „einigen Schwierigkeiten“ und unter Ausstoß von Drohungen wurde der Aufforderung Folge geleistet. Weil jedoch die Beamten gehört haben wollten, dass die Versammlung auf der Straße fortgesetzt werden sollte, folgten sie den Abziehenden dorthin und patrouillierten eine halbe Stunde „auf der Strasse auf und ab“. Als sie wieder am Lokal des *Fachvereins* vorbeikamen, bemerkten sie, dass nun „jemand auf dem Podium stand und zur Menge sprach“. Dieser „jemand“ war SENDIG, der von den Beamten auf „die Gesetzeswidrigkeit seines Handelns aufmerksam“ gemacht wurde, worauf dieser „provozierte und höhnisch grinste“. Die Versammelten fügten sich schließlich und begaben sich ins benachbarte Benneckenbeck in den Glindemannschen „Gasthof zum weißen Schwan“, wo gerade ein Landwehrfest stattfand.¹³⁶

Darüber was dann passierte, existieren unterschiedliche Versionen. Laut Polizei soll kurz vor Mitternacht ein Arbeiter namens Hermann Waldt einem der Polizisten zugerufen haben: „Nobiling, der Attentäter, ich bin der Attentäter, der Attentäter Nobiling soll leben“¹³⁷. Als die inzwischen vier anwesenden Polizisten die Personalien des Rufers feststellen wollten, wurden sie von ca. 200 Personen, die größtenteils dem *Fachverein* angehört haben sollen, umzingelt. Als sie es vorzogen abziehen, wurden die Ordnungshüter mit Steinwürfen bedacht. Um sich der Menge zu erwehren, habe man schließlich die Seitengewehre ziehen müssen. Kurz darauf machte das Geräusch die Runde, NITSCH, einer der Beamten, „habe ein Kind mit dem Säbel verletzt“. Daraufhin griff die Menge die Polizisten an, die sich schließlich gezwungen sahen, vor dem auf sie niederprasselnden Steinhagel zurückzuweichen. Zum Zwecke der Nachschubgewinnung an Wurfgeschossen seien dabei ein Neubau und eine Hofmauer demoliert worden. Durch den ebenfalls auf dem Landwehrfest anwesenden Gutsbesitzer GRASEMANN und einen Begleiter wurde der Amtsvorsteher KOCH geweckt, der sich in Begleitung der zwei Zeugen auf die Straße begab. Ein Teil der Versammelten zeigte sich zunächst bereit, der Aufforderung Kochs, sich zu zerstreuen, Folge zu leisten – allerdings „ohne ihre feindselige Haltung aufzugeben“. Die Gendarmen waren inzwischen ins Strumpfsche Lokal in Groß Ottersleben geflüchtet, verfolgt von einem Teil der Menge, welche das Lokal mit einem Steinregen eindeckte und dadurch mehrere Fenster zertrümmerte. Schließlich versuchten die Beamten, sich mit gezogenem Säbel einen Weg durch die Menge zu bahnen. „Schlagt die Hunde tot!“, soll dabei von der Menge skandiert worden sein. Der von einem Stein am Kopf getroffene Gendarm NITSCH ging zu Boden. Der zur Unterstützung seiner Beamten-Kollegen hinzugeholte Amtsdienstler Köcke wurde ebenfalls von der Menge tötlich angegriffen. In Panik geraten, machte NITSCH, dessen Säbel im Handgemenge zerbrochen war, von seiner Schusswaffe Gebrauch und verletzte dadurch einen Arbeiter am Oberschenkel. Nachdem sich die Beamten in ein Wohnhaus zurückgezogen hatten, zerstreute sich auch die Menge. Insgesamt sollen drei Gendarmen ernstere Verletzungen durch Steinwürfe davon getragen haben, einer davon habe „an seinen Wunden lange danieder gelegen.“¹³⁸ Gegen 2 Uhr morgens traf Verstärkung aus dem nahen Magdeburg ein. Der Arbeiter Carl KOBMANN, den man als einen der Rädelsführer ausmachte, wurde wegen Aufruhr verhaftet und nach Magdeburg ins Gefängnis überstellt. Am folgenden Tag schickte der dortige Polizeipräsident ein Kommando der Schutzmannschaft nach Ottersleben, ohne dass es zu weiteren Ruhestörungen gekommen wäre. Bis auf weiteres wurden zwei zusätzliche Gendarmen aus Staßfurt und Seehausen in Groß Ottersleben stationiert und zusätzlich „die berittenen Gendarmen in Buckau und Sudenburg zur Disposition des Amtsvorstehers Koch gestellt“.¹³⁹

In seinen Erinnerungen berichtet KÖSTER – der Nachfolger SENDIGS als Vereinsvorsitzender –, der die Ereignisse nur aus den Erzählungen seiner Genossen kannte, dass die Polizei bereits im Vorfeld der Veranstaltung 17 zusätzliche Polizeibeamte in Groß Ottersleben zusammengezogen hatte. Nach dem Abbruch der Veranstaltung zogen einige Genossen zum Landwehrfest in Benneckenbeck, um dort „den Abend beim Biere ausklingen zu lassen“. Unter den dortigen Gästen war auch der Maurer WUNDERLING, der „seit Jahr und Tag den Spitznamen NOBILING führte“, ohne irgendwie mit dem Kaiser-Attentäter zu sympathisieren. Während der Feier wurden verschiedene Hochrufe ausgebracht – eine durchaus übliche Sitte zu jener Zeit. Zur allgemeinen Heiterkeit erging auch einer auf WUNDERLING alias NOBILING durch dessen Freund WALDT. Letzterer wurde daraufhin verhaftet, alle Erklärungsversuche ignorierend. Dieser Vorfall führte zu einer „ungeheuren Erregung“, wobei sich die anwesenden Mitglieder des Landwehrvereins mit denen des *Fachvereins* solidarisierten. Sie umringten die Beamten, ohne jedoch Gewalt anzuwenden, stattdessen zeigten sie eine „Besonnenheit, wie sie unter Studenten kaum zu finden gewesen wäre“. Als die Beamten sich mit dem Verhafteten einen Weg durch die Menge bahnen wollten, wurde dieser „mit sanfter Gewalt (...) aus dem Kreis der Polizeier gezogen“. Daraufhin zog die gesamte Schutzmannschaft ihre Säbel und sperrte die Hauptstraße ab, während die Besucher des Gasthauses, um Waldt zu schützen, „eine lebendige Mauer gegen die Polizei“ bildeten. Es kam zu einem Gedränge, dann zu Steinwürfen, die die Polizei zum Rückzug veranlassen. Sie zog sich „in wilder Flucht“ in das Lokal von Strumpf zurück, wohin ihr die Menge folgte. Die Polizei versuchte einen Ausfall aus dem Lokal, dabei einen Arbeiter

¹³⁶ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 15

¹³⁷ GStA-PK, I. HA Rep. 77, Tit.506 Nr.2, Bd.4, Bl. 48f. NOBILING war einer der Attentäter, deren Anschläge auf WILHELM I im Sommer 1878 zum Anlass für die Verabschiedung des Sozialistengesetzes genommen wurden.

¹³⁸ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 120, Bd. 3, 45

¹³⁹ GStA-PK, I. HA Rep. 77, Tit.506 Nr.2, Bd.4, Bl. 48ff und LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 15

durch einen Schuss verletzend. Doch erst dem Amtsvorsteher KOCH gelang es, den größten Teil der versammelten Menge zum Rückzug zu bewegen. Die Polizei nahm sogleich die Verfolgung auf, wobei es ihr „durchaus nicht gut erging“, denn nach dem Steinbombardement durch die Jungen trafen sie nun auf die „alte Garde“, die einige Polizisten „gehörig“ verprügelte. Die brüskierte Polizeimacht reagierte am darauf folgenden Tag, indem sie Massenverhaftungen vornahm. Die Arretierten wurden „paarweise gefesselt ins Gerichtsgefängnis Magdeburg eingeliefert“.¹⁴⁰

Wegen Landfriedensbruchs vor Gericht gestellt wurden insgesamt 11 Personen¹⁴¹. Einen der Haupttäter¹⁴², der zu stolz gewesen sein soll, seine aktive Beteiligung zu leugnen, traf ein drastisches Urteil: 18 Monate Zuchthaus, was dieser kommentarlos mit einem Lächeln quittierte. Auch die anderen Angeklagten erhielten meist mehrmonatige Gefängnisstrafen. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft fielen die Urteile angesichts der Schwere der Straftaten recht milde aus. Vermutlich diente diese vermeintliche Milde dazu, keinen weiteren Aufruhr zu provozieren.¹⁴³ Der Landrat von Wanzleben vermeldete einen Monat nach dem Aufruhr, dass die „die besseren Elemente“ im Ort die Anwesenheit der zusätzlichen Gendarmen durchaus begrüßen würden. Solange aber die „Rädelsführer“ wie SENDIG im Ort weilten, könnten diese Vorsichtsmaßnahmen nicht aufgehoben werden, da „der größte Theil der in Gr. Ottersleben überwiegenden Arbeiterbevölkerung (...) im Geheimen auf Seiten der Tumultianten“ stehe. Daher bat er um die dauerhafte Stationierung eines weiteren Gendarmen, und zwar eines Mannes mit „Energie, Manneskraft und der genügend Gesetzeskenntniß besitzt“.¹⁴⁴ Dass diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen waren, kann man an den diversen Racheplanungen und -aktionen sehen, von denen die Polizei Kenntnis erhielt. So soll ein Briefträger in der Kneipe gegenüber einem Gendarmen geäußert haben, dass NITSCH „noch lange nicht genug bekommen (habe), er müsste zu Brei geschlagen werden“ – eine Äußerung, von der er sich selbst unter Androhung ernster Konsequenzen nicht distanzierte und was ihn letztlich die Arbeitsstelle kostete.¹⁴⁵ Es existierten auch zahlreiche Pläne, sich an dem Amtsvorsteher KOCH zu rächen. Das Mitglied des Vorstandes des *Fachvereins*, JENSCH, soll mit der Bemerkung „Vor umsonst soll er die nicht zu Zuchthaus verholfen haben“¹⁴⁶ kurz vor der Erntesaison im Jahr 1886 die Vernichtung des Kornes geplant haben, welches auf den Äckern Amtsvorstehers Äckern wuchs. Als zusätzliches Motiv soll der Umstand gewirkt haben, dass in dem Fall einer Brandstiftung keine Versicherung für den Schaden aufkommen würde. Von August HOPPE, ebenfalls Vorstandsmitglied im *Fachverein*, wusste die Polizei zu berichten, dass er die Vergiftung des Viehs des verhassten Beamten angekündigt hatte. Und die Genossen HUTHMANN und KÖSTER wollten gegen ihn angeblich noch rigoros vorgehen, ihn gar „um die Ecke bringen“.¹⁴⁷ Zur Tat geschritten wurde dann offensichtlich doch noch, wenn auch mit einiger Verzögerung. Am 13. Dezember 1890 vermeldete die in Berlin erscheinende deutsch-nationale „Staatsbürger-Zeitung“, dass bereits einige Monate zuvor in Groß Ottersleben ein „anarchistisches Bombenattentat“ auf das Haus des Amtsvorstehers stattgefunden habe. Insgesamt vier „Bomben“ sollen auf dem Hof seines Hauses gezündet worden sein, jedoch ohne größere Wirkung, denn die entstandenen Brände waren schnell gelöscht. Die Polizei vermutete wohl einen anarchistischen Hintergrund, jedenfalls wurde von den untersuchenden Behörden diverse anarchistische Literatur angefordert, um herauszufinden, ob die Bomben nach darin abgedruckten Rezepten gefertigt worden waren. Doch die Täter ließen sich nicht ermitteln.¹⁴⁸

Kurz nach jenen „Excessen“, wie es in den Berichten der Obrigkeit hieß, traf im August 1885 der Schlosser Friedrich KÖSTER in Groß Ottersleben ein. KÖSTER war seit 1880 als engagierter Aktivist der sozialdemokratischen Bewegung bekannt. Nach Beendigung seiner Wanderschaft als Handwerksgehilfe hatte er sich 1881 in Hannover niedergelassen. Dort war er maßgeblich am reichsweiten Vertrieb des *Sozialdemokrat* beteiligt. 1884 nahm er den wegen einer Verhaftungswelle freigewordenen Posten eines „Feldpostmeisters“ ein. Gleichzeitig war er als Gewerkschafter aktiv und wurde im Dezember 1884 zum Kongress der Metallarbeiter Deutschlands delegiert, wo er die Bekanntschaft Max SENDIGS machte. In Hannover fand KÖSTER wegen seiner polizeibekannteren Aktivitäten, insbesondere als Initiator von diversen Streiks, keine Arbeitsmöglichkeiten mehr. Auf der Suche

¹⁴⁰ Cyclop 1911 Nr.16-17. Über die Anzahl der Verhafteten gibt es unterschiedliche Angaben. Im Polizeibericht nach Berlin waren „23 Personen, darunter einige Frauen“ angegeben. (LHASA, Rep C28 Ia Nr. 120, Bd. 3, Bl. 45) Laut „Staatsbürgerzeitung“ vom 17.6.1885 waren es 33, von denen 11 am nächsten Tag wieder freigelassen worden sind. Unter ihnen habe sich auch eine Frau befunden, die den Männern aus ihrer Schürze Steine zugereicht haben soll. Bei Birk 1982 werden – ohne Quellenangabe – 32 Arbeiter, darunter 14 Mitglieder des *Fachvereins* angegeben, die zu insgesamt 54 Monaten Zuchthaus und 154 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

¹⁴¹ Laut Staatsbürgerzeitung vom 17.6.1885 waren das: Waldt, Fr. Hartleib, 2xWunderling, Koßmann, Luther, Schadenberg, 2xKoch, Nitze, Preiß

¹⁴² Vermutlich SCHADENBERG. In KÖSTERS Erinnerungen ist der Name, um ihn zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichungen nicht zu kompromittieren, mit Sch. abgekürzt worden.

¹⁴³ Cyclop 1911 Nr. 18

¹⁴⁴ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 31

¹⁴⁵ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 20ff

¹⁴⁶ Sehr schön ins Amtsdeutsch übernommener Magdeburger Dialekt.

¹⁴⁷ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 13878

¹⁴⁸ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 12899, Bl. 47f

nach einem neuen Arbeits- und Wirkungsort fiel die Wahl auf Magdeburg. Die dort vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten und die kurz zuvor in Groß Ottersleben stattgefundenen Unruhen haben dafür – wie er sich später erinnerte – den Ausschlag gegeben: „In Groß Ottersleben fand ich zunächst alles, was für meine geistigen, agitatorischen, organisatorischen und ökonomischen Bedürfnisse vonnöten war,“ nämlich „günstige Lebensbedingungen, eine durch Lohnarbeiter geprägte Bewohnerschaft“ und einen kleinen Kreis „aufrechter, selbständiger, innerlich gefestigter Männer“. Mit denen gedachte er den „aus schweren Wunden blutenden Organisationskörper“ des *Fachvereins* wieder zu reaktivieren.¹⁴⁹

Kurze Zeit nachdem KÖSTER dem *Fachverein* beigetreten war verschwand SENDIG wegen der gegen ihn laufenden Strafprozesse aus Groß Ottersleben, um nach Amerika auszuwandern. KÖSTER trat praktisch das Erbe SENDIGS an. Bald nach SENDIGS Flucht berief ihn der *Fachverein* zum Vorsitzenden, was, wie die Polizei feststellte, dazu führte, dass der Verein mehr als zuvor zum „Sammelpunkt der in Magdeburg und Umgegend wohnenden ausgewiesenen Sozialdemokraten und Anarchisten“ avancierte. KÖSTER, so die Polizei weiter, sei „weit gefährlicher, als es SENDIG war, er bewahrt immer den äußeren Schein, geht schlau und vorsichtig zu Werke, desto mehr aber wühlt und schürt er im Geheimen.“¹⁵⁰

Bereits vor KÖSTERS Ankunft hatten die Sozialdemokraten des Kreises Wanzleben aus Protest gegen die auf eine kleinbürgerliche Wählerschaft ausgerichteten Wahlkampf anlässlich der Reichstags-Wahlen im Oktober 1884 ihre Beziehungen zur Corpora abgebrochen und im Sommer 1885 eine eigene, separate Parteiorganisation gebildet. Sie bekamen nun keine Gelder mehr aus dem Unterstützungsfond der Partei, so dass sie gezwungen waren, die aufgrund der Repression einkommenslosen Familien der Gefangenen aus eigener Kraft zu unterstützen. Erschwerend hinzu kam der Umstand, dass der WINTER 1885/86 besonders streng war, so dass nahezu die gesamte Bauarbeiterschaft in die saisonale Arbeitslosigkeit entlassen worden war und dem damaligen Sprachgebrauch entsprechend gleichsam „Hungerpfoten sog“. KÖSTER führte daher im Kreis Wanzleben die bereits in Hannover bewährten Sammelbüchsen ein und ließ die Abführung von Geldern an die Magdeburger Partei einstellen. Diese Büchsen hatten im Gegensatz zu den sonst üblichen Sammelbüchsen den Vorteil, dass die anonymen Spender der Polizei verborgen blieben. Rund 25 Stück der von einem verantwortlichen Kassierer des *Fachvereins* verwalteten Sammelbüchsen kamen in den Dörfern des Kreises zum Einsatz. Sie zirkulierten unter den Arbeitern der Magdeburger Fabriken und wurden regelmäßig – ca. alle vier Wochen – vom Fachvereinskassierer geleert und an die Familien der Inhaftierten ausgezahlt. Die lokale Polizei war anscheinend ratlos, wie sie mit dieser Form einer solidarischen Selbsthilfe umzugehen hatte. Das Sammeln von Geldern durch Privatpersonen war nicht verboten, dazu hätte der Beweis geführt werden müssen, dass diese der Unterstützung von Vereinen oder Personen dienten, die von den Ausführungen des Sozialistengesetzes betroffen waren. Das jedenfalls ergaben ihre vorsorglichen Anfragen bei den Behörden in Berlin, was allerdings wenig zur Klärung des Sachverhalts beitrug.¹⁵¹

Aufgrund des hohen Maßes an Solidarität unter den „Fachlern“ konnte sich der Verein, der infolge der Repression beinahe aufgelöst war, wieder konsolidieren. Bereits im Herbst 1885 zählte man ebenso so viele Mitglieder, wie vor den Juni-Ereignissen. Es wurden wieder regelmäßig Versammlungen durchgeführt. Im Januar 1886 wurde beschlossen, eine Kampagne zum Massenaustritt aus der Landeskirche zu beginnen. Dies geschah mit dem erklärten Ziel, die Jugend vom Einfluss der Kirche zu befreien und diese zu „freisinnigen Leuten“ zu erziehen. Dazu wurde ein *Comité* unter KÖSTERS Leitung gebildet und Kontakt zur Magdeburger freireligiösen Gemeinde aufgenommen. Am 6. Februar 1886 fand im *Fachvereins*lokal eine erste öffentliche Versammlung mit Sprecher der freireligiösen Gemeinde in Magdeburg, Dr. Titus Völkel und „einer Schar herrgottsfeindlicher Männer aus Magdeburg“ statt.¹⁵² Offiziell ging es um die „Trennung von Kirche und Staat“, eine Position, die auch jenseits der Arbeiterbewegung liberale und freisinnige Kreise vertraten. Faktisch ging es aber vor allem auch gegen die in sozialdemokratischen Kreisen nicht seltene Auffassung von „Religion als Privatsache“, was dem überzeugten Atheisten KÖSTER „schon immer als gräuliche Resignation“ erschienen war. Als Ergebnis dieser Versammlung traten am selben Abend jene 38 Frauen und Männer aus der Kirche aus, die sich nicht von den ebenfalls anwesenden Priestern, Beamten und anderen Honoratioren des Ortes¹⁵³ nicht abschrecken ließen. Die „ganze Vertreterschaft der himmlischen Interessen“ hatte bereits im Vorfeld der Veranstaltung versucht, potenzielle Besucher von der Teilnahme abzuhalten. In Schulen und von den Kanzeln war vor den „gewerbsmä-

¹⁴⁹ Cyclop 1911 Nr. 16

¹⁵⁰ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 61. Die Polizei benannte u.a. den Sozialdemokraten HABERMANN, die Anarchisten SCHNEIDT und JORDAN, sowie die aus Berlin Ausgewiesenen Sozialdemokraten radikaler Richtung GLÄSER, HENNING und PÖTTING als Mitglieder des *Fachvereins*. Letzterer, ein Anarchist aus Berlin, sollte ursprünglich das Vereinslokal anstelle SENDIGS übernehmen, was jedoch am Einspruch seiner Ehefrau gescheitert sein soll.

¹⁵¹ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 856, Bd. 1, Bl. 15ff. Noch bei der Verhaftungswelle im November 1886 war sich die Polizei nicht im Klaren, ob sie die Sammelbüchsen, die bei den begleitenden Hausdurchsuchungen gefunden worden waren, beschlagnahmen dürfe.

¹⁵² Darunter SCHNEIDT und HABERMANN. (Cyclop 1911 Nr.19) Über den Inhalt des Vortrages ist nichts Genaueres bekannt.

¹⁵³ Laut KÖSTER waren das Amtsvorsteher KOCH, Sekretär RÖSSING, Oberpfarrer FISCHER nebst Sohn, Pastor SCHUSTER aus Lemsdorf (Cyclop 1911 Nr. 20)

ßigen Aufhetzern“ gewarnt worden, Beamte machten bei den Arbeiterfrauen Hausbesuche, damit diese auf deren Ehemänner einwirkten. Doch war auf diese Weise wenig Wirkung zu erzielen, denn insgesamt 128 Arbeiter traten in der Folge aus der Kirche aus. Dem *Fachverein* war mit seiner Kampagne ein „Stich ins Wespennest“ gelungen. Die Kirchenaustritts-Bewegung von 1886 sei „die Rache der Arbeiter unserer Dörfer für die ihnen zugefügte Unbill an Gut und Blut aus dem Jahre 1885“ gewesen, resümierte KÖSTER später.¹⁵⁴ Amtsvorsteher Koch hingegen äußerte die Befürchtung, dass mit dieser Versammlung der „Friede in den Familien und die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ empfindlich gestört worden sei. Dies umso mehr, weil „zum größten Theile die Frauen mit einem solchen Schritte ihrer Männer nicht einverstanden sind“. Das alles sei die Schuld des *Fachvereins* im Allgemeinen und KÖSTERS im Besonderen.¹⁵⁵

Unter KÖSTERS Leitung intensivierten sich die Kontakte zur anarchistischen Gruppe um KRAUSE, wie auch zur Magdeburger Opposition, der *Organisation II*. KÖSTER war zu diesem Zeitpunkt noch kein erklärter Anarchist. Er selbst fühlte sich – wie auch die Magdeburger *Organisation II* – dem „äußersten linken Flügel“ der Sozialdemokratie verbunden. Im Februar 1886 berichtete der Amtsvorsteher von Groß Ottersleben nach Berlin, dass „der hiesige *Fachverein* in seinen Versammlungen und auch anderweit der Sammelpunkt der in Magdeburg und Umgegend wohnenden ausgewiesenen Socialdemokraten und Anarchisten“ geworden sei, und zwar unter KÖSTER „weit häufiger und auffälliger“ als zu SENDIGS Zeiten.¹⁵⁶ Groß Ottersleben war zu einer lokalen Hochburg der Arbeiterbewegung geworden, die es sogar bis in die (reichsweiten) Übersichten der Berliner politischen Polizei über „die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung“ schaffte, was für einen Ort dieser Größe eine Seltenheit war.¹⁵⁷ In den Listen der zum Militärdienst ausgehobenen Sozialdemokraten wurde vermerkt, dass bei den Rekruten aus Groß Ottersleben generell davon ausgegangen werden kann, dass „der größte Teil (...) der socialdemokratischen Partei zugehörig zu betrachten“ sei.¹⁵⁸

Die politische Unzuverlässigkeit bedeutender Bevölkerungsanteile, veranlassten die Behörden ihre Suche nach Anhaltspunkten für ein mögliches Verbot des *Fachvereins* zu intensivieren. Nachdem bereits im Mai 1886 ein Verbotsantrag gestellt worden war, brachten die sichtlich überforderten Beamten des Kreises Wanzleben dafür keine ausreichende Beweisgrundlage zusammen. Aus Magdeburg trafen ungeduldige Anfragen ein, wieso die örtlichen Behörden sich damit so schwer taten. Die Staatsanwaltschaft in Magdeburg verfasste detaillierte Listen mit möglichen Straftaten, auf deren Basis der Verein verboten werden könnte.¹⁵⁹ Es wurde erwogen, den Verein als Filiale der *Vereinigung der Metallarbeiter* zu deklarieren, da die bereits illegalisiert war. Dieser Vorstoß scheiterte, weil sich nicht nachweisen ließ, dass der Groß Ottersleber *Fachverein* nach seinem formalen Austrittsbeschluss Anfang 1885 weiterhin Kontakte mit deren Zentrale in Mannheim unterhalten hatte. Lediglich die Mitgliedschaft von Einzelpersonen in Magdeburg und Groß Ottersleben konnte festgestellt werden. Im April 1886 erhielten die Behörden Schützenhilfe von einem gewissen Julius MÖLLMER, der die Schließung des *Fachvereins* verlangte. Nachforschungen der Polizei ergaben, dass MÖLLMER regelmäßigen Verkehr u.a. mit dem Sozialdemokraten HABERMANN und dem Anarchisten SCHNEIDT *unterhielt*. Man vermutete daher eine Finte des *Fachvereins*, der womöglich ein erfolgloses Verbotverfahren provozieren wollte, um nach dessen Scheitern daraus umso gestärkter hervorzugehen. Zuvor waren nämlich in den Schneidtschen *Volksblättern* Artikel erschienen, in denen die Diskriminierung vieler Personen einzig wegen ihrer Zugehörigkeit zum *Fachverein* angeprangert worden war. Von daher war ein Zusammenhang mit Möllmers Antrag sehr wahrscheinlich. Plausibel machte diese Vermutung der Umstand, dass die betroffenen Arbeiter im Falle des anvisierten Misserfolgs eine Handhabe bekommen würden, um mit Aussicht auf Erfolg gegen ihre Nichteinstellung bzw. Entlassung vorzugehen. Ob dem tatsächlich so war, konnte nicht ermittelt werden. Letztlich wurde entschieden, MÖLLMER einen vorsichtig formulierten, abschlägigen Bescheid zu geben.¹⁶⁰

Im September 1886 beantragte der Landrat in Wanzleben den unliebsamen Arbeiterführer Friedrich KÖSTER, aus dem Amtsbezirk Groß Ottersleben auszuweisen, wenn dem *Fachverein* auf andere Weise nicht beizukommen war.¹⁶¹ KÖSTER war bereits im Juni 1886 wegen einer Rede vor dem *Fachverein* zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In dem Vortrag hatte er arbeiterfeindliche Praktiken in den Eisenbahnwerkstätten in Buckau gebrandmarkt, was ihm eine Anklage wegen Beleidigung eingebracht hatte. Sein Anwalt, der Konservative Frankenberg gab zu verstehen, dass er allein schon aus dem Grund, dass sein Mandant aus dem „widersetzlichen

¹⁵⁴ Alle Zitate aus: Cyclop 1911 Nr. 19 und 20

¹⁵⁵ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 61

¹⁵⁶ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 61

¹⁵⁷ Vgl.: Fricke / Knaack 1983, S. 268

¹⁵⁸ LHASA, Rep C20 Ib Nr. 3242, Bd. 1, Bl. 41

¹⁵⁹ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40 et al. Auf Blatt 78 führte die Staatsanwaltschaft an, dass grundsätzlich zwei Punkte erfüllt sein müssten, „um gerichtliche Schließung nach dem Vereinsgesetz zu erwirken“: „1) der Verein bezweckt politische Gegenstände zu erörtern und 2) ist dazu mit einem Verein anderer Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung getreten“ um im Anschluss zahlreiche Möglichkeiten aufzuführen, die diesen Punkten Genüge tragen würden.

¹⁶⁰ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 56f. Mit welcher Begründung Möllmer das Verbot beantragte, ging aus der Akte nicht hervor.

¹⁶¹ LHASA, Rep C30 A (alt) Wanzleben III Nr. 40, Bl. 83

Orte Ottersleben“ käme, nicht viel für ihn ausrichten könne. Nach der Urteilsverkündung ließ der zuständige Richter den Aufmüpfigen KÖSTER in Fesseln nach dem Gefängnis Gommern überführen.¹⁶²

Letzten Endes wurde das „Problem“ mit den „Fachlern“ auf unverhoffte Weise – mit Hilfe der zahlreichen belastenden Aussagen des im Magdeburger Anarchistenprozess angeklagten DRICHEL – gelöst.

Die Repressionswelle 1886/87

Um die Jahreswende 1886/87 begann sich auch in Magdeburg ein Ende der „milden Praxis“ der Auslegung des Sozialistengesetzes abzuzeichnen. Zunächst wurden im Gefolge der Untersuchungen gegen DRICHEL und Genossen im November 1886 zahlreiche Anarchisten und Sozialisten aus Buckau, Groß Ottersleben verhaftet. Im Februar 1887 – unmittelbar vor den Reichstagswahlen – kam es dann zu Massenverhaftungen unter den führenden Sozialdemokraten Magdeburgs.

Nachdem DRICHEL bei den Vernehmungen sein Leugnen aufgegeben und umfangreiche Aussagen gemacht hatte, bekam die Polizei Material in die Hände, um gegen weitere Anarchisten vorgehen zu können. Am 6. November 1886 wurden in verschiedenen Fabriken Buckaus mehrere Arbeiter festgenommen – und bei der Gelegenheit gleich von ihren Arbeitgebern entlassen. Anlass hatte die Polizei eine nächtliche Aktion geboten, bei der in der Gegend um Buckau an verschiedenen „Bäumen, Häusern und Scheunen Plakate aufrührerischen Inhalts angeheftet worden“¹⁶³ waren. Gleichzeitig führte die Ordnungsmacht 18 Hausdurchsuchungen in Groß Ottersleben, Benneckenbeck, Lemsdorf, Salbke, Buckau durch. Die ermittelnden Behörden festgestellt, dass in Groß Ottersleben eine „anarchistische Verbindung“ besteht, deren fünf Mitglieder¹⁶⁴ festgenommen wurden. Zwar habe man keinen Sprengstoff finden können, jedoch „mehrere Exemplare revolutionärer Zeitungen und anderer verbotener sozialdemokratischer Schriften“, darunter – neben diversen Ausgaben des *Rebell* und der *Freiheit* – zudem ein „Rezept, enthaltend Chemikalien zur Bereitung eines Brandsatzes“.¹⁶⁵ DRICHEL versuchte seine Rolle herunterzuspielen, in dem er Fritz KÖSTER belastete. KÖSTER sei es gewesen, der ihn zur Beschaffung des Sprengstoffes angestiftet hätte. Denn er habe sich zusammen mit vier anderen Genossen am Amtsvorsteher Koch in Groß Ottersleben rächen, ihn möglicherweise gar „rumpfen“¹⁶⁶ wollen. Die fünf, so stellte die Staatsanwaltschaft fest, haben sich „fast sämtlich in der Gefolgschaft des DRICHEL und anderer hier wohnender Anarchisten befunden“ und seien „Anhänger des extremen Socialismus, beziehungsweise des Anarchismus“¹⁶⁷. Aufgrund seiner „Schädel- und Gesichtsbildung“ attestierte man KÖSTER gar eine quasi genetisch bedingte „Neigung zu Ungesetzlichkeiten“¹⁶⁸. Wegen „dringenden Verdachtes der Vorbereitung zu hochverrätherischen Unternehmungen“ nahm man die Beschuldigten nach §86 vorläufig in Polizeigewahrsam. Für den Magdeburger Polizeipräsidenten von Arnim galt damit das „Vorhandensein anarchistischer Gruppen“ in den Vororten und Dörfern im Süden Magdeburgs als erwiesen.¹⁶⁹

Wegen Verbreitung anarchistischer Druckschriften wurden am 9. Februar 1887 KÖSTER zu 1,5 Jahren Gefängnis, JENSCH und *Meurer* zu je 9 Monaten und *Günther* zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Zeitgleich war gegen die Sozialdemokraten HABERMANN, KLEES und NEUBERN sowie *Hucke* – letzterer kam aus Benneckenbeck und wurde zur anarchistischen Gruppe gezählt – wegen „Abhaltung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel ohne vorgängige Erlaubnis“ verhandelt worden. Dafür verhängte das Gericht Haftstrafen zwischen 2 Wochen und 2 Monaten. Die Verurteilung mehrerer führender Aktiver des *Fachvereins* – KÖSTER bezeichnete der Staatsanwalt als die „Seele der Bewegung“, und nicht zuletzt die verschärfte Repressionswelle in Magdeburg und Umgebung infolge des Geheimbundprozesses, brachte die Aktivitäten des *Fachvereins* zum Erliegen. Wenn nicht offiziell, doch zumindest faktisch kam dies einer Auflösung gleich.

Unmittelbar vor dem Ende des Verfahrens im Prozess gegen KÖSTER, HABERMANN und Genossen, am 7. Februar 1887, wurden in Magdeburg 22 führende Sozialdemokraten festgenommen, vier Tage später folgten weitere zehn Verhaftungen, wovon hauptsächlich die in Führungspositionen kurzfristig nachgerückten Genossen betroffen waren. Betroffen war ein Großteil der Vertrauensleute beider Organisationen (23 Mitglieder der Org. I und 17 der Org. II)¹⁷⁰, das gesamte Wahlkomitee sowie der zufällig in Magdeburg weilende Reichstagskandidat August HEINE. Ein Teil der führenden Genossen befand sich bereits in Haft (so z. B. die im o.g. Verfahren verurteilten KLEES, HABERMANN und NEUBERN), ein weiterer (der Kolporteur Fleischhauer aus der Magdeburger Neustadt) stellte sich selbst, nachdem er sich ein paar Tage versteckt gehalten hatte. Insgesamt wurden schließ-

¹⁶² Vgl. Cyclop 1911 Nr. 20

¹⁶³ Berliner Tageblatt vom 13.11.86

¹⁶⁴ KÖSTER, Jensch, Meurer, GÜNTHER, HUCKE (LHASA, Rep C20 Ib Nr. 1798, Bd.2, Bl. 112)

¹⁶⁵ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 856, Bd. 1, Bl. 9

¹⁶⁶ Anspielung auf das Attentat den Polizeikommissar RUMPF in Frankfurt/Main

¹⁶⁷ LHASA, Rep C28 Ia Nr. 856, Bd. 1, Bl. 7 und 28

¹⁶⁸ Cyclop 1911 Nr. 21. Die physiognomische Kriminalistik war zu dieser Zeit hoch in Mode

¹⁶⁹ LHASA, Rep C20 Ib Nr. 1798, Bd.2, Bl.107

¹⁷⁰ Während des Prozesses wurde die Zugehörigkeit zu den beiden Organisationen genauer unter die Lupe genommen. Die Zahlenangaben stammen aus den Prozessakten, wobei nur ein Teil auf Geständnissen beruhte, der Rest wurde aus den diversen Aussagen von Angeklagten und Spitzeln zusammengereimt. Vgl. LHASA, Rep C28 Ia Nr. 856, Bd. 1, Bl. 121f

lich 44 Sozialdemokraten aufgrund der Bildung geheimer Verbindungen nach §128 des SGB und der Verbreitung verbotener Druckschriften angeklagt.¹⁷¹

Der so genannte „Geheimbundprozess“ tagte am 16. und 17. Mai 1887 im Schwurgerichtssaal am Tränsberg. Der überwiegende Teil der Vorgeführten räumte den Bezug und die Lektüre sozialdemokratischer Schriften sowie die Sammlung von Geldern für die Ausgewiesenen ein und leugnete auch nicht ab, Anhänger der Sozialdemokratie zu sein. Alle Vorwürfe strafbarer Handlungen – dies bezog sich auf die Mitgliedschaft in einer geheimen Organisation sowie den Schriftenvertrieb – seien jedoch aus der Luft gegriffen. Einige widerriefen in der Hauptverhandlung ihre unmittelbar nach der Verhaftung gemachten Aussagen. Um ihre Familien vor dem Verlust des einzigen Einkommens im Falle eines Verbleibs in der Untersuchungshaft zu bewahren, hätten sie sich selbst belasten müssen. Jedoch befand sich unter den Verhafteten auch der Polizeispitzel SPECK¹⁷², der mit seinen Aussagen – neben den von DIECK und SCHRÖDER (beides Bezirksführer der Organisation I) – maßgeblich zur Verurteilung der Angeklagten beitrug. Andere Genossen machten z.T. umfangreiche Aussagen zu den Vorgängen in den jeweiligen Organisationen, ohne jedoch andere zu belasten.

In der Verhandlung verteidigten sich einige der Angeklagten damit, dass die Geheimhaltung der Versammlungen nur deswegen erfolgte, um die „zur anarchistischen Partei angehörigen Mitglieder der Partei“¹⁷³ fernzuhalten. Julius BREMER, der „Vater der Sozialdemokratie in Magdeburg“, führte gar an, dass er den Polizeinspektor Krieter von der Bildung des Führungs-Comités, in welches KLEES, HABERMANN und er selbst gewählt worden waren, eigens informiert habe. Darauf habe dieser ihm erwidert, dass „wenn solche ruhigen Leute in das Comité eintreten“ keine Probleme zu befürchten seien. Im Prozess bestätigte KRIETER, dass BREMER immer um „einen ruhigen Verlauf von Versammlungen bemüht“ war.¹⁷⁴ In seinem Schlusswort beim Prozess warf letzterer der Staatsanwaltschaft indes vor, dass „KRIETER (...) auch für unseren schweren Kampf wider die extremen Elemente (hätte) zeugen müssen. (...) Ich habe gewirkt für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Unterdrückung und Schadlosmachung der Extremen zur Ehre der Sozialdemokratie.“ Schließlich gestand der Staatsanwalt zu, dass sich bei „bei keinem der Angeklagten (...) Neigungen zu Ausschreitungen gezeigt“ haben, denn sie alle erstreben „mit BREMER auf durchaus gesetzlichem Wege eine Verbesserung der Lage der Arbeiter.“ Dennoch verwies er auf „die Gefahr, dass allmählig ein Geist der Unbotmäßigkeit einreißt“, weswegen letztlich eine Bestrafung unerlässlich sei.¹⁷⁵

12 Angeklagte wurden schließlich mangels an Beweisen freigesprochen, darunter der Reichstagskandidat HEINE. HABERMANN, einer der „Hauptführer der Partei“ war kurz vor dem Verhandlungstermin in Haft verstorben.¹⁷⁶ Der Rest hatte Haftstrafen zwischen 10 Tagen und 8 Monaten (KLEES) zu verbüßen – insgesamt 166 Monate Haft, zuzüglich der Untersuchungshaft, die damals nicht auf das eigentliche Strafmaß angerechnet wurde.

Im Gefolge der vier Prozesse (DRICHEL; KÖSTER, HABERMANN und Genossen; Anarchistenprozess; Geheimbundprozess) wurden die Organisationen der Magdeburger Arbeiterbewegung weitgehend zerschlagen. Die Polizei konnte im September 1887 vermelden, dass „in der Bewegung scheinbar Stillstand eingetreten“ ist. Weder der Vertrieb verbotener Schriften, noch illegale Versammlungen ließen sich noch feststellen. Außerdem sei

¹⁷¹ Es waren dies: Max BAETGE (Arbeiter, 31 Jahre); Julius BERGER (Gelbgiesser, 31); Georg BETHKE (Tischler, 21); Julius BREMER (Privatmann, 58); Emil CAVELLO (Töpfer, 35); Carl DEDLOW (Arbeiter, 30); Robert DEDLOW (Arbeiter, 32); Hermann DIECK (Schlosser, 36); August DIETLOFF (Schlosser, 55); Carl ERB (Former, 26); August FABIAN (Schuhmachergeselle, 25); Herrmann FLEISCHHAUER (Kolporteur, 38); Herrmann FRIESE (Zigarrenmacher, 44); Hugo GÄRTNER (Eisendreher, 37); Emil GREIE; Wilhelm HABERMANN (Schneidermeister, 46, vor Prozeßbeginn verstorben); Bernhard HAGER (Schlosser, 29); August HEINE (Hutfabrikant, 45); Friedrich HOLZAPFEL (Eisendreher, 49); Moritz KELLER (Zigarrenarbeiter, 41); Wilhelm KLEES (Zigarrenfabrikant, 46); Friedrich KOCH; Richard KOHLMANN (30); Franz KÖNIGSTEDT (Tischler, 28); Wilhelm KOPPE (Zimmermann, 27); Johann KRÄBER (Zigarrenmacher, 46); Carl LANKAU (Drechsler, 34); August MOLLENHAUER (Arbeiter, 39); Ottomar NEUBERN (Maler, 48) Richard NITSCH (Schlosser, 28); Oscar NITSCHKE (34); Hermann REINHARDT (Drechsler, 34); Edwin REUTER (Gelbgiesser, 30); Eduard SALING (Malergehilfe, 31); Wilhelm SCHEIBE (Schlosser, 38); Herrmann SCHMIDT; Carl SCHOCH (Maurergeselle, 30); Rudolf SCHROEDER (Former, 35); Robert SCHULZ (Tischler, 38); Adolf SCHULTZE (Zimmermann, 28); August SCHÜLTKE (Tischler, 39); Rudolf SPECK (Metallarbeiter, 39 – Polizeispitzel); Herman SPIESS (25); August STEINECKE (Arbeiter, 41); Paul Weigelt (Zigarrenhändler, 37)

¹⁷² Es ist nicht klar, ob Speck wirklich schon vor seiner Verhaftung Spitzel gewesen ist. Das wird in den meisten Veröffentlichungen der zeitgenössischen Sozialdemokratie wie auch in der späteren (DDR-) Geschichtsschreibung so behauptet. Dagegen spricht allerdings, dass Speck mit 6 Monaten und 3 Tagen eine relativ hohe Haftstrafe erhalten hat. Fakt ist jedoch, dass er während der Untersuchungen umfangreiche Aussagen gegen seine früheren Genossen gemacht hat und deswegen auch einen Teil seiner Strafe – jedoch erst nach Intervention seitens eines Beamten – erlassen bekommen hat. Am 25.9.1887 wurde er auf freien Fuß gesetzt – nachdem er gut 2/3 Drittel seiner Strafe, zzgl. der Untersuchungshaft, verbüßt hatte.

¹⁷³ Rep C28 Ia Nr. 856, Bd.1, Bl. 108

¹⁷⁴ Rep C28 Ia Nr. 856, Bd.1, Bl. 150

¹⁷⁵ LAB, A Pr. Br. Rep. 030 Nr. 11662, 205 (Berliner Volksblatt, 21.5.1887)

¹⁷⁶ Die tragischen Umstände seines Todes – seine gesundheitlichen Beschwerden wurden von der Gefängnisleitung lange Zeit ignoriert, seine Frau durfte ihn erst unmittelbar vor seinem Tode besuchen, sein jüngstes Kind bekam HABERMANN selbst nicht mehr zu Gesicht – erregten damals einiges Aufsehen. Seine Beerdigung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration tausender Magdeburger. Vgl. Rep. C29 Ivo Nr. 21, Bl. 50 sowie Woesner, S.24

der Besuch der Versammlungen der (legalen) *Fachvereine* stark zurückgegangen. Lediglich „erfolgreiche Sammlungen für die Familien der Inhaftierten“, bei denen sich der „jüdischen Kleiderhändler Samuel Groß“ hervortat, registrierten die Überwachungsbehörden. „Man merkte, dass es überall an Leitung fehlte“, lautete das Fazit¹⁷⁷ Der Stillstand in der Bewegung hielt auch nach der Freilassung der Gefangenen an, wie die Polizei im März 1888 vermeldete. Eine feste Partei-Organisation bestand zu der Zeit nicht, lediglich die *Fachvereinsbewegung* habe wieder an Zulauf gewonnen. Letztlich brachte erst wieder der allgemeine Aufschwung der Arbeiterbewegung in der Endphase des Sozialistengesetzes 1889/90 frischen Wind in das Organisationsleben.

¹⁷⁷ LHASA, Rep C28 Ia, Nr. 860, Bd. 1, S. 127ff

Literaturverzeichnis

Adressbuch für die Stadt Magdeburg 1886

Asmus, Helmut, Steinmetz, Dieter, Tullner, Matthias: Quellensammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg, Teil 1, Anfänge bis 1917. Magdeburg 1969

Asmus, Helmut (Autorenkollektiv unter Leitung von Asmus): Geschichte der Stadt Magdeburg. Berlin (Ost) 1977

Asmus, Helmut: Die politische Entwicklung in Magdeburg vom Ausgang des 18. Jh. bis zum ersten Weltkrieg, unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Magdeburger Arbeiterbewegung, in: Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel (Hg.): Bauer und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Berlin 1982

Asmus, Helmut: Geschichte Magdeburgs. Band 3: Die Jahre 1848 bis zur Gegenwart. Magdeburg 2005

Auer, Ignaz: Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Nürnberg 1913

Bernstein, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin. Berlin 1907

Birk, Gerhard: Zur Entwicklung des regionalen Vereinswesens, unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Wanzleben. In: Hans-Jürgen Rach, Bernhard Weissel (Hg.): Bauer und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Berlin 1982

Brandis, Kurt: Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie. Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes. Berlin 1975

Brupbacher, Fritz: Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation und zur Diskussion über antiautoritären und autoritären Kommunismus (Reprint des Institut für Praxis und Theorie des Rätekommunismus Berlin, 1969). München 1922

Cyclop, Fridolin (Fritz Köster): Die Namenlosen. Lebenserinnerungen eines deutschen Revolutionärs. In: Die Tribüne Nr. 3 bis 23/1911

Drechsler, Ingrun: Die Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg. Oschersleben 1995

Ehmer, Josef: Der Betrieb – ein latentes Konfliktfeld. In: Sauer, Walter (Hg.): Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt. München 1984

Eichler, Volker: Sozialistische Arbeiterbewegung in Frankfurt am Main 1878-1895. Studien zur Frankfurter Geschichte, Heft 17. Frankfurt/Main 1983

Fricke, Dieter: Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898). Berlin (Ost) 1962

Fricke, Dieter: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914. Ein Handbuch über ihre Organisationen und Tätigkeit im Klassenkampf. Berlin (Ost) 1976

Fricke, Dieter / Knaack, Rudolf: Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Band 1 1878-1889 (Friedrich Beck (Hg.): Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam) Weimar 1983

Fricke, Dieter / Knaack, Rudolf: Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878-1913, Band 2 1890-1906 (Friedrich Beck (Hg.): Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam), Weimar 1989

Kampffmeyer, Paul: Die Bewegung der Magdeburger „Jungen“, in: Parteitagskomitee (Hg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910

Kampffmeyer, Paul: Unter dem Sozialistengesetz. Berlin 1928

Kommission zur Erforschung und Propagierung der Geschichte und der Traditionen der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.): Quellensammlung zur Geschichte des Kampfes gegen das Sozialistengesetz im Regierungsbezirk Magdeburg (1878-1890), Beiträge zur Geschichte der Stadt und des Bezirkes Magdeburg 16, Magdeburg 1990

Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871. Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Band 3. Berlin (West) 1969

Mader, Willy: Zur Magdeburger Arbeiterbewegung in den Jahren 1890-1900. Inauguraldissertation Halle-Wittenberg 1968

Marx/Engels Werke (MEW), Band 16, Berlin 1975

Müller, Dirk H.: Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand. Berlin 1975

Müller, Hans: Der Klassenkampf und die Sozialdemokratie. Zur Geschichte der „Jungen“, der linken Opposition in der frühen Sozialdemokratie [1870/90]. Reprint Heidelberg, Frankfurt, Hannover, Berlin (Zürich) 1969 (1892)

Müller, Werner: Nekrolog für einen Anarchisten. Wie Wilhelm Pieck 1945 Karl Schneidt würdigte. Erschienen in: junge Welt, 18.11.2000, im Netz unter: <http://www.jungewelt.de/2000/11-18/022.shtml>

Nettlau, Max: Anarchisten und Syndikalisten. Geschichte der Anarchie, Band V, Teil 1, Vaduz 1984

Nettlau, Max: Anarchisten und Sozialrevolutionäre, Geschichte der Anarchie, Band III, Bibliothek Thélème 1996

Parteitagskomitee [SPD] (Hg.): Von Fehden und Kämpfen. Bilder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Magdeburgs. Magdeburg 1910

Rocker, Rudolf: Johann Most. Das Leben eines Rebellen. Reprint der im Verlag Syndikalist, Berlin, 1924 erschienenen Ausgabe, Berlin/Köln 1994

Schütte, Max: August Reinsdorf und die Niederwaldverschwörung. Berlin 1983

Sperlich, Waltraud: Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Abgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867 bis 1918. Düsseldorf 1983

Stadtplanungsamt Magdeburg: Industriearchitektur in Magdeburg. Maschinenindustrie. Magdeburg 1999

Statistisches Amt Magdeburg (Hg): 50 Jahre Magdeburger Statistik. Festschrift anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des statistischen Amtes der Stadt Magdeburg. Magdeburg 1935

Thümmler, Heinzpeter: Sozialistengesetz §28. Ausweisungen und Ausgewiesene 1878-1890. Berlin (Ost) 1979

Weber, Petra: Sozialismus als Kulturbewegung. Frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlicher Brüder Marxismus und Anarchismus. Düsseldorf 1989

Woesner, Karl: Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Magdeburg und Umgebung zur Zeit des Sozialistengesetzes. Magdeburger Schriftensammlung. Magdeburg 1957